

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

nr. 18

Herausgegeben in Westberlin von:

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: Horst Arndt, Berlin; Gerd Famulla, Bielefeld; Hans Utz Foerderreuther, Berlin; Jörg Glombowski, Berlin; Lutz Heiligenstadt, Berlin; Sönke Hundt, Bremen; Rainer Künzel, Osnabrück; Michael Krüger, Osnabrück; Jürgen Mondner, Berlin; Peter Schönekeß, Berlin; Tilla Siegel, Berlin; Manfred Sommer, Bielefeld; Ilse Steinfeld, Berlin; Dieter Timmermann, Bielefeld; Heide Wiemann, Bielefeld

Redaktion und Verlag:

mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

Satz: satz-studio Irma Gringer, Düsseldorf str. 38, 1000 Berlin 15

Druck: Movimento-Druck, Waldemarstr. 33, 1000 Berlin 36

ISBN 3-921506-18-2

160 Seiten

1. Auflage Oktober 1978

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur nach Rücksprache mit dem Verlag gestattet.

In der Buchreihe 'mehrwert' erscheint in unregelmäßigen Abständen. Bei einer Bestellung zur Fortsetzung an den Verlag erhalten Sie jedes Heft nach Erscheinen auf Bestellung zugesandt.

13,00- / 10.78
51

Bernd Senf

POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS

eine didaktisch orientierte Einführung in die
marxistische politische Ökonomie

Teil 2

*K. Konzentration, Zentralisation, Monopol und Wertgesetz
L. Weltmarktbewegung des Kapitals
M. Staat und Kapitalverwertung*

TEIL II (mehrwert 18)

K. Konzentration, Zentralisation, Monopol und Wertgesetz	211
I. Akkumulation und Konzentration	212
II. Die ungleiche Entwicklung der Einzelkapitale	213
III. Durchbrechung der Akkumulationsschranken durch Zentralisation	214
IV. Monopolpreis und Wert	220
V. Die Krise unter monopolkapitalistischen Bedingungen	229
VI. Wertgesetz und Monopol	235
L. Weltmarktbeziehung des Kapitals	241
I. Die Bedeutung des Nationalstaats für die Entfaltung des Wertgesetzes	241
II. Internationalisierung der Wertrealisierung (Warenzirkulation) bei national voneinander geschiedener Wertproduktion	247
III. Internationalisierung der Mehrwertproduktion	278
IV. Monopolisierung oder Weltmarktbeziehung des Kapitals als Ursache sich verschärfender Krisen?	294
V. Weltmarktkrise, Nationalstaat und Zerfall des Weltmarkts	295
M. Staat und Kapitalverwertung	301
I. Die Funktionen des Staates im Kapitalismus	301
II. Staatliches Budget und Reproduktionszusammenhang des Kapitals	310
III. Geldschöpfung als Mittel der staatlichen Budgetfinanzierung	321
IV. Staatsverschuldung als Mittel der Krisenüberwindung bzw. Krisenverhinderung?	325
V. Ökonomische Krise und Krise der Staatsfinanzen	348

7115-18



7115-16

TEIL I (mehrwert 17)

A. Zum Begriff der Entfremdung bei Marx	12
B. Gesetzmäßigkeiten der einfachen Warenproduktion	23
I. Der Begriff der Ware	24
II. Zur Entwicklung des Wertbegriffs	29
III. Hemmnisse bei der Entfaltung des Wertgesetzes und deren Überwindung	49
IV. Einfache Arbeit – komplizierte (qualifizierte Arbeit) und ihre Bedeutung für den Wertbegriff	72
V. Die Intensität der Arbeit und ihre Bedeutung für den Wertbegriff	78
C. Die Herausbildung des Geldes	82
I. Veränderungen in der Form des Warenaustauschs	82
II. Zum Begriff des Warenfetischismus	88
III. Die Entwicklung des Geldes vom Tauschmittel zum Selbstzweck	91
D. Die Quelle des Mehrwerts	96
I. Ungleiches Tausch (Zirkulation) als Quelle des Mehrwerts?	96
II. Die Produktion als Quelle des Mehrwerts?	98
E. Die Herausbildung des Kapitalverhältnisses	107
I. Die ursprüngliche Akkumulation von Kapital	108
II. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln	108
F. Methoden der Mehrwertproduktion	112
I. Das Zwangsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz	113
II. Methoden zur Produktion von absolutem Mehrwert	116
III. Methoden zur Produktion von relativem Mehrwert	126
IV. Relative „Verelendung“ bei absolut steigendem Konsumniveau	156
G. Probleme der Mehrwertrealisierung	159
I. Zum Verhältnis von Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung	159
II. Entwicklung der Marxschen Reproduktionsschemata	160

H. Kapitalakkumulation und Krise	173
I. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen extensiven Wachstums	174
II. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen intensiven Wachstums	175
III. Mögliche Quellen störungsfreier Kapitalakkumulation	188
IV. Die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnitts- profitrate	200

Vorwort

Der vorliegende II. Teil der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“, der sich inhaltlich auf neuere Ansätze der marxistischen Theorie zu Problemen des Monopolkapitalismus, des Weltmarkts und des Staates bezieht, baut auf den in Teil I (mehrwert 17) entwickelten Grundlagen auf. Wie schon in Teil I, so werden auch in Teil II vielfältige grafische Darstellungen und Symbole verwendet, die einen wesentlichen Bestandteil der von mir gewählten didaktischen Methode ausmachen. (Zur Erläuterung dieser Methode siehe Vorwort in mehrwert 17.) Die Bedeutung der in diesem Heft verwendeten Grafiken und Symbole wird in der Regel nur verständlich vor dem Hintergrund von Teil I, wo diese Form der Darstellung schrittweise entwickelt wird. Insofern sollte Teil I in jedem Fall vor Teil II durchgearbeitet werden.

Aufbauend auf Teil I ist hingegen die Reihenfolge der in diesem Heft enthaltenen Kapitel (I., K., L.) nicht zwingend. Sie können bei der Durcharbeitung bzw. bei der Verwendung im Unterricht ohne weiteres gegeneinander vertauscht werden, ohne daß darunter das Verständnis der einzelnen in sich geschlossenen Kapitel leidet.

K. KONZENTRATION, ZENTRALISATION, MONOPOL UND WERTGESETZ

Unsere bisherigen Ableitungen über die Wirkungsweise des Wertgesetzes und über den Krisenmechanismus sind stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß wirksame *Konkurrenzmechanismen* zwischen den Einzelkapitalen existieren, die u.a. folgendes bewirken:

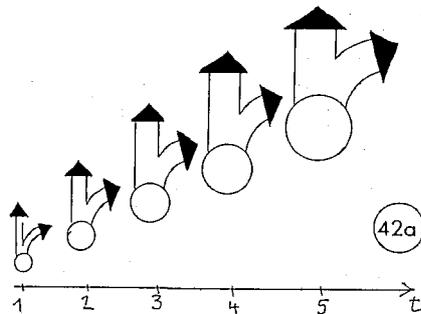
- 1) Die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate (d.h. das beständige Strömen von Kapital aus Bereichen mit niedrigerer in Bereiche mit höherer Profitrate, so daß es tendenziell zu einem Ausgleich kommt). Dies impliziert eine weitgehende *Mobilität des Kapitals*.
- 2) Einsetzen von Entwertungsprozessen mit Ausbruch der Krise, die sich u.a. darin äußern, daß die Einzelkapitale im Kampf um die schrumpfenden Realisierungsmöglichkeiten — quasi im Wettlauf — die Preise senken (*Preiskonkurrenz*).

Die Entwicklung des kapitalistischen Systems seit Ende des 19. Jahrhunderts hat nun Strukturen hervorgebracht, die sich mit diesen Voraussetzungen nur schwer vereinbaren lassen. Gemeint ist die zunehmende Monopolisierung und Vermachtung der Märkte. Es muß betont werden, daß sich bei Marx selbst nur einige Andeutungen über das Monopolproblem finden. (Vgl. im einzelnen: Das Argument, Sonderband AS 6: Theorie des Monopols, Berlin 1975.) Eine geschlossene Theorie des Monopolkapitalismus hat Marx nicht geschrieben und konnte er nicht schreiben, wenn man bedenkt, daß die Wellen der Kapitalkonzentration und -zentralisation erst einsetzten, nachdem Marx sein „Kapital“ abgeschlossen hatte, und ihre volle Entfaltung erst in diesem Jahrhundert erfuhren. Immerhin ist bemerkenswert, daß sich bei Marx bereits deutliche Hinweise auf die wachsende Zusammenballung der Kapitale finden, und zwar im Zusammenhang mit der Behandlung des „allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation“. Wir wollen uns mit den dort skizzierten Grundgedanken kurz auseinandersetzen und uns dann im wesentlichen dem Versuch von Hufschmid zuwenden, auf der Grundlage der bei Marx sich findenden Andeutungen eine marxistische Theorie des Monopols zu entwickeln.

I. Akkumulation und Konzentration

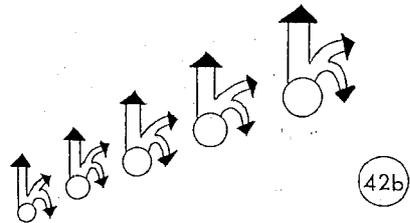
Zum Verständnis der Marx'schen Überlegungen sollten wir uns besinnen auf das Wesen der kapitalistischen Akkumulation: Unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz pressen die Einzelkapitale der von ihnen gekauften Lohnarbeit ein Maximum an Mehrwert ab. Die auf diese Weise erzeugte Mehrwertmasse verteilt sich in Form von Profiten auf die Einzelkapitale. Die realisierten Profite sind ihrerseits wieder — indem sie in Kapital zurückverwandelt werden — Quelle der Akkumulation. Das Anwachsen der Einzelkapitale, bedingt durch diese ständige Rückverwandlung realisierter Profite in Kapital, nennt Marx nun „*Konzentration*“. Marx:

„Jedes individuelle Kapital ist eine größere oder kleinere Konzentration von Produktionsmitteln mit entsprechendem Kommando über eine kleinere oder größere Arbeiterarmee. Jede Akkumulation wird das Mittel neuer Akkumulation. Sie erweitert mit der vermehrten Masse des als Kapital fungierenden Reichtums seine Konzentration in den Händen individueller Kapitalisten, daher die Grundlage der Produktion auf großer Stufenleiter und der spezifischen kapitalistischen Methoden.“ (MEW 23, S. 653)



42a

Bildlich können wir diesen Prozeß der Akkumulation, durch den ein Einzelkapital sich beständig vergrößert, wie folgt darstellen (Abb. 42 a): Dabei sollen die nach rechts abbiegenden Pfeile die vom Einzelkapital realisierte Profitmasse darstellen, die durch Rückverwandlung in Kapital jeweils „in die nächste Runde der Akkumulation“ eingeht und auf diese Weise das Kapital anschwellen läßt.

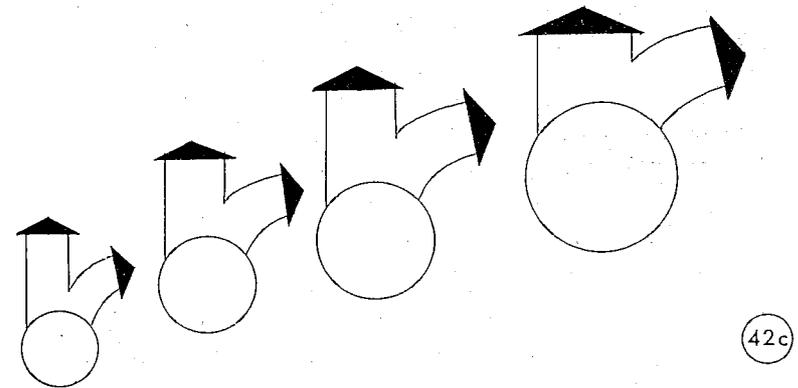


42b

Aus Abb. 42 b wird deutlich, daß — unter sonst gleichen Bedingungen — das Akkumulations-tempo eines einzelnen Kapitals umso mehr beeinträchtigt wird,

Je mehr aus den realisierten Profiten für private Zwecke entnommen wird, etwa für den privaten Konsum des Kapitalisten. (Marx nennt diese Verwendung von Profiten, die nicht wieder der Akkumulation zugeführt werden, „*Revenue*“, in unserer Abbildung dargestellt durch die nach rechts unten sich biegenden Pfeile.)

Abb. 42 c veranschaulicht darüberhinaus, daß — bei Unterstellung einer gleichen Profitrate — größere Kapitale eine größere Profitmasse realisieren und infolgedessen auch absolut größere Kapitalmassen akkumulieren können.

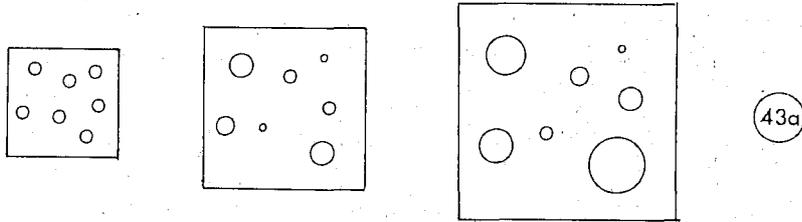


42c

II. Die ungleichmäßige Entwicklung der Einzelkapitale

Nun bedeutet dies keinesfalls, daß in der Realität alle Kapitale quasi automatisch anwachsen — etwa proportional zu ihrer jeweiligen Größe. Vielmehr gelingt es ja immer wieder einzelnen Kapitalen, aus verschiedenen früher erwähnten Gründen einen Extraprofit zu realisieren, während andere — etwa aufgrund ungünstiger Produktions- oder Realisierungsbedingungen — in der Profitratenhierarchie innerhalb eines Sektors zurückfallen, ihr Wachstumstempo infolgedessen verlangsamen und u.U. in Konkurs geraten. — Grafisch läßt sich der so entstehende Prozeß des unterschiedlichen

Wachstums der Einzelkapitale wie folgt veranschaulichen (Abb. 43 a):



Die Kreise (oder räumlich vorgestellt: Blasen) symbolisieren dabei die Größe der Einzelkapitale, wobei in unserer Darstellung modellhaft unterstellt ist, daß zu Anfang die Einzelkapitale die gleiche Größe aufweisen.

III. Durchbrechung der Akkumulationsschranken durch Zentralisation

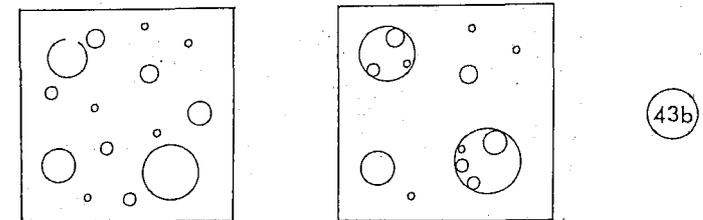
1) Grenzen der Akkumulation im Rahmen der Konzentration

Nun ist klar, daß bei diesem Prozeß der Konzentration das Wachstum der Einzelkapitale begrenzt wird durch die jeweils von diesem Kapital realisierte Profitmasse. Wir hatten allerdings schon in früheren Zusammenhängen gesehen, daß das Kapital immer wieder Hindernisse, die sich seiner Entfaltung entgegenstellen, niederreißt und neue Formen hervorbringt, innerhalb deren sich die Verwertung ungehemmter vollziehen kann. Huffschmid:

„Die kapitalistische Akkumulation ist ein Prozeß, in dessen Verlauf bestimmte Schranken der weiteren Expansion und Verwertung auftauchen, die durch eine Formveränderung der Kapitalentwicklung überwunden werden: Der grenzenlosen Weiterführung der erweiterten Reproduktion bei konstanter organischer Zusammensetzung des Kapitals, also der grenzenlosen Ausdehnung des absoluten Mehrwerts, stellte sich als Schranke die verfügbare Arbeiterbevölkerung und die Ausdehnungsmöglichkeiten des Arbeitstages entgegen; diese Schranken werden durch die Produktion des relativen Mehrwerts, die Zusammenpressung des bezahlten Teils des

Arbeitstages, durch die Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit und damit durch die Umwälzung der gesamten technologischen Basis der Produktion überwunden. Der weiteren Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion durch das Wachstum individueller Kapitale stellt sich als Schranke die begrenzte Masse des zur Aneignung verfügbaren Mehrwerts entgegen; diese Schranke wird durch die Einverleibung und Vereinigung bislang selbständiger Kapitale in der Zentralisation überwunden.“ (Jörg Huffschmid: Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Das Argument, Sonderband AS 6: Theorie des Monopols, S. 24)

„Zentralisation“ des Kapitals unterscheidet sich also von der Konzentration dadurch, daß hierbei bisher selbständige Einzelkapitale zusammengefaßt werden unter einem einheitlichen Kommando. Im Unterschied zur Konzentration stellt sich die Zentralisation wie folgt dar (Abb. 43 b):



2) Kapitalverflechtung als Form der Zentralisation

Wir wollen hier auf die Formen der Konzentration und Zentralisation nicht im einzelnen eingehen. (Siehe hierzu z.B. Ernest Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, Bd. 2, Abschnitt „Monopolkapitalismus“, suhrkamp 596, Frankfurt 1972). Mindestens aber sei die Herausbildung der Form der *Aktiengesellschaft* im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erwähnt, die auf dem Weg über die Emission von Aktien die *Zusammenfassung einzelner zersplitterter Geldkapitale* zu riesigen Kapitalmassen ermöglichte und von daher die Größe der Einzelkapitale sprunghaft anwachsen ließ – in einem Ausmaß, wie dies durch bloße Akkumulation von realisierten Profiten im Rahmen von Nicht-Kapitalgesellschaften niemals möglich gewesen wäre. Marx:

„Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie solange warten müssen, bis es die Akkumulation einiger Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Zentralisation dagegen hat dies, vermittelt der Aktiengesellschaft, im Handumdrehn fertiggebracht.“ (MEW 23, S. 656)

Die Aktiengesellschaft ist — über die Zusammenfassung zersplitterter Geldkapitale hinaus — eine Form, mit deren Hilfe sich der Prozeß der Zentralisation noch auf andere Weise und in viel größerem Maßstab vollziehen kann: Gemeint ist die *Verflechtung* einzelner Aktiengesellschaften untereinander auf dem Weg über *Kapitalbeteiligung*. Bekanntlich reicht eine Kapitalbeteiligung von 50 % an einer Aktiengesellschaft aus, um dieses Unternehmen in seiner Geschäftspolitik total zu beherrschen. Faktisch genügt allerdings oft schon ein viel geringerer Prozentsatz, sofern der übrige Aktienbesitz breit gestreut ist und die Anteilseigner von ihrem Stimmrecht in der Hauptversammlung entweder keinen Gebrauch machen oder aber in ihren divergierenden Einzelinteressen dem Block des gebündelten Aktienpakets nichts entgegenzusetzen können.

Über Kapitalbeteiligung ist es also möglich, ein ganzes Netz von Verflechtungen zwischen einzelnen Aktiengesellschaften aufzubauen (*Konzern*), sie auf diese Weise faktisch unter eine einheitliche Leitung zu stellen (*Konzernspitze*), von der aus die Geschäftspolitik der einzelnen eingegliederten Unternehmen im übergeordneten Interesse des Gesamtkonzerns bestimmt wird.

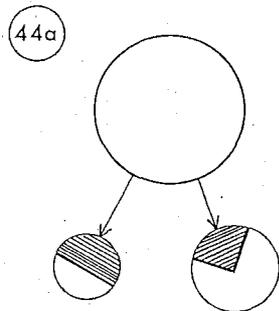
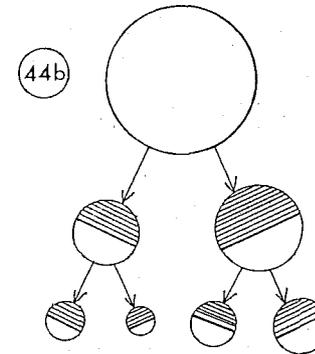


Abb. 44 a soll die Verflechtung mittels Kapitalbeteiligung noch einmal grafisch verdeutlichen. Die Fläche der Kreise gibt dabei die Größe des jeweiligen Grundkapitals der Aktiengesellschaft an, die schraffierten Kreissegmente symbolisieren jeweils den Prozentsatz der Kapitalbeteiligung. In unserer Abbildung handelt es sich einmal um eine 50 %ige und einmal um eine 25 %ige Beteiligung.

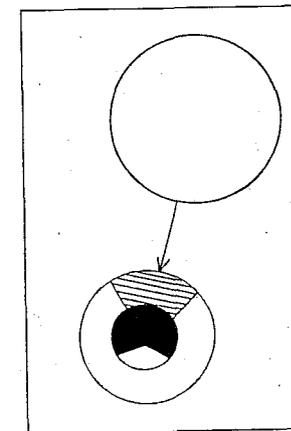
Abb. 44 b veranschaulicht das Modell eines Konzerns, der mit Hilfe von jeweils 50 %igen Kapitalbeteiligungen aufgebaut ist und mehrere Ebenen der

Abhängigkeit umfaßt. Schon an diesem einfachen Beispiel wird deutlich, daß durch die Beherrschung der Unternehmen auf der 1. Ebene gleichzeitig die Beherrschung der Unternehmen der 2. Ebene gegeben ist. Es zeigt sich daran, daß die unter ein einheitliches Kommando gestellten Kapitalmassen ein Vielfaches dessen betragen, was an Geldkapital zum Erwerb der Beteiligungen aufgewendet werden mußte. Durch diese Form der Zentralisation multipliziert sich also die Potenz eines einzelnen Kapitals.



In Abb. 44 c soll nun noch unterschieden werden zwischen dem Prozentsatz der Kapitalbeteiligung und dem Stimmrechtsanteil in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft. Entsprechend wird unterschieden zwischen dem

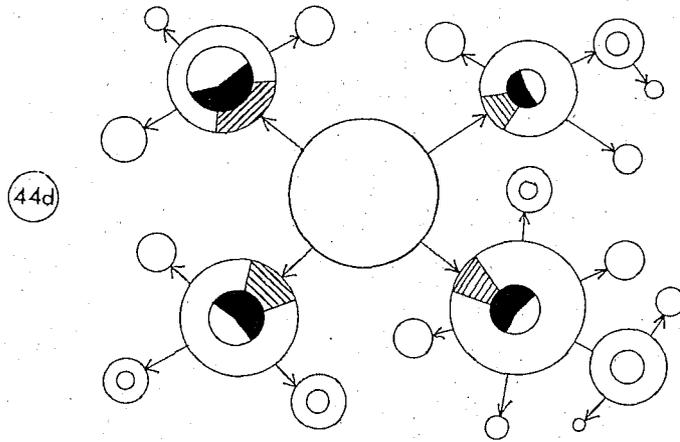
gesamten Grundkapital der betrachteten Aktiengesellschaft (äußerer Kreis) und demjenigen Teil des Grundkapitals, dessen Anteilseigner in der Hauptversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen (innerer Kreis). In unserem Beispiel sei die Kapitalbeteiligung (bezogen auf das gesamte Grundkapital) nur ca. 20 %. Die Fläche des Segments des äußeren Kreises entspricht der Beteiligungssumme. Bezogen auf das in der Hauptversammlung vertretene Kapital (innerer Kreis) ergibt sich aus dieser Beteiligungssumme ein viel größerer Anteil (= verteilt sich die Segmentfläche des äußeren Kreises beim inneren Kreis auf einen viel größeren Winkel): in unserem Beispiel über 50 %.



44c

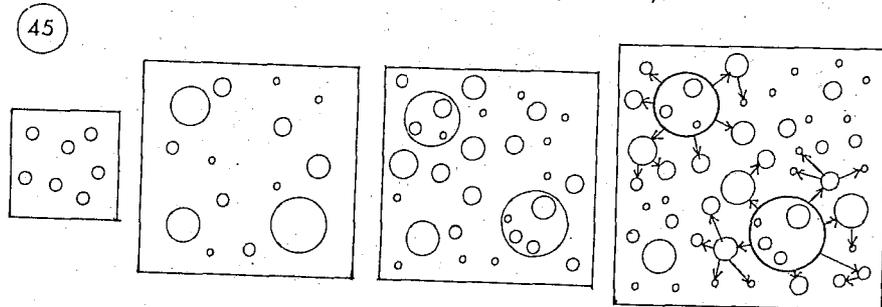
Abb. 44 d veranschaulicht nur den Tatbestand, den wir oben schon angesprochen hatten: daß der Einfluß eines Einzelkapitals sich umso mehr multipliziert, je geringer der zur faktischen Beherrschung erforderliche Pro-

zentsatz der Kapitalbeteiligung ist.



3) Strukturdifferenzierung (Polarisierung) innerhalb des Gesamtkapitals

Wenn wir die Modelle zur Konzentration und Zentralisation noch einmal im Zusammenhang betrachten, ergibt sich – bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft – folgende Kette von Bildern (Abb. 45):



Was wir hier in vier aufeinanderfolgenden Abbildungen drage stellt haben, entspricht im Groben dem tatsächlichen historischen Entwicklungsprozeß des allmählichen Übergangs vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus. Dabei müssen wir uns freilich darüber klar sein, daß sich die

hier dargestellten Ebenen von Konzentration und Zentralisation in der Realität überlagern, daß also eine Zentralisation begleitet wird durch eine gleichzeitig stattfindende Konzentration.

Daß die Herausbildung von großen Kapitalen und das Zurückfallen anderer Kapitale, die schließlich von den großen Kapitalen geschluckt werden oder aber ganz verschwinden, kein Zufall, sondern notwendig in der Struktur des kapitalistischen Systems angelegt ist, hat Huffschmid im einzelnen abgeleitet. Er faßt seine Überlegungen zu dieser „systematischen Struktur differenzierung innerhalb des Gesamtkapitals“ wie folgt zusammen:

„Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation – die im Begriff der Überakkumulation oder des tendenziellen Falls der Profitrate ganz allgemein zusammengefaßt werden können – stellen das Einzelkapital immer wieder vor Verwertungsschwierigkeiten und Existenzbedrohungen, deren Überwindung verschärften Kampf gegen die Konkurrenten, die Intensivierung der Konkurrenz verlangt. In dieser verschärften Situation findet der Ausgleich der Profitraten auch der Tendenz nach nicht statt, sondern die besten Kapitale setzen sich mit hoher Profitrate durch, und die schlechtesten werden ruiniert, während der Rest sich im Mittelfeld halten kann. Dieser durch die Krise und die verschärfte Konkurrenz zeitweise bewirkte systematische Nichtausgleich der Profitrate hat Folgen: Er verschafft den Kapitalen mit der höchsten Profitrate einen absoluten und relativen Vorsprung vor anderen Kapitalen und damit verstärkte Akkumulationskraft, die sich im inneren Wachstum (Konzentration) und/oder in der Aufsaugung anderer Kapitale (über Erwerb, Beteiligung, Fusion), Zentralisation, äußern kann und wegen der nach wie vor bestehenden Konkurrenz auch äußern muß. Eine absolute und relative Vorzugsposition, die zunächst mehr oder minder unerklärt gegeben sein mag, wird so durch die bloße Kontinuität der krisenhaften Bewegung des Kapitals zementiert und liefert die finanzielle, beschaffungsmäßige, produktionstechnische und absatzpolitische Basis, sich in der nächsten Krise wiederum erfolgreich gegenüber den Konkurrenten durchzusetzen und den kapitalmäßigen Vorsprung ausbauen zu können. So werden die Folgen eines „ursprünglichen“ Nichtausgleichs der Profitraten zur Ursache für den nächsten, jetzt schon systematisch bedingten Nichtausgleich der Profitrate und für eine dauerhafte, wenn auch nicht automatische Verhinderung des Ausgleichs der Profitrate für bestimmte Kapitale.“ (Huffschmid, a.a.O., S. 33f)

IV. Monopolpreis und Wert

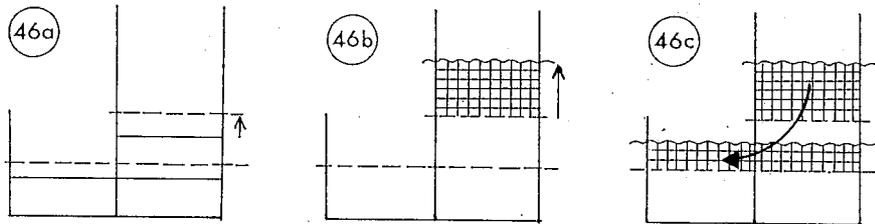
Was für unseren Zusammenhang wichtig ist, ist die Tatsache, daß sich aus den inneren Bewegungsgesetzen des Kapitalismus heraus durch Kapitalkonzentration und -zentralisation riesige Kapitalmassen bilden, die sowohl Finanzierungsmärkte als auch Beschaffungs- und Absatzmärkte zunehmend unter ihre Kontrolle bringen können. Wir werden im folgenden zu untersuchen haben, welche Konsequenzen sich aus diesen Monopolisierungstendenzen für die Durchsetzung des Wertgesetzes ergeben.

1) Der Begriff der Monopolpreises in der marxistischen Theorie:

Ehe wir uns diesen Zusammenhängen zuwenden, müssen wir uns aber Klarheit verschaffen über den Begriff des Monopolpreises (bzw. Monopolprofits) in der marxistischen Theorie. Huffschmid:

„Monopolpreise sind Marktpreise, die dauerhaft über den jeweiligen Produktionspreisen bestimmter Waren liegen. Die Abweichungen vom Produktionspreis hat der Monopolpreis dabei mit anderen Marktpreisen gemeinsam, die ja auch in der Regel nicht mit dem Produktionspreis identisch sind, sondern um ihn als Gravitationszentrum schwanken. Was den monopolistischen Marktpreis von anderen Marktpreisen unterscheidet, ist die *Einseitigkeit* — als positive Abweichung — und die *Dauerhaftigkeit* der Abweichung vom Produktionspreis.“ (Huffschmid, a.a.O., S. 46)

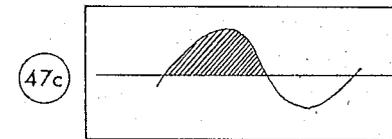
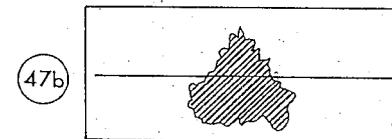
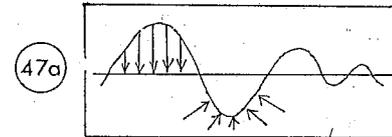
Machen wir uns den Begriff noch einmal grafisch klar. In Abb. 46 a ist zunächst ein Einzelkapital dargestellt, bei dem die Produktionspreise über



den von ihm produzierten Werten liegen.

In Abb. 46 b soll nun die gewellte Linie das Niveau des Monopolpreises ausdrücken, der noch über dem Produktionspreis liegt. Wird über Monopolpreise eine entsprechend höhere Wertmasse realisiert und verteilt sich diese auf das gesamte vorgeschossene Kapital ($c + v$), so ergibt sich eine gegenüber der Durchschnittsprofitrate entsprechend erhöhte Profitrate. Diese darüber hinausgehende Profitrate wird Monopolprofit(rate) genannt (Abb. 46 c). Entscheidend in der Definition von Huffschmid ist, daß dieses Mehr an Profit nicht nur zufällig und vorübergehender Natur ist, sondern Ergebnis monopolistischer Strategien und von Dauer.

Während wir früher die Abweichung der Marktpreise vom Wert (in der einfachen Warenproduktion) bzw. vom Produktionspreis (in der kapitalistischen Warenproduktion) als immer wieder gegebene Möglichkeit abgeleitet hatten, bei deren Eintreten sich Tendenzen zur Wiederableichung an den Wert (bzw. Produktionspreis) ergeben, zeichnet sich der Monopolpreis dadurch aus, daß solche Einebnungstendenzen sich nicht durchsetzen können. Wenn wir einerseits das Zurückpendeln der Preise auf die Ebene der Werte bzw. Produktionspreise vergleichen mit den Wasserwellen, die immer wieder zum Durchschnittsniveau des Wasserspiegels hintendieren (Abb. 47 a), so können wir andererseits die Monopolpreise bildlich darstellen als einen Eisberg, der mit seiner Spitze dauerhaft aus der Wasseroberfläche herausragt (Abb. 47 b), oder einfach nur als „eingefrorenen“ Wellenberg (Abb. 47 c).



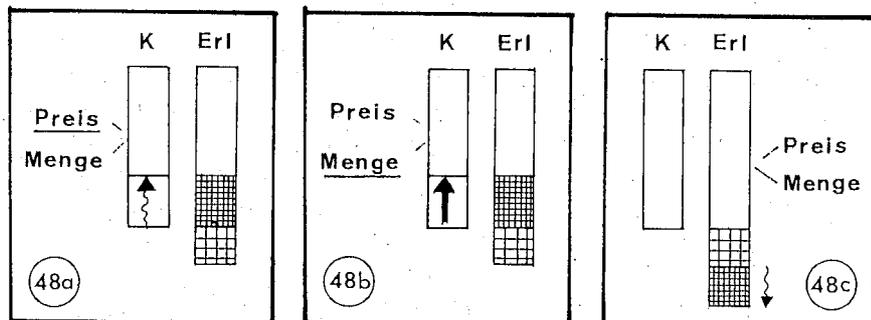
der mit seiner Spitze dauerhaft aus der Wasseroberfläche herausragt (Abb. 47 b), oder einfach nur als „eingefrorenen“ Wellenberg (Abb. 47 c).

2) Hintergründe für die Entstehung von Monopolprofiten

Die Hintergründe für die Entstehung von Monopolprofiten können vielfältiger Natur sein:

a) Kontrolle über die Bezugsmärkte

Sie können z.B. „ihren Grund in den überdurchschnittlich günstigen Einkaufs- und Beschaffungsmöglichkeiten der Monopole gegenüber anderen Kapitalen — z.B. auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung — haben.“ (Huffschnid, a.a.O., S. 46) So kann es den Monopolen z.B. auch gelingen, durch ihren starken Einfluß in bestimmten Gebieten die Löhne zu drücken. Beides senkt tendenziell den Kostpreis, drückt also nur preislich (nicht mengenmäßig!) den Kostenblock zusammen. (Dieses nur preisliche — „nominelle“ — Zusammendrücken soll durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 48 a symbolisiert werden, den man sich als Spiralfeder vorstellen kann.)



b) Druck auf den Produktionsprozeß

„Die Abweichung des monopolistischen Marktpreises vom Produktionspreis kann auch durch besonders kostengünstige Produktionsverfahren verursacht werden, durch monopolistische Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, die — etwa wegen des hohen erforderlichen Kapitalminimums oder monopolistischer Patentpolitik — von anderen Kapitalen nicht imitiert werden kann.“ (Huffschnid, S. 46)

Hier geht der Effekt der überdurchschnittlichen Kosteneinsparung also nicht von den Preisen der eingesetzten Faktoren aus, sondern von einer gegenüber den durchschnittlichen Produktionsbedingungen *mengenmäßigen* Reduzierung des Einsatzes von lebendiger oder vergegenständlichter Arbeit. (Diese mengenmäßig verursachte Reduzierung des Kostenblocks wird durch den geraden Pfeil in Abb. 48 b dargestellt.)

c) Kontrolle über Absatzmärkte

Eine dritte prinzipielle Möglichkeit besteht schließlich darin, daß die monopolistischen Strategien sich auf die Absatzseite erstrecken (Werbung, Produktgestaltung, künstliche Verknappung usw.) und auf diese Weise die Realisierung von Preisen ermöglichen, die über den Produktionspreisen liegen. In diesem Fall geht die Entstehung von Monopolprofiten also auf die Erlösseite zurück. (Abb. 48 c)

3) Monopol und Ausschaltung der Preiskonkurrenz

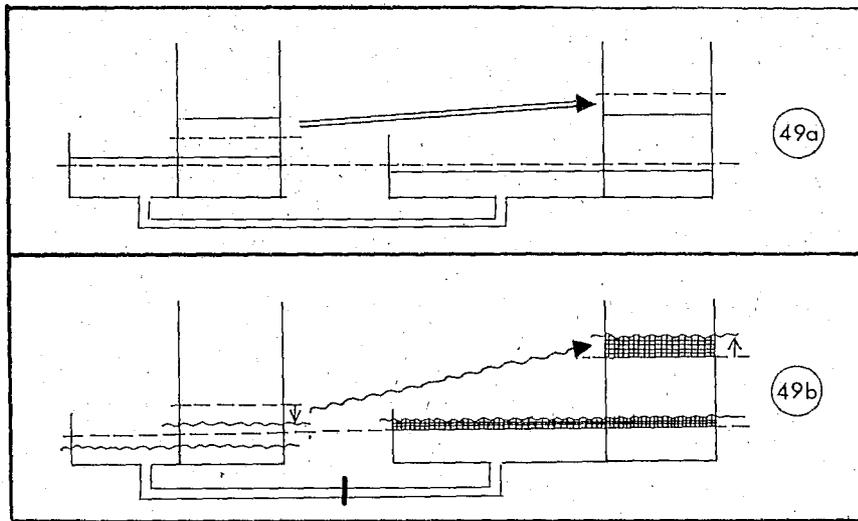
Ist nun aber das Setzen überhöhter Preise nicht mit einem Risiko für das Monopol verbunden, mit dem Risiko nämlich, daß die Nachfrager zu anderen Unternehmen abwandern, die zu niedrigeren Preisen anbieten? Die Möglichkeit, daß sich mehrere Monopole (in der bürgerlichen Ökonomie spricht man von „Oligopolen“) in ihren Preisen gegenseitig unterbieten oder gar in einen ruinösen Preiskampf eintreten, ist hypothetisch durchaus gegeben. Derartige Fälle von Preiskämpfen zwischen Monopolen sind in der Geschichte des Monopolkapitalismus auch verschiedentlich vorgekommen. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß es nicht im Interesse der Monopole liegen kann, sich die Preise gegenseitig zu „verderben“, zumal in der Regel vorher kaum auszumachen sein wird, welches Unternehmen bei einem Preiskampf letztlich „auf der Strecke bleibt“. So liegt es vielmehr im gemeinsamen Interesse der Monopole, an der „Preisfront“ den Kampf gegeneinander möglichst zu vermeiden und stattdessen — wenn überhaupt — den Konkurrenzkampf auf andere Ebenen zu verlagern, etwa die Ebene der Produktivkraftsteigerung oder der *Werbung* und *Produktgestaltung*.

4) Monopolprofit und monopolistischer Werttransfer

Was bedeutet nun die Herausbildung von Monopolprofiten, von überdurchschnittlichen Profitraten, im Zusammenhang mit unseren früheren Erörterungen des Wertgesetzes? Werden hier nicht Preise realisiert, die mit den

Werten der Waren überhaupt nichts mehr zu tun haben und auch nicht mit den Produktionspreisen, die sich ja indirekt aus den Werten ableiten lassen? Ist das Wertgesetz unter monopolkapitalistischen Bedingungen also überholt?

Im Hinblick auf die Einzelpreise, die von Monopolen realisiert werden, müssen wir tatsächlich feststellen, daß sie mit dem Wert der einzelnen Ware wenig zu tun haben. Die Ausnutzung monopolistischer Marktmacht erlaubt es ja gerade, die Preise auf einer Höhe zu halten, die über demjenigen Niveau liegt, was sich bei Preiskonkurrenz der Einzelkapitale untereinander einstellen würde; auf einem Niveau also, das über den Produktionspreisen liegt. Wenn aber bestimmte Monopole auf diese Weise mehr Werte realisieren, als den Produktionspreisen entspricht, so müssen diese zusätzlichen Werte irgendwo herkommen, müssen irgendwoanders produziert worden sein. Abb. 49 a, b sollen diesen Zusammenhang verdeutlichen.



Wir stellen uns wieder zwei Sektoren einer Volkswirtschaft vor mit gleichen Mehrwertraten, aber unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals, wobei sich — bei Konkurrenz der Einzelkapitale — die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate ergibt (vgl. S. 111–115): In unserem Zusammenhang wollen wir nun annehmen, daß Sektor 2 monopolisiert ist. Den Monopolen von Sektor 2 gelingt es auf diese Weise,

die Preise noch über die Produktionspreise anzuheben und — gegenüber den Bedingungen bei Konkurrenz (Abb. 49 a) — eine größere Wertmasse zu realisieren (angedeutet durch die gewellte Linie im hohen Gefäß in Abb. 49 b). Verteilt auf das vorgeschossene Kapital $c_2 + v_2$ ergibt sich damit auch eine im Vergleich zur Durchschnittsprofitrate erhöhte Profitrate (gewellte Linie im breiten Gefäß). Aus Abb. 49 b wird deutlich, daß die in Sektor 2 zusätzlich realisierte Wertmasse ihr Gegenstück findet in einem entsprechenden Rückgang der in Sektor 1 realisierten Werte (immer unter der Voraussetzung, daß die Volkswirtschaft aus nur zwei Sektoren besteht!).

Was also die Monopole an zusätzlichen Profiten einstecken, geht auf Kosten anderer, d.h. nicht monopolistischer Bereiche.

„Monopolprofit ist somit in der Hauptsache das Ergebnis von *Umverteilungsprozessen* zwischen Kapitalen, von Prozessen, die aufgrund der Beherrschung entscheidender Verwertungsbedingtheiten durch große Einzelkapitale zustandekommen.“ (Huffschild, S. 47)

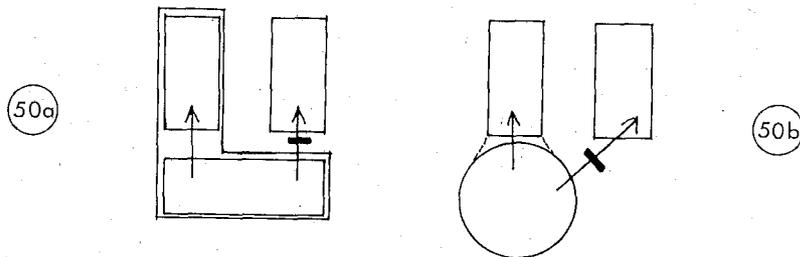
(Was wir hier am Beispiel des monopolistischen Werttransfers *zwischen* zwei Sektoren abgeleitet haben, gilt entsprechend auch für das Verhältnis monopolistischer zu nicht monopolistischen Unternehmen *innerhalb* eines Sektors.)

5) Die Abschottung monopolistischer Bereiche gegenüber Kapitalzuströmen

Nun müssen wir bedenken, daß die überdurchschnittliche monopolistische Profitrate andere Kapitale anlockt — wie wir das bereits im Zusammenhang mit der Ableitung der Durchschnittsprofitrate herausgearbeitet hatten. Mit dem Zustrom neuer Kapitale in den monopolistischen Bereich wäre allerdings die Monopolprofitrate von nur geringer Dauer, und die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate würde sich schließlich doch wieder durchsetzen. Wenn sich aber in der Realität beobachten läßt, daß die Stellung der Monopole — was ihre Profitrate betrifft — durchaus von längerer Dauer ist, dann müssen Gründe existieren, die den freien Zustrom von Kapital in die monopolistischen Bereiche verhindern.

Eine Barriere für den freien Zustrom von Kapital in monopolistische Bereiche besteht z.B. dann, wenn enorme Kapitaleaufwendungen erforderlich wären, um die Produktion unter Bedingungen aufzunehmen, die denen der Monopole vergleichbar wären. Darüberhinaus verfügen die schon existierenden Monopole über die verschiedensten Mittel, um Außenseiter und potentielle Konkurrenten aus dem Markt zu verdrängen, sei es durch kurzfristige Preisunterbietung, bei der dem Außenseiter schließlich die finanziellen Reserven ausgehen, sei es — etwa im Fall eines vertikal strukturierten Konzerns — durch Blockierung der Rohstofflieferungen gegenüber dem Konkurrenten.

Abb. 50 a soll diesen Fall grafisch verdeutlichen: Der vertikale Konzern bestehe aus den Unternehmen A und B, wobei B ein Monopol auf die Rohstoff-Förderung hat und A diese Rohstoffe weiterverarbeitet (z.B. Rohöl und Benzin). C sei ein Außenseiter, der in die Produktion auf der Ebene der Verarbeitung einsteigen und A Konkurrenz machen will, ohne selbst unmittelbaren Zugang zur Rohstoff-Förderung zu haben. Im Rahmen der Konzernpolitik von A/B kann nun B das Unternehmen C von der Rohstoffzufuhr abschneiden (oder auch nur durch überhöhte Preise dessen Kosten in die Höhe drücken) und auf diese Weise C in der Konkurrenz gegenüber A in die Knie zwingen.

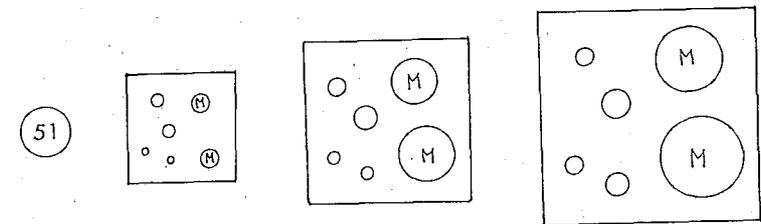


Bei weitgehender Verflechtung von Industriekapital und Bankkapital (zum sog. Finanzkapital) ist es darüberhinaus möglich, dem Außenseiter die Kredite zu verweigern und ihn von dieser Seite her unschädlich zu machen. (In Abb. 50 b symbolisiert der Kreis das konzentrierte und mit A verflochtene Bankkapital.) (Siehe im einzelnen Huffschild, S. 51 ff; außerdem Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, Abschnitt „Der Monopolkapitalismus“). Wir wollen hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Worauf es uns in unserem Zusammenhang ankommt, ist lediglich die Tatsache, daß Monopole prinzipiell über eine Fülle von Mitteln verfügen, um den Zustrom zusätzlichen

Kapitals in ihren Bereich mehr oder weniger zu blockieren und die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate in ihrer Durchsetzung zu hemmen bzw. auf längere Zeit zu verhindern. (In unserer Abb. 49 b soll das dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Verbindungsröhre zwischen den beiden Sektoren blockiert ist und sich also keine Durchschnittsprofitrate einpendeln kann.)

6) Monopolprofit und Akkumulation

Welche weiteren Konsequenzen hat nun die Herausbildung monopolistischer Profite bezüglich des Verhältnisses zwischen monopolistischen und nicht-monopolistischen Bereichen? Die Monopole verfügen aufgrund der abgeleiteten Zusammenhänge über eine relativ größere Profitmasse als die nicht-monopolistischen Kapitale — und damit auch über relativ größere Quellen der Akkumulation. Ihre Akkumulationsgeschwindigkeit ist entsprechend größer als diejenige der übrigen Kapitale. (Abb. 51 soll diese unterschiedliche Akkumulationsgeschwindigkeit symbolisieren, wobei die Monopole mit M bezeichnet sind.)

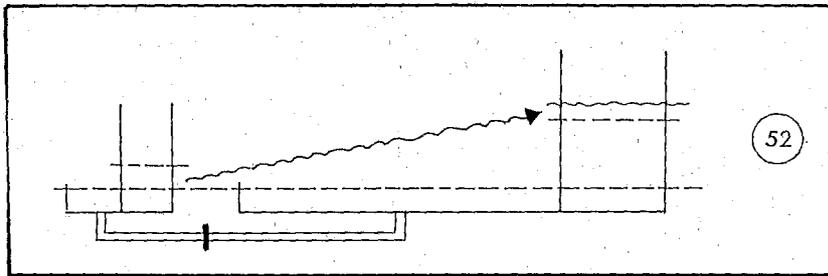


7) Der Drang der Monopolprofite in äußere Anlagesphären

Je schneller die Akkumulation bei den Monopolen, umso mehr stellt sich allerdings das Problem, in welchen Bereichen die immer wieder realisierten Monopolprofite angelegt werden sollen. Würden sie nämlich im bisherigen Betätigungsfeld des Monopols in Kapital zurückverwandelt, so wäre eine beständige Kapazitätserweiterung und eine entsprechende Erweiterung des Angebots an Waren die Folge. Monopolistisch überhöhte Preise lassen sich

aber auf Dauer nur halten, wenn das Angebot mengenmäßig nicht ständig erweitert wird. Von daher ergibt sich die Notwendigkeit, daß die vom Monopkapital realisierten Profitmassen zunehmend in noch nicht monopolisierte Bereiche drängen müssen. Je mehr nun die Monopolisierung um sich greift, umso mehr vernichtet sie die noch verbliebenen nicht-monopolistischen Bereiche — und damit aber die Grundlage für den monopolistischen Werttransfer (aus den nicht-monopolistischen in die monopolistischen Bereiche).

Abb. 52 soll das verdeutlichen: Wenn der nicht-monopolistische Bereich stark zusammengeschrunpft ist, verbleiben für den monopolistischen Werttransfer nur noch Wertmassen, die aufgrund ihrer geringen Größe nicht geeignet sind, die Profitrate der Monopole gegenüber der Durchschnittsprofitrate wesentlich anzuheben.



Während sich die Monopolisierung zunächst als Möglichkeit für einzelne Kapitale darstellte, der Tendenz zur fallenden Profitrate zu entrinnen — wengleich auf Kosten anderer Kapitale —, stellt sie sich langfristig als ungeeignetes Mittel dar; dies umso mehr, je mehr die anderen Kapitale im Zuge dieses Monopolisierungsprozesses vernichtet werden und damit auch die Grundlage für einen monopolistischen Werttransfer entfällt. So sehr es also zunächst schien, als könnten sich die Monopole durch Einsatz monopolistischer Strategien dem Verwertungszusammenhang und den drohenden Verwertungskrisen entziehen, so deutlich wird nun, daß auch diese Strategien (soweit wir sie bisher erörtert haben) eingebannt sind in die Grenzen der Bewegungsgesetze des Kapitals. Bezogen auf das gesellschaftliche Gesamtkapital ändert sich an den früher abgeleiteten Tendenzen zur Krise nichts. Allerdings entstehen — wie wir gleich zu diskutieren haben — neue Formen, in denen sich die Krise des Kapitals unter monopolkapitalistischen

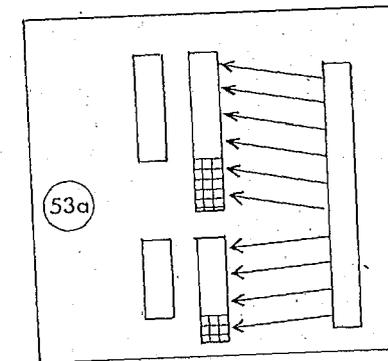
Bedingungen entlädt.

V. Die Krise unter monopolkapitalistischen Bedingungen

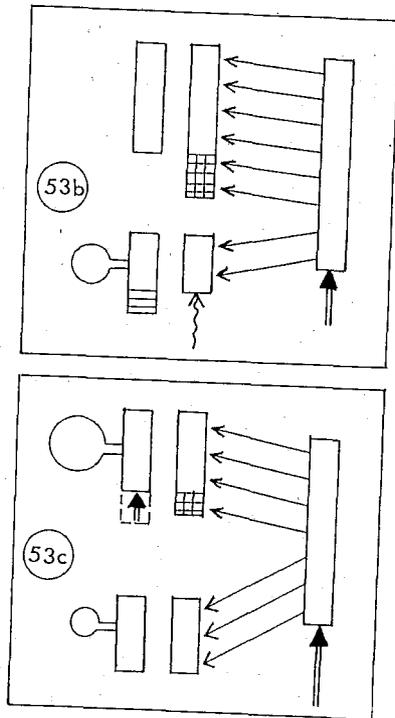
1) Unterschiedliche Auswirkungen der Krise auf monopolisierte und nicht-monopolisierte Bereiche

Kommt die Krise — sei es aufgrund von Realisierungsproblemen, sei es aufgrund der sich durchsetzenden Tendenz zur fallenden Profitrate — zum Durchbruch, so werden monopolisierte und nicht-monopolisierte Bereiche in unterschiedlicher Weise davon getroffen. Huffschmid:

Wir haben „gesehen, daß die Monopkapitale durch ihre Größe und den damit verbundenen Vorteil einen Rentabilitätsvorsprung vor den anderen Kapitalen haben, der in der monopolistischen Umverteilung des Gesamtwertes, der Erzielung eines Monopolprofits zum Ausdruck kommt. Dieser Vorsprung bedeutet, daß die Monopole sich aufgrund der „errungenen Positionen“ in der Krise individuell der Entwertung des Gesamtkapitals zwar nicht automatisch entziehen, aber doch leichter entziehen können als andere Kapitale, die schon in normalen Zeiten nur durchschnittliche Profite machen. Die systematische Differenzierung der Kapitale in monopolistische und nicht monopolistische führt in der Krise auch zu einer systematischen Differenzierung der Entwertung des Gesamtkapitals... Es gehört immer mehr zum regelmäßigen Erscheinungsbild der kapitalistischen Entwicklung, daß die großen Monopole von der Krise weniger betroffen sind.“ (Huffschmid, S. 67)



Die folgenden Abbildungen sollen diesen Zusammenhang verdeutlichen. Die Gesamtwirtschaft wird dabei modellhaft unterteilt in einen monopolistischen und einen nicht-monopolistischen Sektor, wobei sich aus der Gegenüberstellung von Erlösen und Kosten jeweils der Profit ergibt (schraffierter Block in Abb. 53 a). Die Erlöse ihrerseits resultieren aus der Verteilung der Ge-



samtnachfrage auf die einzelnen Sektoren. Ergibt sich nun – im Zuge der Krise – ein Rückgang der Gesamtnachfrage und gelingt es den Monopolen aufgrund ihrer Marktmacht, einen Preiskampf zu vermeiden, so sind bezüglich der Auswirkungen der Krise zwei Fälle zu unterscheiden:

a) Die den Monopolen nachgelagerten Stufen sind in so starkem Maße auf die Produktion der Monopole angewiesen, daß es selbst bei Rückgang der Gesamtnachfrage zu keinem wesentlichen Nachfragerückgang bei den Monopolen kommt („unealstische Nachfrage“). In diesem Extremfall würde der gesamtwirtschaftliche Nachfragerückgang ausschließlich die nicht monopolistischen Bereiche treffen, und zwar in unverhältnismäßig starkem Maße (d.h. relativ stärker, als es dem prozentualen Rückgang der Gesamtnachfrage entspricht) (Abb. 53 b). Der Kampf um die rapide sich verschlechternden Realisierungsmöglichkeiten würde hier zu Formen der ruinösen Konkurrenz und zu entsprechendem Preisverfall führen (grafisch angedeutet durch den geschlängelten Pfeil, der die Erlöse nominell zusammendrückt).

b) Der gesamtwirtschaftliche Nachfragerückgang trifft auch die Monopole. Bei Konstanthaltung der Preise bleibt als Reaktionsform nur noch eine Drosselung der Produktion und entsprechende Einführung von Kurzarbeit und Entlassung der nun überschüssigen Arbeitskräfte (grafisch angedeutet durch den Ballon von Arbeitslosen, der durch Freisetzung von Arbeitskräften „aufgeblasen“ wird. Abb. 53 c)

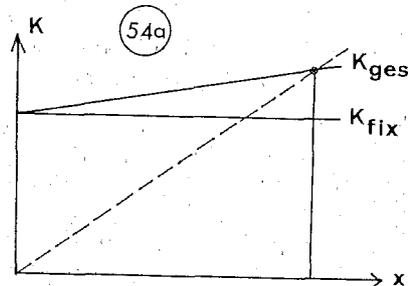
Exkurs: Monopolistische Preispolitik und Stagflation

Während wir bisher nur davon ausgegangen sind, daß die Monopole auch in der Krise die Preise nicht senken, müssen wir uns nun noch einem Phänomen zuwenden, das in den letzten Jahrzehnten zunehmend relevant geworden ist: gemeint ist die zu beobachtende Erscheinung, daß große monopolistische Konzerne in Zeiten der Krise und des gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückgangs ihre Preise nicht nur nicht senken, sondern sie im Gegenteil sogar noch erhöhen. Daß sie also eine Preispolitik betreiben, die in ihren Auswirkungen jeder Logik liberaler Ökonomie widerspricht, in der immer wieder unterstellt wird, daß ein Absatzrückgang zu Preissenkungen führen muß. Die scheinbar paradoxe Erscheinung, daß in Zeiten der Krise und Stagnation die Preise sich inflationär aufblähen, wird – in einer verkürzten Wortzusammensetzung aus Stag(nation) und (In)flation – „Stagflation“ genannt.) Wie läßt sich diese Erscheinung erklären?

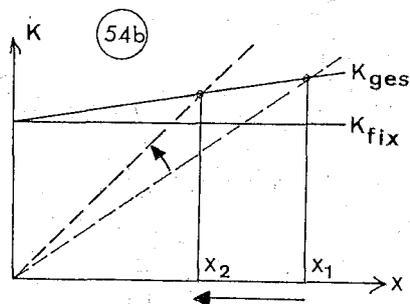
Das folgende Modell soll zum Verständnis dieses Phänomens beitragen. In Abb. 54 a wird modellhaft die Kostenstruktur eines Unternehmens dargestellt, das mit einem hohen Anteil an „fixem Kapital“ („Fixkosten“ = K_{fix}) produziert, also mit Kapital, das in Produktionsanlagen usw. gebunden ist – und zwar unabhängig davon, ob die Produktionskapazitäten nun voll genutzt werden oder nicht. Wir müssen uns noch einmal klarmachen, daß die technologische Entwicklung insbesondere auf der hohen Stufenleiter der konzentrierten Kapitale ein beständiges Anwachsen nicht nur des *konstanten Kapitals* c (Material, Maschinen usw.) erfordert, sondern innerhalb des konstanten Kapitals vor allem ein Anwachsen des in Produktionsanlagen gebundenen, „fixierten“ Teils, eben des *fixen Kapitals*. Daher geraten die großen Kapitale zunehmend in eine Kostenstruktur, die durch einen wachsenden Anteil fixen Kapitals (und der daraus entspringenden fixen Kosten) gegenüber den übrigen Kapitalaufwendungen (Material-, Lohnkosten usw. = „*zirkulierendes Kapital*“) gekennzeichnet ist.

Während die Aufwendungen für fixes Kapital (fixe Kosten K_{fix}) unabhängig von der Höhe der produzierten Stücke anfallen, verändern sich die übrigen Kosten (mindestens zum Teil) mit der Ausbringungsmenge. In unserem Modell ist angenommen, daß sie sich proportional zur produzierten Menge (x) entwickeln. (Abb. 54 a) Die Gesamtkosten K_{ges} , umgelegt auf die produzierten Stücke (x), ergeben die Stückkosten K/x , die grafisch in der Stei-

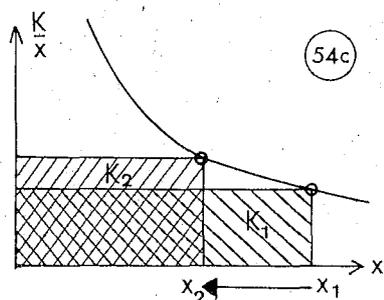
gung des gestrichelten Nullpunktstrahls zum Ausdruck kommen.



Angenommen nun, die Absatzmöglichkeiten reduzieren sich im Zuge der Krise von x_1 auf x_2 (Abb. 54 b). Die Abbildung macht deutlich, daß dabei die Stückkosten ansteigen (Drehung der gestrichelten Linie nach links), dies aufgrund der Tatsache, daß sich der hohe Fixkostenblock nunmehr auf eine geringere Menge produzierter Stücke verteilt und pro Stück insofern ein höherer Fixkostenanteil anfällt.

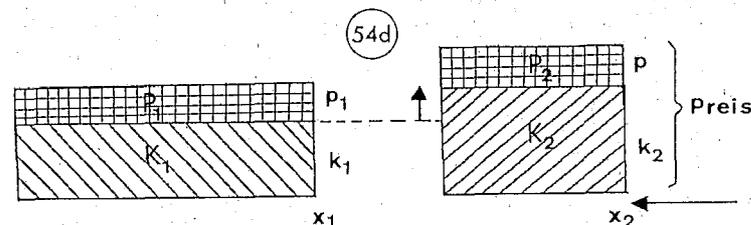


In Abb. 54 c ist noch einmal die Abhängigkeit der Stückkosten von der produzierten Menge — diesmal in Form einer Kurve — dargestellt. Die Fläche der eingezeichneten Rechtecke — als das Produkt der Stückkosten mal der produzierten Menge — stellt jeweils die Gesamtkosten dar in Abhängigkeit von x_1 (links schraffiert) bzw. x_2 (rechts schraffiert). — Der Preis eines Stücks ergibt sich aus den Stückkosten + einem Profitaufschlag (p). Der Gesamtprofit errechnet sich dabei aus dem Stückgewinn mal der abgesetzten Menge und findet sich grafisch in Abb. 54 d in dem kariert schraffierten Rechteck wieder.



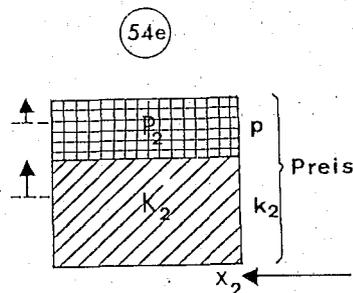
Für den Fall, daß auch bei zurückgehendem Absatz und eingeschränkter Produktion x_2 der gleiche Stückgewinn auf die Kosten aufgeschlagen wird, ergibt sich dennoch — eben aufgrund der angestiegenen Stückkosten — ein erhöhter Preis! Wenn die Unternehmen also auf Stückkostenbasis ihre Preise kalkulieren, werden sie bei Absatzrückgang umso mehr mit Preiserhö-

hungen reagieren, je stärker bei Produktionseinschränkung die Stückkosten ansteigen, d.h. je größer der Fixkostenanteil ist. Der Anteil an fixem Kapital ist aber — wie wir gesehen haben, gerade bei den großen Kapitalen besonders hoch. Daher wird verständlich, daß mit fortschreitender Konzen-



tration der Kapitale die großen Kapitale bei Absatzrückgang nicht mit Preissenkungen, sondern umgekehrt sogar mit Preiserhöhungen reagieren.

Trotz einer derartigen Preispolitik würde sich aber in unserem Modell der Gesamtprofit P vermindern (P_2 in Abb. 54 e im Vergleich zu P_1 in Abb. 54 d). Mit einer solchen Profitschmälerung werden sich die Monopole —



wenn irgend möglich — nicht abfinden. Sie werden im Gegenteil versuchen, die Profite mindestens auf der alten Höhe zu halten. Dies wäre aber nur möglich, wenn bei vermindertem mengenmäßigem Absatz der Stückgewinn absolut erhöht würde. Abb. 54 e zeigt an, wie hoch — unter den Bedingungen unseres Modells — der Gewinnaufschlag p ausfallen müßte, damit der Gesamtprofit P_2 auf dem alten Stand (P_1) bleibt. (Dabei sollen die Rechtecke P_2 aus Abb. 54 e und P_1 aus Abb. 54 d flächengleich sein!)

Im Ergebnis zeigt sich also, daß — auf der Grundlage einer solchen Kalkulation — bei Absatzrückgang der Preis in zweifacher Weise angehoben wird: einmal bedingt durch die gestiegenen Stückkosten (senkrechter Pfeil in Abb. 54 d), zum zweiten bedingt durch den erhöhten Stückgewinn (oberer Pfeil in Abb. 54 e).

Damit haben wir eine Erklärung mindestens für den Versuch der konzen-

trierten Kapitale, im Fall von Absatzrückgang den Auswirkungen einer Krise über Preiserhöhungen zu entgehen. Im Zusammenhang mit unseren Erörterungen über die unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf monopolistische und nicht-monopolistische Bereiche bedeutet das, daß letztere umso härter von der Krise getroffen werden, je mehr den Monopolen die Durchsetzung einer derartigen Preispolitik am Markt gelingt; je mehr sie sich also für einen mengenmäßigen Nachfragerückgang über erhöhte Preise schadlos halten und auf diese Weise — in Geldeinheiten ausgedrückt — einen wachsenden Anteil der insgesamt schrumpfenden Gesamtnachfrage auf sich ziehen.

In allen von uns erörterten Fällen findet bei Ausbruch der Krise eine Entwertung von Waren- und Produktivkapital — herbeigeführt über Preisverfall — lediglich im nicht-monopolisierten Bereich statt, hier aber umso heftiger. Die Konsequenz dieser ungleichmäßigen Entwertungsprozesse ist, daß sich der Zentralisationsprozeß abermals, diesmal sprunghaft, in der Krise beschleunigt, indem nicht-monopolistische Kapitale vernichtet und von den Monopolen billig aufgesaugt werden. Je weiter aber der Prozeß der Zentralisierung voranschreitet, je größer also der Anteil der monopolistischen Kapitale am Gesamtkapital wird, umso größer werden auch diejenigen Bereiche, in denen im Fall einer Krise keine durch Preissenkung in Gang gesetzten Entwertungsprozesse mehr stattfinden. Damit unterbleibt aber auch die Herstellung von Bedingungen, die eine Überwindung der Krise überhaupt erst ermöglichen. Denn wir hatten früher herausgearbeitet, daß der Aufschwung nur dadurch zustandekommt, daß das vorhandene Kapital durch Entwertung wertmäßig zusammenschrumpft und die produzierte Mehrwertmasse dadurch in ein günstigeres Verhältnis zum eingesetzten Kapital gerät, d.h. eine höhere Profitrate erzielt werden kann. Findet die Entwertung nicht oder nur in wenigen Teilbereichen statt, so bleibt das Verhältnis der Mehrwertmasse zum Gesamtkapital nach wie vor auf dem niedrigen Stand, der die Krise auslöste. Huffschnid schreibt hierzu:

„Sollte es dem Monopolkapital (nämlich) trotzdem weiterhin gelingen, sich — z.B. durch Kapitalexport — individuell der Entwertung zu entziehen, so folgt aus der Abnahme des für die Entwertung überhaupt zur Verfügung stehenden Kapitals, daß der Umfang der Entwertung selbst immer geringer wird und folglich auch in immer geringerem Maße die gesamtwirtschaftliche Funktion ausübt, die zur Wiederankurbelung der Akkumulation notwendig ist. Statt zu mehr oder minder scharfen und zeitlich begrenzten

Ausbrüchen in den Reproduktionsprozessen; auf die wieder Phasen beschleunigter und hektischer Akkumulation folgen, kommt es mehr und mehr zu schwelenden Krisen, zu Verschleppungen und Streckungen von Verwertungsschwierigkeiten, die sich länger hinziehen und in bestimmten Grenzen auch die monopolistisch organisierten Kapitale erfassen.“ (Huffschnid, S. 68)

2) Monopolkapitalismus und Stagnation

Damit haben wir ein wesentliches Ergebnis herausgearbeitet: Der Monopolkapitalismus tendiert dazu, Krisen hervorzubringen, aus denen heraus sich über lange Zeit keine automatische Tendenz zu ihrer Überwindung mehr ergibt; er tendiert zur langandauernden *Stagnation*, zur langfristigen Massenarbeitslosigkeit auf der einen und Nichtauslastung von Produktionskapazitäten auf der anderen Seite. Die durch die Monopole realisierten Monopolprofite ermöglichen zwar — wie wir gesehen haben — eine Akkumulation, die um vieles stürmischer ist als unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen. Aber gerade diese stürmische Akkumulation bewirkt in verstärktem Maße ein Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals und verstärkt die Tendenz zum Absinken der gesamtkapitalistischen Durchschnittsprofitrate. Wenn auch die Monopole aufgrund ihrer Marktmacht einen relativ größeren Teil gesamtwirtschaftlicher Profitmasse sich aneignen können, bewirken sie doch gerade dadurch eine verstärkte Krisenanfälligkeit der übrigen Bereiche, denen die Profitrealisierungsmöglichkeiten entzogen werden. So gelangt die Tendenz zur fallenden Profitrate gesamtwirtschaftlich schließlich doch — wenn auch zunächst verschoben auf die nicht-monopolistischen Bereiche — zum Durchbruch und reißt schließlich das ganze System mit in den Strudel der Krise. Durch das Ausbleiben von Entwertungsprozessen bleibt gesamtwirtschaftlich das Verhältnis zwischen Mehrwertmasse und der Summe von konstantem und variablem Kapital, d.h. die Profitrate, auf unverändert schlechtem Stand.

VI. Wertgesetz und Monopol

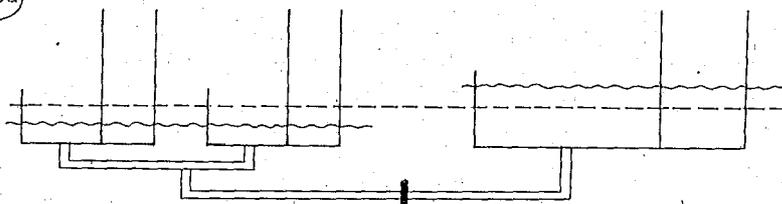
Was bedeutet nun die Entstehung von Monopolprofiten für die Durchsetzung des Wertgesetzes? Wird seine Wirkungsweise durch die Existenz von

Monopolen aufgehoben? Ist der Kapitalismus in eine Phase eingetreten, in der das Wertgesetz keine Rolle mehr spielt? Dieser Frage wollen wir uns mit den folgenden Ausführungen zuwenden.

Bezüglich der Einzelpreise, die von den Monopolen realisiert werden, hatten wir ja schon festgestellt, daß sie sich von den Produktionspreisen mehr oder weniger nach oben hin abheben. Wir hatten auch gesehen, daß — solange ein Kapitalzustrom in den monopolisierten Bereich wirksam blockiert wird — eine Produktionsausweitung und entsprechendes Absinken des Preises in Richtung Produktionspreis unterbleibt. Für die Dauer dieser Blockierung wird insoweit die Durchsetzung des Wertgesetzes im monopolisierten Bereich in der Tat gehemmt. Unberührt davon bleibt allerdings, daß das Wertgesetz in den nicht-monopolistischen Bereichen weiterhin wirksam ist.

Während die nicht-monopolistischen Kapitale nach wie vor der Tendenz zum Ausgleich der Profitrate unterliegen, sind die monopolisierten Kapitale diesem Ausgleichsprozeß zunächst entzogen. Die in den nicht-monopolistischen Bereichen sich tendenziell herausbildende Profitrate liegt dann allerdings unter derjenigen, die sich herausbilden würde, wenn sämtliche Einzelkapitale in den Ausgleichsprozeß eingehen würden. Der Grund liegt darin, daß die Aneignung von Monopolprofiten die Mehrwertmasse, die den nicht-monopolisierten Bereichen zur Verteilung auf die Einzelkapitale verbleibt, verringert. Abb. 55 a soll diesen Zusammenhang verdeutlichen: Die beiden linken Sektoren stellen dabei die nicht-monopolisierten Bereiche dar, während der rechte Sektor den monopolisierten Bereich andeutet.

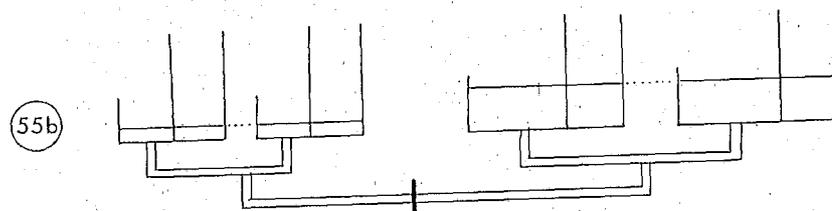
55a



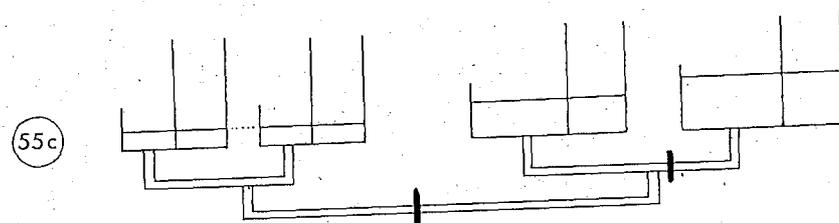
Mit dieser Darstellung ist freilich noch nicht geklärt, wie die Struktur der Profitraten *innerhalb* des monopolistischen Bereichs sich gestaltet. Zu dieser Frage bestehen innerhalb der marxistischen Literatur unterschiedliche Auffassungen — wie überhaupt zum Verhältnis von Monopolprofit und

Durchschnittsprofit. Altvater unterscheidet diesbezüglich (in seinem Aufsatz „Wertgesetz und Monopolmacht“ in Argument AS 6) fünf unterschiedliche Positionen. (Unsere Grafiken sollen diese unterschiedlichen Positionen jeweils veranschaulichen.)

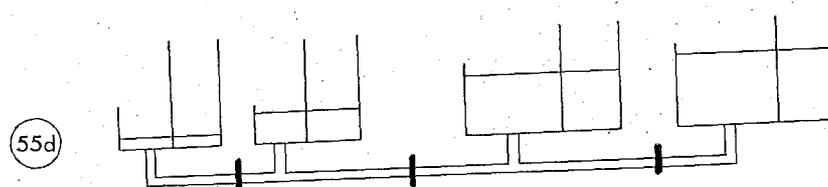
„1. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es zwei Durchschnittsprofitraten; eine gültig für den ‚Konkurrenzsektor‘, eine zweite, gültig für den monopolistischen Sektor.“ (Abb. 55 b)



„2. Im ‚nicht-monopolistischen Bereich‘ bildet sich eine Durchschnittsprofitrate heraus, nicht aber im ‚monopolistischen Sektor‘.“ (Abb. 55 c)



„3. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es überhaupt keine Durchschnittsprofitrate mehr, vielmehr eine Hierarchie von individuellen Profitraten.“ (Abb. 55 d)



„4. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es keine Durchschnittsprofitrate mehr, und die Regulierung der Produktion und Verteilung erfolgt durch staatliche Einflußnahme.“

„5. Auch unter monopolistischen Verhältnissen wirkt das Wertgesetz in Richtung der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate weiter, jedoch in modifizierter Weise.“ (Abb. 55 e)

(Alle Zitate aus Altvater: Wertgesetz und Monopolmacht, in: Argument Sonderband AS 6, Berlin 1975, S. 167.)

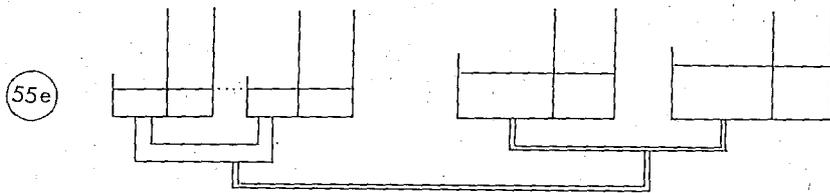


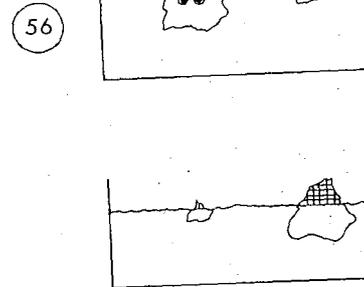
Abb. 55 e soll andeuten, daß in der Mobilität des Kapitals zwischen den nicht-monopolisierten Bereichen einerseits und zwischen den monopolisierten Bereichen andererseits keine prinzipiellen, sondern nur graduelle Unterschiede bestehen; daß die Ausgleichsprozesse zwischen den nicht-monopolisierten Bereichen lediglich schneller vonstatten gehen (größere Verbindungsrohre, durch die sich der Ausgleich der Profitrate herstellen kann) als innerhalb des monopolisierten Bereichs (dünne Verbindungsrohre) sowie im Verhältnis des monopolisierten zum nicht-monopolisierten Bereich. Diese Auffassung impliziert, daß auch Monopolprofite niemals von Dauer sein können, sondern ebenfalls – wenn auch längerfristig und zähflüssiger – den Ausgleichstendenzen in Richtung auf eine Durchschnittsprofitrate unterliegen.

(Bezüglich der Begründungen für die einzelnen Auffassungen verweisen wir auf den oben genannten Aufsatz von Altvater, den wir hier nicht im einzelnen wiederholen möchten.) Altvater selbst neigt schließlich der 5. Auffassung zu, wenn er schreibt:

„Der Monopolprofit ist keine auf die Dauer zu beziehende Größe. Er wird in der Konkurrenz immer wieder abgebaut, wobei durchaus die Möglich-

keit besteht, daß aufgrund besonderer Bedingungen das Schwinden von monopolistischen Profiten sich über längere Zeiträume verzögert, daß die Wirkungsweise des Wertgesetzes sich also nur *modifiziert* durchsetzt.“ (S. 188)

Um in unserem früheren Bild vom Monopolprofit als einem Eisberg, der sich über den Wasserspiegel (des Durchschnittsprofits) erhebt, zu bleiben, können wir diese Auffassung wie folgt darstellen: Über kurz oder lang wird der Eisberg schmelzen und eingeebnet werden in den Wasserspiegel, während sich an anderen Stellen neue Eisberge herausbilden (Abb. 56). Im übertragenen Sinn: Ein beständiger, wenn auch mehr oder weniger träge sich vollziehender Prozeß des sich Absonderns von Einzelkapitalen aus dem „Meer“ der durchschnittlichen Verwertungsbedingungen und des allmählichen Verschwindens dieser Vorzugsposition, während an anderer Stelle neue Monopolkapitale sich herausbilden usw. Ein beständiger Prozeß also des Pulsierens, des Anwachsens und Wiederabflauens herausgehobener überdurchschnittlicher Profitraten, wobei die Frequenz dieses Pulsierens sich über Jahre und Jahrzehnte erstrecken kann.



So gesehen, wäre der Unterschied zwischen monopolisierten und nicht-monopolisierten Bereichen kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller: denn auch in den nicht-monopolisierten Bereichen bilden sich ja immer wieder überdurchschnittliche Profitraten heraus, die aber innerhalb einer Branche durch Übernahme der neuen Produktionsbedingungen und zwischen den Branchen durch Zustrom von Kapital als bald wieder nivelliert werden. Die Frequenz dieses Sich-Heraushebens und Wiedereingeebnetwerdens ist also lediglich schneller als unter den Bedingungen des Monopols. Anders ausgedrückt: Der Prozeß der Wiedergleichung einer überdurchschnittlichen Profitrate vollzieht sich im Fall des Monopols lediglich zähflüssiger als beim Nicht-Monopol. Altvater:

„Das Wertgesetz begrenzt also monopolistische Machtentfaltung, die Monopolmacht kann niemals an die Stelle des Wertgesetzes treten. Aber sie modifiziert seine Durchsetzung. Sie wirkt dahin, daß sich die Bewegungsgesetze der Produktionsweise eben nur als Tendenzen durchsetzen.“ (Alt Vater, in Argument AS 6, S. 190.)

Selbst wenn sich die Ausgleichsprozesse zähflüssig gestalten, ändert die mehr oder weniger starke Blockierung dieser Ausgleichstendenzen aufgrund von Monopolmacht an einem Tatbestand überhaupt nichts: daran nämlich, daß die zwischen den Monopolen und den Nicht-Monopolen zur Verteilung gelangende Mehrwertmasse stets Ergebnis ist des Abpressens von Mehrwert gegenüber der Lohnarbeit, daß also eine entsprechende Wert- und Mehrwertmasse erst einmal von der Arbeiterklasse produziert werden muß. Selbst wenn sich also in der Durchsetzung des Wertgesetzes unter monopolkapitalistischen Bedingungen Modifizierungen ergeben, bleibt davon unberührt, daß die Quelle des Mehrwerts nach wie vor die lebendige Arbeit ist.

Wenn nun — aufgrund von Konzentration und Zentralisation als innerer Notwendigkeit der Kapitalentfaltung — die organische Zusammensetzung sich ständig erhöht, ist das Kapital in wachsendem Maße darauf angewiesen, einen steigenden Mehrwert produzieren zu lassen, d.h. einen wachsenden Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben, sei es in Richtung Intensivierung der Arbeit, sei es in Richtung des Herunterdrückens der Löhne unter die Reproduktionskosten. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist insofern nicht aufgehoben; dies bei aller Modifikation, die die *Verteilung* des Mehrwerts unter den einzelnen Kapitalen und die daraus folgende *Richtung* der Kapitalakkumulation unter monopolkapitalistischen Bedingungen erfährt. Dieser Grundwiderspruch ist aber überhaupt nur verständlich als Ergebnis der historischen Entfaltung des Wertgesetzes und der in der Mehrwerttheorie abgeleiteten Hintergründe für die Entstehung von Mehrwert und dessen Aneignung durch das Kapital als Ganzes. Insofern bleibt die Mehrwerttheorie unentbehrliches Instrument auch für die theoretische Durchdringung des Monopolkapitalismus.

L. WELTMARKTBEWEGUNG DES KAPITALS

In unseren bisherigen Ableitungen sind wir stillschweigend davon ausgegangen, daß sich die Kapitalbewegungen *innerhalb* eines Landes vollziehen, und haben unter dieser Voraussetzung die Gesetzmäßigkeiten der Mehrwertproduktion, Mehrwertrealisierung, Akkumulation und Zentralisation herausgearbeitet. Wir wollen uns nun den Besonderheiten zuwenden, die sich aus der Existenz einzelner Nationalstaaten und aus der Existenz des Weltmarkts für die Kapitalbewegung im Weltmaßstab ergeben. Hierbei handelt es sich um eine Fragestellung, die von Marx selbst zwar angeschnitten und deren theoretische Ausfüllung von ihm geplant war, die er aber nicht mehr hat realisieren können. Insbesondere in der neueren marxistischen Diskussion sind jedoch Ansätze gemacht worden, auf der Grundlage der Marxschen Werttheorie eine Theorie der Weltmarktbewegung des Kapitals zu entwickeln und die besonderen Gesetzmäßigkeiten und Modifikationen herauszuarbeiten, denen die Entfaltung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt unterliegt. (Wir beziehen uns in diesem Zusammenhang vor allem auf Beiträge von Neusüß/Blanke/Alt Vater (Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungs Krise, in: Prokla 1, Erlangen 1971); Christel Neusüß (Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972); Busch/Schöller/Seelow (Weltmarkt und Weltwährungs Krise, Bremen 1971); Klaus Busch (Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt 1974).)

I. Die Bedeutung des Nationalstaats für die Entfaltung des Wertgesetzes

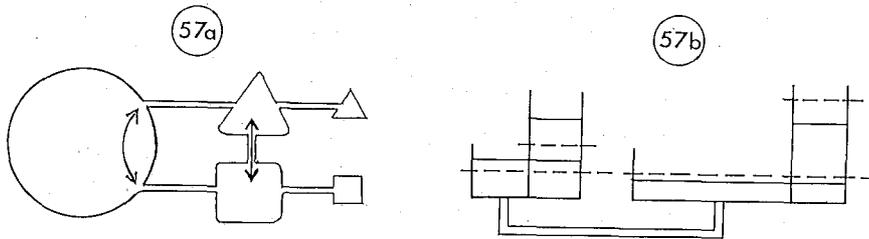
Worin liegen nun die Besonderheiten der Kapitalbewegung, die sich durch die Existenz von gegeneinander abgegrenzten Nationalstaaten ergeben? Worin unterscheidet sich die Entfaltung des Wertgesetzes im nationalen Rahmen von derjenigen im Weltmaßstab? Oder anders gefragt: Kann sich das Wertgesetz im Weltmaßstab überhaupt durchsetzen, oder sind die hemmenden Faktoren — anders als im nationalen Maßstab — so stark, daß sie auch im historischen Entwicklungsprozeß nicht niedergerissen werden?

1) Entfaltung des Wertgesetzes innerhalb eines Landes:

Wir sollten uns zur Behandlung dieser Frage noch einmal diejenigen Voraussetzungen verdeutlichen, die sich im Zuge der historischen Entfaltung des Wertgesetzes für dessen immer reibungslosere Durchsetzung herausgebildet haben:

- die Tendenz zur räumlichen Ausweitung der Märkte und zur Vereinheitlichung der Preise gleicher Waren.
- die Tendenz zur Verallgemeinerung der Produktionsbedingungen.
- die Tendenz zur wachsenden Mobilität der Arbeitskraft.
- die Tendenz zur wachsenden Mobilität des Kapitals.
- die Tendenz zur Beseitigung von Gewerbeschränken.

Die zunehmende Verwirklichung dieser Voraussetzungen führte dazu, daß etwa der Begriff „*abstrakte Arbeit*“ zunehmend realen Gehalt annahm (als zunehmend „flüssige“ Masse gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit). Wir hatten das seinerzeit symbolisch damit zum Ausdruck gebracht, daß die einzelnen konkreten Arbeiten untereinander mit einem Röhrensystem verbunden und mit der gleichen Flüssigkeit der abstrakten Arbeit gespeist werden (Abb. 57 a).



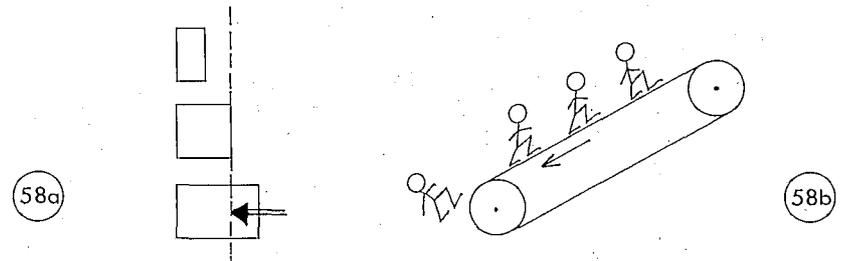
Auch der Begriff des „*gesellschaftlichen Gesamtkapitals*“ entsprach mit wachsender Mobilität des Kapitals zunehmend der Realität – als einer Summe von Einzelkapitalen, die über den Mechanismus der tendenziellen Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate in einem Zusammenhang zueinander stehen (Abb. 57 b).

2) Nationalstaat und Brechung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt

Welche Besonderheiten ergeben sich nun dadurch, daß im Weltmaßstab Nationalstaaten existieren, die sich u.a. durch unterschiedliche nationale Währungen voneinander abgrenzen? Neusüß/Blanke/Altwater:

„In den Beziehungen der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt zeigen sich Erscheinungen, welche sich innerhalb eines nationalen Kapitals tendenziell ausschließen, bzw. nur vorübergehenden Charakter haben. Während sich innerhalb des nationalen Kapitals das Wertgesetz in der Form der Vernichtung kleiner und zurückgebliebener Kapitale durchsetzt, seine Durchsetzung also mit dem Sieg der entwickeltsten Kapitale und dem Untergang der zurückgebliebenen Kapitale verknüpft ist, ist dies auf dem Weltmarkt nicht ohne weiteres der Fall. Der Aufstieg des deutschen Kapitals gegen das englische Weltmarktmonopol im 19. Jahrhundert zeigt ebenso wie der Aufstieg des europäischen Kapitals und die Akkumulation des japanischen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg, daß es auf dem Weltmarkt zurückgebliebenen Kapitalien gelingen kann, die entwickelteren Kapitale einzuholen. Das Wertgesetz kann sich also auf dem Weltmarkt nur in modifizierter Form durchsetzen. Die Grundlage dieser Modifikation ist die Brechung der Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt durch den bürgerlichen Staat als politische Form, welche die bürgerliche Gesellschaft aus sich entwickelt. Er setzt der freien Beweglichkeit des Kapitals Grenzen.“ (in: Prokla 1, S. 16) (Zur Rolle des bürgerlichen Staates in diesem Zusammenhang siehe im einzelnen: Neusüß, Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals, S. 125 - 136.)

(Bezüglich der Durchsetzung des Wertgesetzes im nationalen Rahmen hatten wir seinerzeit den dargestellten Zusammenhang wie in Abb. 58 a, b veranschaulicht.



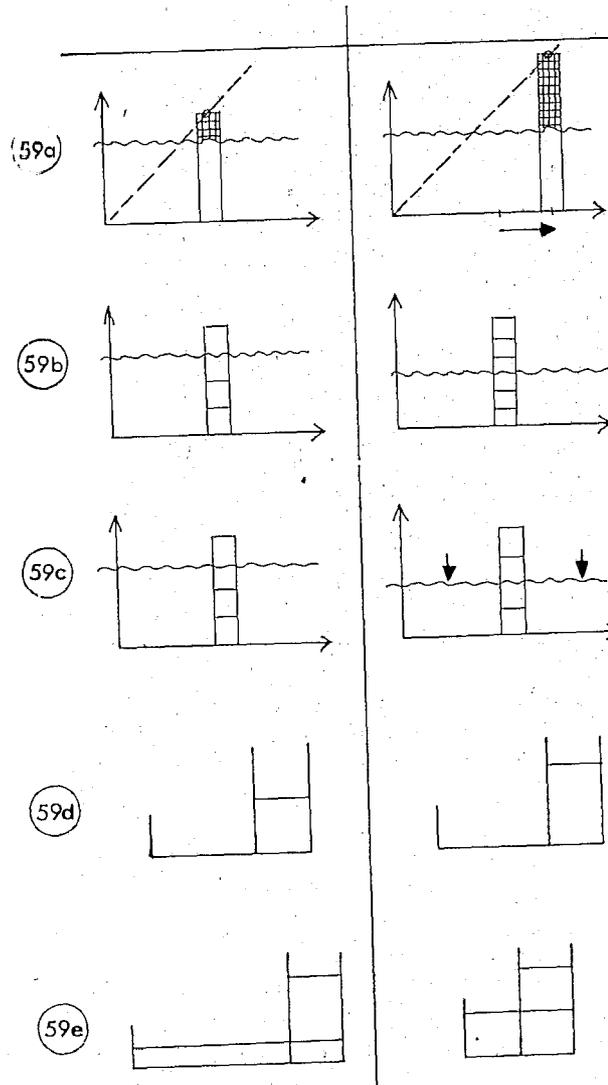
Wieso setzt sich nun diese Tendenz des Wertgesetzes im Verhältnis der nationalen Kapitale zueinander auf dem Weltmarkt nicht ebenso ungebrochen durch? Dadurch, daß der bürgerliche Staat regional ein Gebiet umfaßt, *innerhalb* dessen sich das Kapital und die nationale Arbeitskraft zunehmend frei bewegen kann (diese Bedingungen zu schaffen ist eine wesentliche Funktion des bürgerlichen Staates), das aber durch eine bestimmte Politik nach außen gegenüber ausländischen Kapitalen und ausländischen Arbeitskräften prinzipiell abgesichert werden kann. Neusüß/Blanke/Altwater:

„Empirischer Ausdruck dieser Beschränkung der freien Beweglichkeit des Kapitals auf dem Weltmarkt sind Zollgesetzgebung, Einfuhrschranken, gesetzliche Beschränkungen von Kapitalexport und Kapitalimport (Devisenbewirtschaftung). Ausdruck dafür, daß sich auf dem Weltmarkt nicht einfach konkurrierende Einzelkapitale, sondern nationale Kapitale gegenüber treten, sind die nationalen Währungen... Wesentliche ökonomische Grundlage der Modifikation der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ist die Tatsache, daß die Mobilität der Arbeiterklasse sich zunächst nur auf nationaler Ebene herstellt, auf internationaler nur, sofern keine gesetzlichen, aber was hier wichtiger ist, keine geografischen und sprachlichen Schranken bestehen. Hinzukommt die primär nationale politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, welches zusammengenommen national unterschiedliche Lebensbedingungen der Arbeiterklasse setzt, und damit relativ unabhängig vom Stand der Entwicklung der Produktivkraft, unterschiedliche Ausbeutungsraten. (S. 16 f)

3) National unterschiedliche Bedingungen der Kapitalverwertung

Die national unterschiedlichen Bedingungen können sich also auf verschiedene Faktoren beziehen, die wir im folgenden — am Beispiel zweier Länder — getrennt aufzählen wollen; die sich in der Realität aber selbstverständlich überlagern.

Bei sonst gleichen Bedingungen kann der Unterschied zwischen Land B und Land A begründet sein in:



längerer Arbeitstag

höhere Produktivität bzw. Intensität

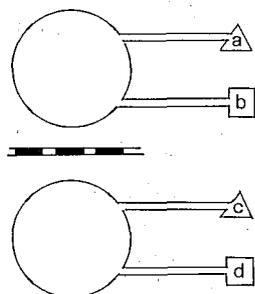
geringere Reproduktionskosten der Arbeitskraft aufgrund eines geringeren Lebensniveaus — bzw. Herunterdrücken der Löhne unter die Reproduktionskosten

höhere Mehrwertrate (aufgrund eines bzw. mehrerer der oben genannten Faktoren)

höhere Profitrate (gleiche Mehrwertrate unterstellt) aufgrund niedrigerer organischer Zusammensetzung des Kapitals im nationalen Durchschnitt

4) Fehlende internationale Mobilität der Arbeitskraft

Berücksichtigen wir nun, daß — trotz der Unterschiede in den Bedingungen der Mehrwertproduktion und Profitrealisierung — keine Mobilität der Arbeitskraft *zwischen* den Ländern gegeben ist, so müssen wir konsequenterweise von der Vorstellung einer einheitlichen wertbildenden abstrakten Arbeit im Weltmaßstab Abschied nehmen und stattdessen diesen Begriff und den sich daraus ableitenden Wertbegriff beschränken auf die Sphäre *innerhalb* eines Nationalstaats. Denn nur dort ist — wie wir gesehen haben — mindestens der Tendenz nach und auf längere Sicht — eine Flüssigkeit der gesamtgesellschaftlichen Arbeitskraft gegeben, die — dem Wertgesetz folgend — in unterschiedliche Verwendungen strömen kann. Für das Verhältnis zweier abgegrenzter Länder A und B zueinander lassen sich diese zwei voneinander abgetrennten, gegeneinander abgeschotteten Sphären grafisch wie in Abb. 60 symbolisieren: Zwischen beiden Ländern sind



60

(die oben erwähnten) Barrieren errichtet, die die internationale Mobilität der Arbeitskraft verhindern. Infolgedessen kann auch der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand zur Herstellung einer Ware a im Land A ein ganz anderer sein als im Land B.

5) National unterschiedliche Werte für gleiche Waren

Damit ist aber auch die Grundlage für die Wertbildung in den einzelnen Ländern — selbst wenn es sich um gebrauchswertmäßig gleiche Waren handelt — voneinander unterschieden. Bildlich ausgedrückt: In die Gefäße und im Land A wird eine andere Flüssigkeit (abstrakte Arbeit des Landes A) gefüllt als in die Gefäße und des Landes B. Wo zwischen diesen unterschiedlichen Flüssigkeiten keinerlei Verbindung besteht, lassen sich die Inhalte der einzelnen Gefäße (a/b einerseits und c/d andererseits) auch nicht auf einen gemeinsamen Nenner (eine gemeinsame Wertsubstanz) bringen. Ein gemeinsamer Nenner stellt sich jeweils nur *innerhalb* der

einzelnen Länder dar, wo die gesamtgesellschaftliche Arbeitskraft mehr oder weniger flüssig ist und tendenziell aus der einen in die andere Verwendung strömen kann.

Von einem einheitlichen Wert zu sprechen und etwa den Durchschnitt des in A und B unterschiedlichen Arbeitsaufwands zu meinen, würde unserer früheren Ableitung des Wertbegriffs widersprechen. Denn die zunehmende historische Entfaltung des Wertbegriffs impliziert ja gerade das tendenzielle Zusammenwachsen ursprünglich voneinander getrennter Sphären der Produktion und des Austauschs, die quasi durch ein komplexes Röhrensystem so miteinander verbunden sind, daß das flüssig gewordene Kapital jeweils an die Stelle seiner größtmöglichen Verwertung strömt und entsprechend die flüssige Arbeitskraft in die sich daraus ergebenden Verwendungen saugt.

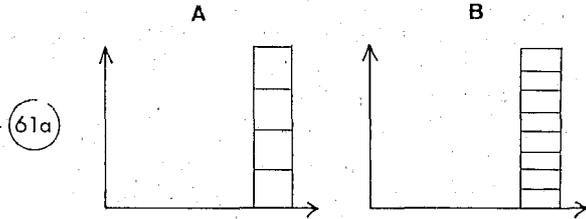
II. Internationalisierung der Wertrealisierung (Warenzirkulation) bei national voneinander geschiedener Wertproduktion

Sind durch den Nationalstaat sowohl der Mobilität der Arbeitskraft als auch der Mobilität des Kapitals prinzipielle Barrieren entgegengesetzt, so kann — solange diese Barrieren existieren bzw. jederzeit mit Mitteln der nationalen Politik wieder errichtet werden können — von einer Internationalisierung der Wertproduktion bzw. Mehrwertproduktion nicht gesprochen werden. Vielmehr zerfällt die kapitalistische Welt — was die *Produktion* der Werte anbelangt — in voneinander geschiedene Sphären.

1) National unterschiedliche Durchschnittsproduktivität und Wechselkurs

Der Wert einer Ware a ist im Land A ein anderer als im Land B, wenn zu ihrer Herstellung — sagen wir — doppelt soviel gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand erforderlich ist wie im Land B. Der Wert wäre entsprechend doppelt so hoch. Dieser Gedanke läßt sich auch übertragen auf den Wert der Ware Arbeitskraft, der — entsprechend den unterschiedlichen Lebensbedingungen und daraus folgenden Reproduktionskosten — in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist.

Ein Grund für die national jeweils unterschiedlichen Werte der gleichen Ware liegt in der unterschiedlichen Produktivität. Der Einfachheit halber wollen wir zunächst unterstellen, daß die Produktivität für die Produktion aller Waren im Land B doppelt so hoch ist wie in A (Abb. 61 a). Unter

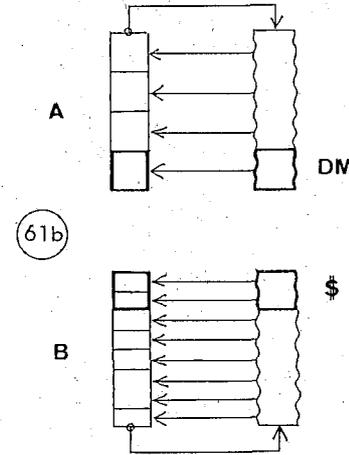


Aufwendung der gleichen Arbeitszeit wird auf diese Weise die doppelte Menge produziert (8 gegenüber 4 – dargestellt durch die jeweilige Unterteilung des gesamten Wertblocks in 4 bzw. 8 Teile).

In unserem Beispiel sind nun zwar gesamtgesellschaftlich gleiche Wertsummen produziert worden, aber der jeweils nationale Wert der einzelnen Waren ist in B nur halb so groß wie in A.

Es gilt nun zu untersuchen, welche Gesetzmäßigkeiten sich ergeben, wenn die Länder A und B am Weltmarkt in einen Austausch ihrer Waren treten. (Dabei soll der Einfachheit halber zunächst unterstellt werden, daß außer A und B keine anderen Länder existieren.) – Das folgende Modell (Abb. 61 b) stellt zwei Volkswirtschaften A und B dar mit unterschiedlicher Produktivität; den neu produzierten Werten stehen nun auf der anderen Seite Geldeinkommen gegenüber (die wir hier nicht extra aufteilen in Löhne (v) und Profite (m)). Wir haben damit das vereinfachte Modell eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs, vereinfacht deshalb, weil nur die neu produzierten Werte (in der stofflichen Form von Produktions- und Konsumtionsmitteln) einerseits und der diesen Werten entsprechende Geldausdruck (in Form von Profiten und Löhnen) andererseits erfaßt ist. Nicht erfaßt sind die im Produktionsprozeß lediglich übertragenen Werte (c), die stofflich dem Ersatz der aufgezehrten Produktionsmittel entsprechen. (Die Geldgrößen wollen wir – im Unterschied zu den stofflichen Größen – künftig als Block mit gewellten Linien darstellen.) Wichtig ist nun, daß sich die Währung des einen Landes von derjenigen des anderen unterscheidet (sagen wir, es handelt sich um DM einerseits und Dollar andererseits). Der Einfachheit halber wollen wir noch annehmen, daß die Währungseinheit

gerade dem Produkt einer Arbeitsstunde in dem jeweiligen Land entspricht (in unserer Grafik jeweils dick umrandet). M.a.W.: 1 DM entspricht mengenmäßig einem in A hergestellten Stück, 1 Dollar entspricht hingegen (aufgrund der doppelten Produktivität) zwei in B hergestellten Stücken. Damit haben wir die Voraussetzungen unseres Modells aufgezählt.



Welche Gesetzmäßigkeiten ergeben sich nun, wenn sich Produkte einzelner nationaler Kapitale auf dem Weltmarkt als Waren austauschen? Zunächst muß dabei klargestellt werden, daß die nationalen Währungen immer

nur Anspruch auf die im Inland produzierten Waren darstellen: deutsche Waren können nur mit DM gekauft werden, amerikanische Waren nur mit Dollar. Deutsche Käufer müssen sich also – um amerikanische Waren kaufen zu können – zunächst Dollar beschaffen, wie entsprechend umgekehrt die Amerikaner zunächst in den Besitz von DM kommen müssen. Anstelle der früher abgeleiteten Tauschkette



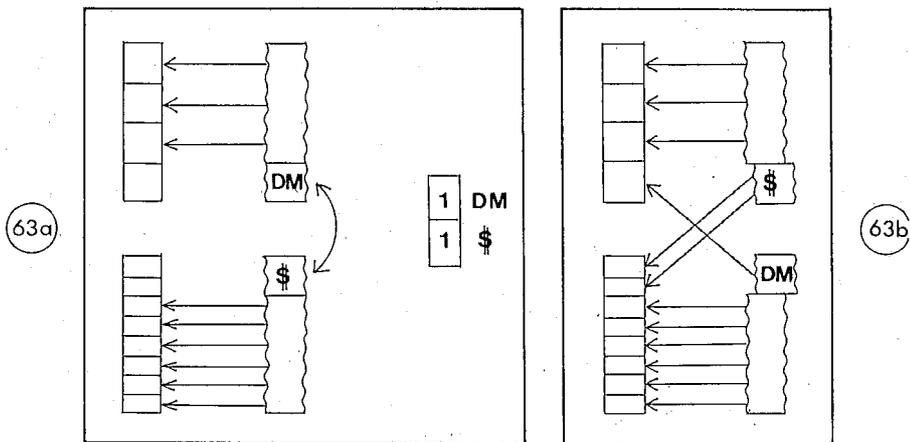
tritt nun also eine veränderte Tauschkette:

62



Die Währung des einen Landes muß zunächst getauscht werden gegen die Währung des anderen Landes. Der Markt, auf dem sich der Tausch jeweils nationaler Währungen vollzieht, nennt sich „Devisenmarkt“ („Devisen“ sind dabei aus der Sicht eines Landes jeweils die Währungen der anderen Länder.)

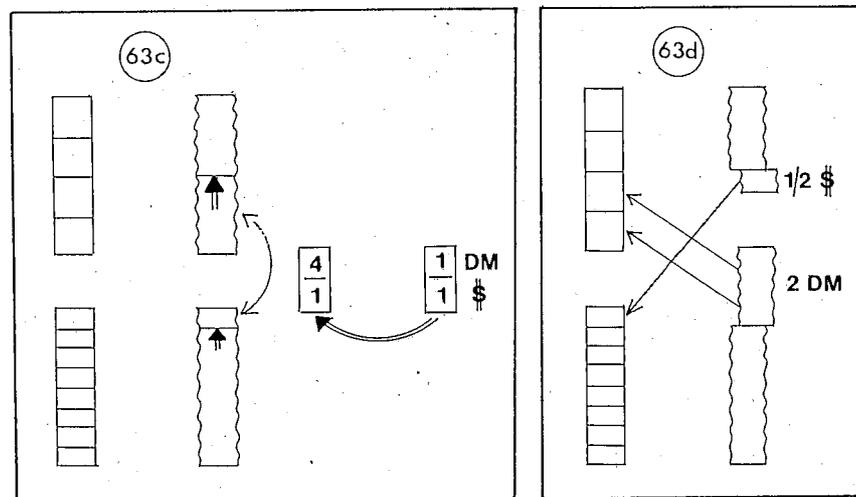
Indem nun einerseits Deutsche in den USA kaufen wollen, benötigen sie Dollar und bieten im Austausch DM an („Dollar-Nachfrage“); andererseits bieten die Amerikaner, die in Deutschland kaufen wollen und dafür DM benötigen, im Austausch Dollar an („Dollar-Angebot“). Durch das Zusammentreffen von Dollar-Nachfrage und Dollar-Angebot am Devisenmarkt bildet sich – bei frei schwankenden Wechselkursen – ein bestimmter Wechselkurs zwischen DM und Dollar heraus, der in ähnlicher Weise Zufallsschwankungen unterworfen ist wie die Herausbildung von einzelnen Warenpreisen. Nehmen wir also als Ausgangssituation an, am Devisenmarkt trete eine bestimmte DM-Menge einer bestimmten Dollar-Menge gegenüber, wobei sich ein Wechselkurs von von 1 DM : 1 Dollar herausbildet (Abb. 63 a). (Dabei unterstellen wir wohlbermerkt ein internationales Währungssystem auf der Basis flexibler Wechselkurse!)



Betrachten wir nun die Situation nach vollzogenem Austausch der Währungen (Abb. 63 b): Während die Amerikaner für die eingetauschten DM nur Waren in Höhe einer Mengeneinheit kaufen können, bekommen die Deutschen für die eingetauschten Dollar zwei Mengeneinheiten. Das bedeutet: bei diesem Wechselkurs von 1 : 1 sind die deutschen Waren für die Amerikaner doppelt so teuer wie die amerikanischen. Das entsprechende gilt für die Deutschen, für die sich die amerikanischen Waren nur halb so teuer darstellen wie die deutschen. Bei diesem Wechselkurs also hätten die Deutschen beim Tausch von Devisen eindeutig einen Vorteil, die Amerikaner entsprechend einen Nachteil. Eine solche Situation wird selbstverständlich

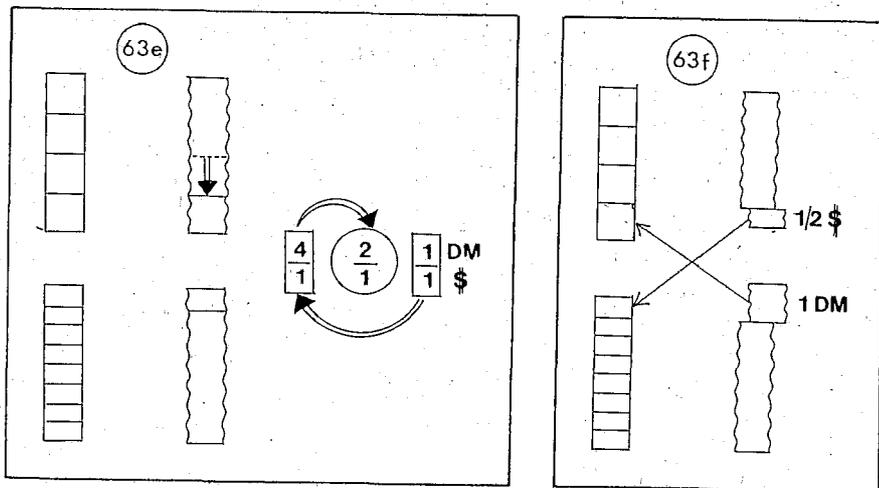
nicht ohne Folgen bleiben: Deutsche Käufer werden – statt die Waren im Inland zu kaufen – die entsprechenden Waren aus den USA beziehen wollen (seien es Konsumtionsmittel oder Produktionsmittel), amerikanische Käufer würden ihre Käufe in Deutschland reduzieren und stattdessen lieber in den USA kaufen.

Daraus folgt aber auch: Es werden schließlich mehr DM zum Tausch angeboten, während das Angebot an Dollar zurückgeht (dargestellt durch die beiden senkrechten Pfeile in Abb. 63 c). Folge dieser Verknappung des Dollars am Devisenmarkt wird eine entsprechende Kurssteigerung, d.h. Verteuerung des Dollars sein (was gleichbedeutend ist mit einem entsprechenden Absinken des DM-Kurses).



Nehmen wir an, der neue Kurs betrage schließlich 4 DM : 1 Dollar. Ergebnis eines solchen Wechselkurses wäre (Abb. 63 d), daß nunmehr die Amerikaner mit den eingetauschten 2 DM (für die sie 1/2 Dollar hingeben mußten) zwei Mengeneinheiten in Deutschland kaufen können, während sie mit 1/2 Dollar in den USA nur die Hälfte dafür bekommen würden. Sie beziehen also aus dem Devisentausch einen Vorteil, während die deutschen Käufer entsprechend im Nachteil wären. Bei einem derartigen Wechselkurs von 4 : 1 würden sich 2 Stücke deutsche Ware gegen 1 Stück amerikanische Ware tauschen. Damit wird sich auch dieser Wechselkurs nicht halten. Die

benachteiligten deutschen Käufer werden bei diesem Kurs den Kauf amerikanischer Waren reduzieren und entsprechend weniger DM am Devisenmarkt anbieten, während die Amerikaner mehr Dollar anbieten werden. Daraus folgt ein Absinken des Dollar-Kurses und eine entsprechende Aufwertung der DM, d.h. eine Kursbewegung in umgekehrter Richtung, etwa in Richtung 2 DM : 1 Dollar (Abb. 63 e). Erst bei diesem Wechselkurs kä-



me es mengenmäßig zu einem gleichen Tausch auf dem Weltmarkt (Abb. 63 f): Eine Mengeneinheit deutscher Waren würde sich austauschen gegen eine Mengeneinheit entsprechender amerikanischer Waren. Alle anderen Wechselkurse würden – bei den unterstellten Produktivitätsverhältnissen zwischen beiden Ländern – Bewegungen in Gang setzen (Verminderung oder Erhöhung des jeweiligen Devisenangebots), die den Wechselkurs wieder in Richtung 2 : 1 bringen würden.

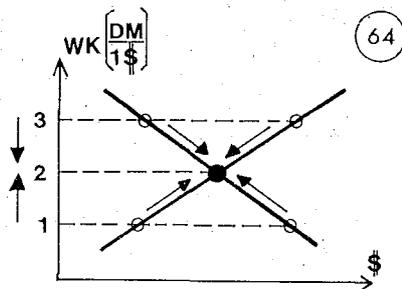


Abb. 64 stellt diesen Zusammenhang des Einpendelns noch einmal in anderer Form dar: Auf der senkrechten Achse ist der Wechselkurs des Dollar abgetragen (wieviel DM muß man für 1 Dollar zahlen?), die waagerechte Achse mißt die Dollarmenge, die – bei unter-

schiedlichen Kursen – jeweils nachgefragt (N) bzw. angeboten (A) würde. Beim Ansteigen des Dollarkurses – so hatten wir gesehen – würde das DM-Angebot (= Dollarnachfrage) zurückgehen, während das Dollarangebot steigen würde. Beim Absinken des Kurses entsprechend umgekehrt. (Siehe Verlauf der N-Kurve bzw. A-Kurve). Beim Kurs von 1 DM : 1 Dollar etwa ergibt sich ein geringes Dollar-Angebot und eine hohe Dollarnachfrage, so daß – als Folge davon – der Dollar-Kurs in die Höhe getrieben würde in Richtung 2 (senkrechter Pfeil links neben der Achse). Als Folge davon wiederum würde – gemäß dem Verlauf der A- und N-Kurve – das Dollar-Angebot mengenmäßig steigen (Pfeil von links unten nach rechts oben), während die Dollar-Nachfrage entsprechend zurückgeht (Pfeil von rechts unten nach links oben). Mengenmäßig kommen schließlich Dollar-Nachfrage und Dollar-Angebot zur Deckung (Schnittpunkt der beiden Kurven), in unserem Beispiel beim Wechselkurs 2. (Bei einem darüber liegenden Kurs ergeben sich entsprechend umgekehrte Anpassungsbewegungen, die symbolisch durch die nach unten gerichteten Pfeile ausgedrückt werden.)

Wichtig für unseren Zusammenhang ist nun die Feststellung, daß der sich so einpendelnde Wechselkurs gerade das Verhältnis der unterschiedlichen Produktivität in beiden Ländern zum Ausdruck bringt. Daraus folgt aber auch: Ändert sich langfristig das Verhältnis der Produktivität zwischen zwei Ländern, so ergeben sich auch entsprechende langfristige Verschiebungen des Wechselkurses. Anders ausgedrückt und bezogen auf alle am Weltmarkt beteiligten Länder: Die langfristige Bewegung der Wechselkurse zwischen einzelnen Währungen spiegelt die Entwicklung der Produktivität in den einzelnen Ländern in ihrem Verhältnis wider.

Wenn in einem System fester Wechselkurse dennoch – entgegen diesen realen Tendenzen – der Wechselkurs künstlich auf seiner alten Höhe gehalten wird, entlädt sich der wachsende Widerspruch schließlich in Form einer Währungskrise. Währungskrisen sind deswegen die immer wieder durchbrechende Erscheinungsform in einem internationalen Währungssystem auf der Basis fester Wechselkurse, wenn die festgesetzten Kursrelationen zunehmend in Widerspruch geraten zu den sich langfristig verändernden Produktivitätsverhältnissen zwischen den einzelnen Ländern. (Das Weltwährungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg basierte auf dem Prinzip festgesetzter Wechselkurse, bis es schließlich – nach der Dollarkrise 1971 – allmählich zusammenbrach und in weiten Bereichen einem System flexibler Wechselkurse Platz machte.)

Das Absinken der heimischen Währung kann zwar im System fester Wechselkurse eine Zeitlang verhindert werden, indem die inländische Zentralbank dem relativen Ansteigen der Auslandswahrungen mit Devisenverkufen am Devisenmarkt entgegenwirkt. Diese Kursstutzungsaktion kann aber nur solange Anwendung finden, wie die Vorräte der Zentralbank an ausländischen Devisen reichen. Spätestens dann ist eine sprunghafte Abwertung der heimischen Währung fällig. Das bedeutet aber: auch im System fester Wechselkurse werden schließlich – wenn auch verzögert und sprunghaft – Kursveränderungen erzwungen durch die sich verändernden Verhältnisse in der Produktivitätsentwicklung der einzelnen Länder. (Wir werden noch ableiten, daß eine Veränderung der Produktivitatsstruktur zwischen den Ländern notwendige Folge der Weltmarktbewegung des Kapitals ist. Somit sind auch Währungskrisen notwendig im System der kapitalistischen Produktion im Rahmen eines Weltwährungssystems mit festen Wechselkursen angelegt. Im System fester Wechselkurse wird also die Parallelität zwischen Produktivitätsentwicklung und Wechselkursentwicklung lediglich zwischenzeitlich blockiert und bahnt sich dafür umso gewaltsamer (in Form von Währungskrisen) ihren Weg. (Vgl. hierzu im einzelnen: Busch/Schöller/Seelow: Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1973. Bezüglich der Mechanismen im System fester Wechselkurse siehe im einzelnen: Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Bd. 2, 9. Teil, Bonn-Bad Godesberg 1971.))

2) Wechselkursmechanismus und Brechung der internationalen Konkurrenz

Die Herausbildung von Wechselkursen hat nun für die Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt eine ganz entscheidende Bedeutung, die wir im folgenden herausarbeiten wollen: Dadurch, daß (in unserem konstruierten Beispiel) der Dollar als Währung doppelt so teuer ist wie die DM, erscheinen für Kufer aus dritten Ländern die amerikanischen Waren genauso teuer wie die entsprechenden deutschen Waren, obwohl sie aufgrund der höheren amerikanischen Produktivität nur den halben Arbeitsaufwand verkorpfern. *Der Wechselkurs bewirkt also, daß sich – gemessen in Weltmarktpreisen – die pro Nation individuell unterschiedlichen Werte der Waren auf dem Weltmarkt nivellieren, ausgleichen.* Ganz anders also als

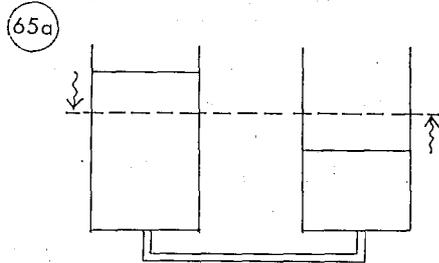
im nationalen Bereich, wo Produzenten mit iberdurchschnittlich günstigen Produktionsbedingungen einen Extraprofit realisieren, und zwar in dem Ausmaß, wie der individuelle Wert der Waren unter dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand liegt. Dieser Extraprofit und der Vorsprung, den der Einzelkapitalist auf diese Weise gegenüber den anderen gewinnt, war es ja auch, der die zurückgebliebenen Kapitale schließlich zu einer entsprechenden Anpassung in den Produktionsbedingungen zwingt, andernfalls sie durch die fortgeschritteneren Kapitale vernichtet werden.

Auf dem Weltmarkt hingegen bietet – wie wir gerade abgeleitet haben – *der Wechselkurs den Kapitalen der Länder mit geringerer Produktivität quasi einen Schutzwall gegenüber den Kapitalen aus Ländern mit höherer Produktivität.* Die hohe Bewertung der Währung des produktiven Landes bedeutet ja, daß die Inlandspreise auf dem Weltmarkt erst erscheinen, nachdem sie mit dem hohen Wechselkurs multipliziert sind; umgekehrt schrumpfen die Inlandspreise des weniger produktiven Landes auf dem Weltmarkt zusammen, weil sie mit einem vergleichsweise niedrigen Faktor gewichtet werden, nämlich der niedrigen Bewertung dieser Währung im internationalen Maßstab. Klaus Busch:

„Während im nationalen Rahmen der Konkurrenzkampf die schwächeren Produzenten der iberlegenen Produktivkraft der hoch entwickelten Kapitale unvermittelt aussetzt, werden die ökonomisch schwächer entwickelten Nationen vor der vernichtenden Konkurrenzkraft der höchst entwickelten Nationen dadurch geschützt, daß der internationale Konkurrenzkampf iber die Grenzpfähle der nationalen Zirkulationsspharen, der Wechselkurse, vermittelt ist.“ (Busch: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt 1974, S. 42)

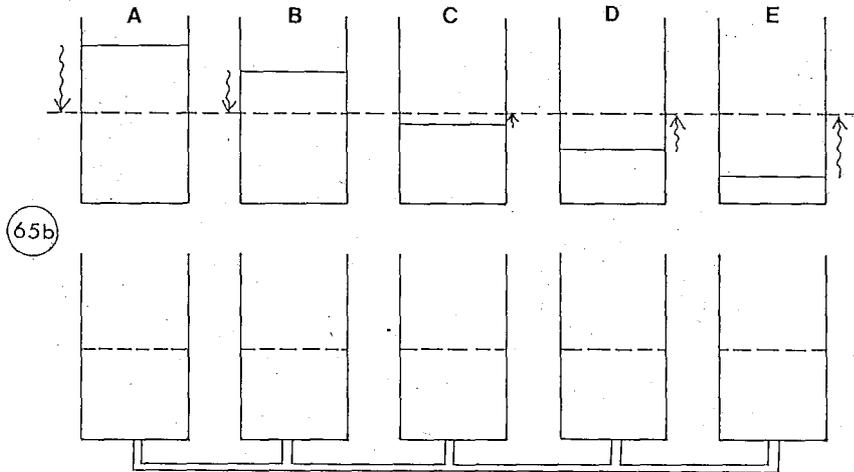
Abb. 65 a soll diese Auswirkungen des Wechselkursmechanismus verdeutlichen: Die beiden im Querschnitt dargestellten Gefäße symbolisieren zwei Volkswirtschaften, die Flüssigkeit in den Gefäßen stellt den unterschiedlichen Arbeitsaufwand dar, der zur Herstellung einer bestimmten Produktmenge in dem jeweiligen Land erforderlich ist. In Land A sei der Arbeitsaufwand doppelt so hoch wie in Land B, die Produktivität in A ist also gegenüber derjenigen in B nur halb so groß. Durch die beschriebenen Mechanismen ergibt sich – vermittelt iber den Wechselkurs – auf dem Weltmarkt ein Zusammenschrumpfen der Weltmarktpreise gegenüber den Inlandspreisen, während sich für Land B umgekehrt eine Aufblähung er-

gibt. Das Ergebnis dieses Prozesses kann dadurch veranschaulicht werden, daß die beiden Gefäße miteinander verbunden und als kommunizierende Gefäße aufgefaßt werden, deren anfangs unterschiedliche Flüssigkeitsspiegel (national individuelle Werte) sich auf diese Weise nivellieren (Weltmarktpreis).



Nun besteht der Weltmarkt freilich nicht nur aus zwei, sondern aus einer Vielzahl von Ländern, deren unterschiedliche Produktivität wir in Abb. 65 b mit mehreren Gefäßen darstellen und gleichzeitig in eine bestimmte Rangfolge bringen wollen. Im

Verhältnis der unterschiedlichen Produktivitäten ergeben sich die einzel-



nen Wechselkurse, wobei es von der Stellung des einzelnen Landes innerhalb der Rangskala der Produktivitäten abhängt, ob die Multiplizierung mit dem Wechselkurs die Inlandspreise auf dem Weltmarkt aufbläht

(überdurchschnittliche Produktivität) oder zusammenschrumpfen läßt (unterdurchschnittliche Produktivität). Der Durchschnitt ergibt sich in unserem Bild dadurch, daß wir die zunächst isoliert betrachteten Gefäße miteinander verbinden und die ursprünglich unterschiedlich hohen Flüssigkeitsspiegel sich auf ein einheitliches Niveau einpendeln lassen. Übertragen wir nun dieses Durchschnittsniveau rückwärts auf die einzelnen Gefäße, so wird deutlich, welche Länder einen überdurchschnittlichen „individuellen“ Arbeitsaufwand haben und welche einen unterdurchschnittlichen. Die Inlandspreise der ersteren werden auf dem Weltmarkt über den Wechselkurs mehr oder weniger herunternivelliert, während die der letzteren entsprechend hochnivelliert werden. (Der auf dem Weltmarkt durchschnittlich notwendige Arbeitsaufwand wird übrigens als „universeller Arbeitsaufwand“ bezeichnet, im Unterschied zum Begriff „gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand“, der sich jeweils nur auf ein Land bezieht. Jedes Land befindet sich mit seiner Durchschnittsproduktivität insofern in einer bestimmten Position innerhalb der „Rangskala der universellen Arbeit“.)

Wir können nun auch verstehen, was mit den folgenden Ausführungen von Neusüß gemeint ist:

„In Wirklichkeit (jedoch) drückt die Tatsache, daß sich der Wechselkurs des Landes A (bei uns müßte es heißen „D“ oder „E“ B.S.) erhöht, nichts anderes aus, als daß der in den Waren dieses Landes enthaltene individuelle Wert, respektive das in ihnen enthaltene Arbeitsquantum, im Vergleich zum Wert der Waren anderer Länder gesunken ist. Die vergleichsweise größere Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in einem Land treibt also den Preis der Währung in dem Fall in die Höhe, daß sich die Wertsenkung der einzelnen Waren in einem Fallen der Warenpreise ausdrückt (eine Annahme, die wir bisher unterstellt haben, B.S.). Die Preissteigerung der Währung ist vermittelt über die vermehrte Nachfrage nach Waren aus diesem Land. Im Austauschverhältnis der nationalen Währungen zum Weltgeld und ihren gegenseitigen relativen Preisen stellt sich also unter den Bedingungen internationaler Warenzirkulation die unterschiedliche Gewichtung der unterschiedlich produktiven nationalen Arbeiten gegenüber dem Weltmarktdurchschnitt dar.“ (Neusüß: Imperialismus und Weltmarktbe-
wegung des Kapitals, S. 145)

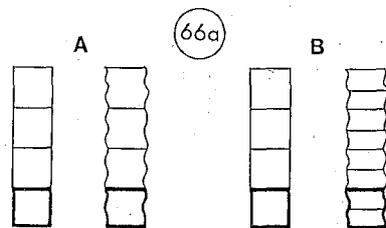
„Die Tatsache, daß auf dem Weltmarkt zwischen Warenkauf und -verkauf der Kauf und Verkauf nationaler Währungen eingeschoben ist, bewirkt,

daß die Preissenkung der Ware durch eine Preiserhöhung der Währung vermindert werden kann, sich *tendenziell* über diesen Mechanismus also ein *gleicher Weltmarktpreis herstellt, ohne daß sich die unterschiedlichen Niveaus der nationalen Produktivkraft der Arbeit angeglichen hätten.*" (S. 146)

3) Wechselkurs als Ergebnis unterschiedlicher nationaler Produktivitäten und unterschiedlicher Skalierung der nationalen Währungen

Nun könnte aus den bisher abgeleiteten Zusammenhängen gefolgert werden, daß sich aus den Wechselkursen *unmittelbar* das Verhältnis der Produktivitäten ablesen läßt. Das würde z. B. bedeuten, daß — wenn man für 1 DM 250 Lire hergeben muß — die Produktivität in Deutschland 250 mal höher als in Italien sein müßte. Dieser Schluß scheint nun doch etwas unglaubwürdig. Ebenso müßte folgen, daß durch die seinerzeitige Umstellung des alten Franc auf den neuen Franc im Verhältnis 100 : 1 die französische Produktivität schlagartig um das 100fache angestiegen ist! ... Um welchen Fehlschluß handelt es sich hierbei also? Und was haben wir bis jetzt in unserer Analyse vernachlässigt, wenn wir zu solch absurden Schlüssen kommen?

Offensichtlich hat doch die Anzahl der Geldeinheiten, die in einem Land zum Kauf einer Ware aufgewendet werden müssen, nicht nur etwas mit dem in der Ware vergegenständlichten Arbeitsaufwand zu tun, sondern auch damit, in welchem zahlenmäßigen Verhältnis die Geldeinheiten zu den produzierten Wertsummen stehen. Der gleichen Wertsumme können in der einen Nation 10mal soviel Währungseinheiten gegenüberstehen wie

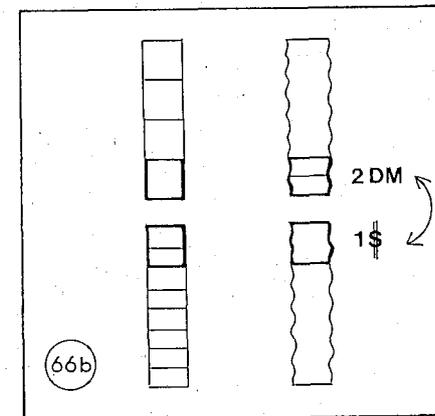


in einer anderen. Damit wird zwar der Geldausdruck dieser Wertsumme ein anderer, über die Produktivität ist damit aber nichts ausgesagt. Das Modell in Abb. 66 a soll dies verdeutlichen: Land A und Land B unterscheiden sich in diesem Fall nicht in der Produktivität: In der

gleichen Arbeitszeit wird in beiden Ländern die gleiche Wertsumme produziert, die sich in der gleichen stofflichen Menge vergegenständlicht (jeweils 4 Mengeneinheiten, dargestellt im jeweils linken Block). Die Stückelung der Währungseinheiten (dargestellt in dem jeweils rechten gewellten Block) sieht allerdings in A anders aus als in B: Während in A eine Währungseinheit dem Wertprodukt einer Arbeitsstunde entspricht, wird die gleiche Wertsumme in B durch zwei Währungseinheiten abgedeckt. Die Preise der Waren in B sind dadurch zahlenmäßig doppelt so hoch (gerechnet in B-Währungseinheiten) wie in A (gerechnet in A-Währungseinheiten); aber entsprechend ist auch die doppelte Geldmenge in Umlauf.

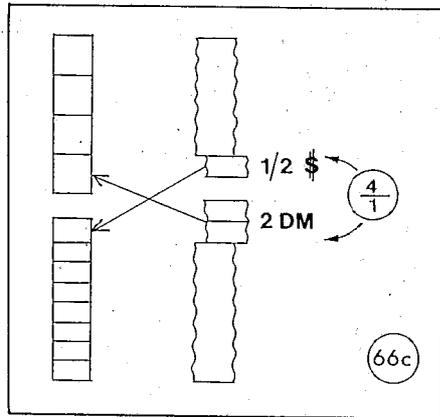
Der geldmäßige Ausdruck einer Arbeitsstunde ist also — bei gleicher Produktivität — nichts anderes als Ergebnis einer bestimmten Stückelung oder „Skalierung“ der Währungseinheit. Die Skalierung der Lira ist eben eine andere als diejenige der DM, und allein aus dieser unterschiedlichen Stückelung kann keinerlei Rückschluß auf die Produktivität gezogen werden. — Der zahlenmäßige Ausdruck des Wechselkurses hängt demnach nicht nur vom Verhältnis der Produktivitäten ab, sondern zusätzlich noch vom Verhältnis der Skalierung der Währungseinheiten.

Wir wollen diese Überlegung anhand des früher behandelten Modells zweier Länder (USA und Deutschland) noch einmal grafisch verdeutlichen (Abb. 66 b). Während wir früher unterstellt hatten, daß dem Wert einer Arbeitsstunde 1 DM bzw. in den USA 1 Dollar entspricht, wollen wir jetzt annehmen, daß



— bei sonst unveränderten Bedingungen — die Stückelung der DM kleiner ist: Der Wert einer Arbeitsstunde findet seinen Geldausdruck in 2 DM. Allein aufgrund dieser anderen Skalierung ergibt sich im Endeffekt ein anderer Wechselkurs, nämlich 4 DM : 1 Dollar (Abb. 66 c).

Die unterschiedliche Skalierung der einzelnen nationalen Währungen hat



auf die Produktivität des jeweiligen Landes den gleichen Einfluß wie die unterschiedliche Skalierung von Thermometern in Grad-Celsius und Grad-Fahrenheit auf die damit gemessene Temperatur: nämlich gar keinen! Zwar ergibt sich ein anderer zahlenmäßiger Ausdruck, je nachdem mit welchem Thermometer gemessen wird; an der Temperatur ändert sich jedoch dadurch nichts. Was beim Vergleich der beiden

Messungen berücksichtigt werden muß, ist lediglich ein bestimmter Umrechnungsfaktor aus der einen in die andere Skalierung.

Wir wollen das Ergebnis dieser Überlegungen noch einmal anhand der Gefäße, die wir in Abb. 55 a, b zugrundegelegt haben, grafisch darstellen, und zwar zunächst am Beispiel zweier Länder (Abb. 67 a): In der oberen

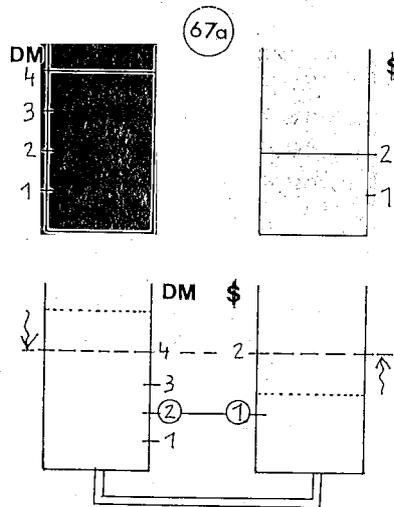
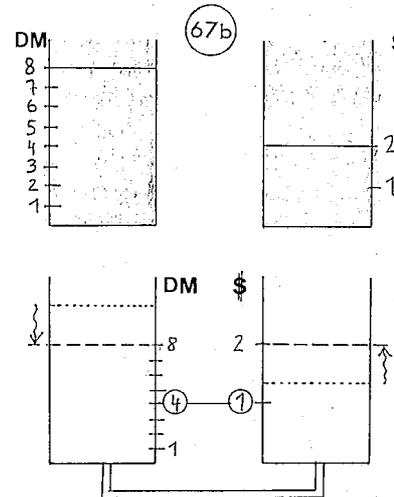


Abbildung sind wiederum die unterschiedlichen Produktivitäten anhand des in der Flüssigkeitsmenge zum Ausdruck kommenden Arbeitsaufwands dargestellt, der jeweils zur Herstellung der gleichen Warenmengen erforderlich ist. Nun sei das Verhältnis zwischen produzierter Wertmenge und umlaufender Geldmenge so, daß die produzierte Wertsumme in A einem Geldausdruck von 4 DM entspricht, während sie sich in B in 2 Dollar ausdrückt (vgl. die Maßskalen in den oberen Gefäßen). — Das durch den Wechselkursmechanismus bedingte Zusammenschrumpfen der DM-Preise und das entsprechende Aufblähen der Dollar-Preise

auf dem Weltmarkt bringt auch ein entsprechendes „Zusammenschrumpfen“ bzw. „Strecken“ der jeweiligen Maßskala mit sich. Nach der Nivellierung über den Wechselkursmechanismus liegt nunmehr — vom Weltmarkt her betrachtet — 1 Dollar auf der gleichen Ebene wie 2 DM. Grafisch läßt sich also (in den unteren Gefäßen von Abb. 67 a) der Wechselkurs unmittelbar ablesen durch eine waagerechte Linie in Höhe von 1 Dollar; der Schnittpunkt mit der DM-Skala gibt den Wechselkurs an.



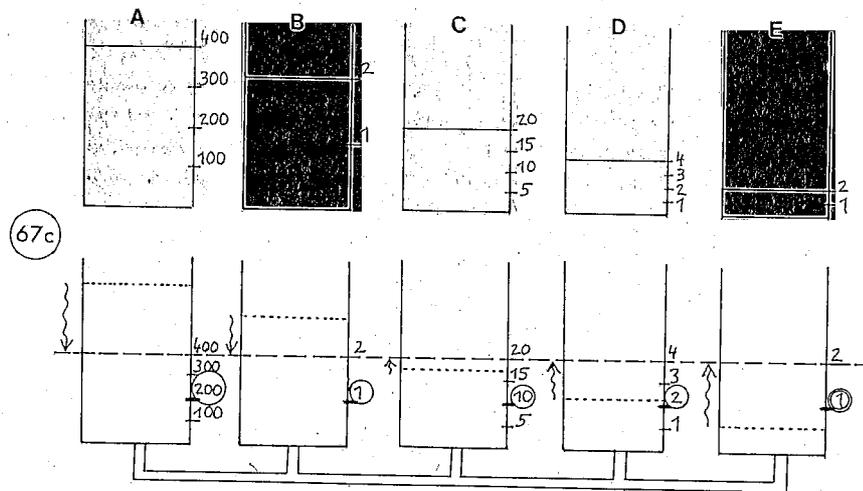
Wäre hingegen — wie in Abb. 67 b — der Geldumlauf im Verhältnis zur produzierten Wertsumme so, daß sich im Land A die gleiche Wertsumme nunmehr in 8DM (statt vorher in 4 DM) darstellt, so würde dieser anderen Skalierung auch ein anderer Wechselkurs entsprechen, nämlich 4 : 1 (untere Abbildung in Abb. 67 b).

Im Ergebnis stellen wir also fest, daß der Wechselkurs zahlenmäßig von zwei Faktoren bestimmt wird:

- vom Verhältnis der Produktivität zwischen zwei Ländern.
- vom jeweiligen Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zur produzierten Wertsumme (und dem daraus folgenden Verhältnis in der Skalierung der nationalen Währungen).

Wir ahnen an dieser Stelle schon, daß eine Veränderung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zu den produzierten Werten, d.h. eine Geldmengenausweitung mit inflationären Folgen in einem Land, Auswirkungen auf den Wechselkurs hat. *Wechselkursveränderungen spiegeln also nicht nur Verschiebungen in der Rangfolge der Produktivität zwischen den einzelnen Ländern wider, sondern offensichtlich auch ein unterschiedliches Tempo in der inflationären Entwicklung.* Dies kann hier freilich nur als Andeutung stehen, weil wir uns bisher mit der Möglichkeit und den Hintergründen von Inflation überhaupt noch nicht auseinandergesetzt haben. Das soll an späterer Stelle (im Kapitel „Staat und Kapitalverwertung“) geschehen.

In Abb. 67 c wollen wir das gerade abgeleitete Bild übertragen auf das Verhältnis mehrerer Nationen zueinander, die sich jeweils nicht nur unterscheiden in ihrer Produktivität, sondern auch in der Skalierung ihrer Währungen. Aus den unteren Gefäßen läßt sich nun einerseits der jeweils bilaterale Wechselkurs — d.h. der Wechselkurs zwischen je zwei nationalen Währungen — unmittelbar ablesen, indem — ausgehend von einem Land — in Höhe von 1 Währungseinheit — die Waagerechte zu den Skalen der anderen Länder gezogen wird. So ergibt sich etwa zwischen C und D ein Wechselkurs von 5 : 1, zwischen A und D ein Kurs von 100 : 1, zwischen A und E ein Kurs von 200 : 1 usw.



Anstatt nun für jede nationale Währung eine Anzahl von Wechselkursen im Verhältnis zu jedem anderen Land anzugeben, läßt sich der Vergleich der Währungen untereinander technisch dadurch vereinfachen, daß sie alle — rein rechnerisch — auf ein und dieselbe Währung bezogen werden, auf eine sog. *Leitwährung*. Wenn wir annehmen, daß die Währung von E die Funktion der Leitwährung übernommen hat, so ergeben sich in unserem Beispiel die Wechselkurse in Bezug auf E in der Reihenfolge der aufgeführten Länder wie folgt: 200 : 1 / 1 : 1 / 10 : 1 / 2 : 1.

Damit haben wir uns eine grafische Darstellung geschaffen, mit deren Hilfe wir uns unmittelbar verdeutlichen können, wie sich sowohl Verschiebungen in der Rangfolge der Produktivität als auch im Tempo der Inflation in

Veränderungen der Wechselkurse widerspiegeln; dies alles wohlbemerkt unter der Voraussetzung eines Währungssystems auf der Basis flexibler Wechselkurse. (Welche Modifikationen sich — im Rahmen eines Weltwährungssystems mit festen Wechselkursen — durch die künstliche Fixierung der Wechselkurse ergeben, wurde schon kurz angedeutet und soll hier nicht näher behandelt werden.)

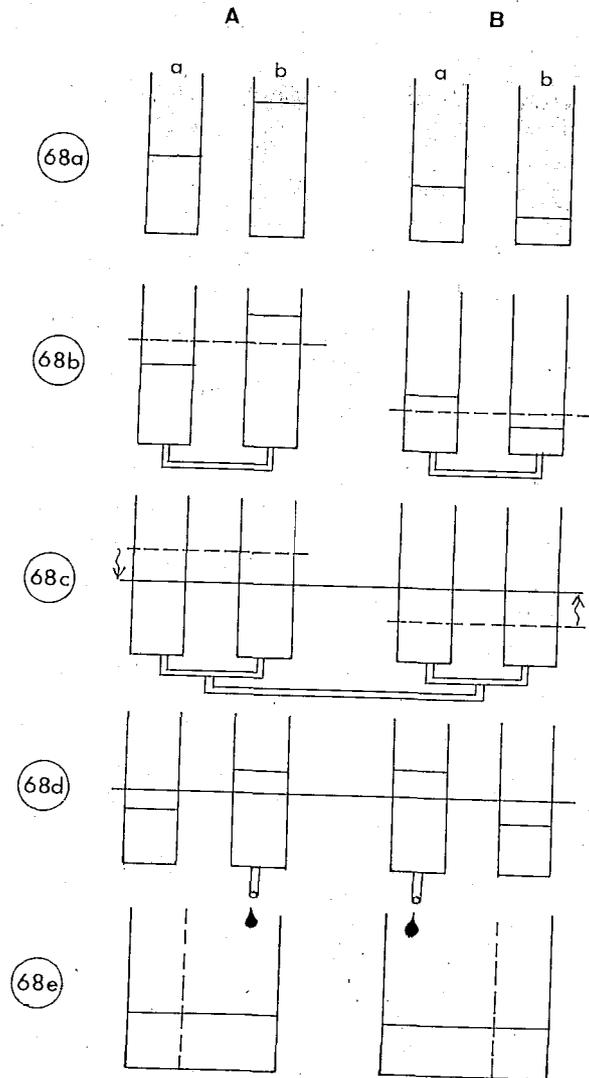
4) Wirkungsweise des Wechselkursmechanismus bei sektoral unterschiedlichen Produktivitäten

So sehr wir schon in unserer Ableitung zum Verständnis des Wechselkursmechanismus und seinen Auswirkungen auf die Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt vorgedrungen sind, so grob und vereinfachend waren dennoch die zugrundegelegten Annahmen. Denn bisher haben wir zwar unterschieden zwischen jeweils nationalen Kapitalen und der in den einzelnen Nationen gegebenen Durchschnittsproduktivität, aber *innerhalb* der einzelnen Länder haben wir keine Differenzierung in einzelne Kapitale vorgenommen. Wir haben also praktisch unterstellt, daß die Produktivitätsbedingungen der Kapitale innerhalb eines Landes gleich sind und nur *zwischen* den Ländern unterschiedlich. Diese Annahme ist nun in der Tat unrealistisch und grob vereinfachend, denn auch innerhalb einer Nation gibt es in Bezug auf die Produktivität fortgeschrittene und zurückgebliebene Kapitale und — im Verhältnis zum Weltmaßstab — produktive und weniger produktive Sektoren. Wie wirkt sich dieser Tatbestand auf die oben abgeleiteten Ergebnisse aus?

a) Modell mit absoluter Produktivitätsüberlegenheit eines Landes bei sektoral unterschiedlichem Produktivitätsvorsprung

Wir wollen diese Frage anhand der folgenden Modelle klären. Abb. 68 unterteilt die einzelnen Länder A und B jeweils noch in zwei unterschiedliche Sektoren, wobei im einen Sektor die Ware a und im anderen Sektor die Ware b hergestellt wird. Produktivitätsmäßig ist Land A bei der Herstellung beider Waren a und b dem Land B unterlegen (höherer Arbeitsaufwand), wobei der Rückstand bezüglich b erheblich größer ist als bezüglich a. Wür-

den sich die Kapitale der jeweiligen Sektoren ohne Dazwischenschaltung

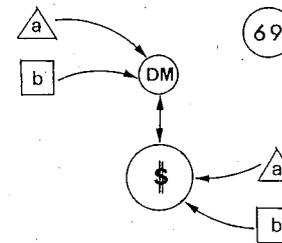


des Wechselkursmechanismus in Konkurrenz gegenüber treten, so würde sowohl Sektor a als auch Sektor b des Landes A vernichtet. Was bewirkt nun

die Tatsache, daß die Inlandspreise erst vermittelt über den Wechselkurs als Weltmarktpreise erscheinen?

b) Einheitlicher Wechselkurs trotz unterschiedlicher sektoraler Produktivitäten

Zunächst müssen wir uns klar machen, daß zwar unterschiedliche Waren a und b auf dem Weltmarkt gehandelt werden, daß aber zum Kauf jeweils ausländischer Waren immer erst der Kauf der ausländischen Währung am



Devisenmarkt erforderlich ist. Egal also, welche konkreten Gebrauchswerte am Weltmarkt gekauft werden, es muß zunächst das abstrakte Tauschmittel des jeweiligen Landes im Austausch gegen die einheimische Währung erworben werden. Auf diese Weise summieren sich alle Warenkäufe im Ausland (Importe) in einer bestimmten Höhe der Devisennachfrage, genauso wie sich die Käufe des Auslands

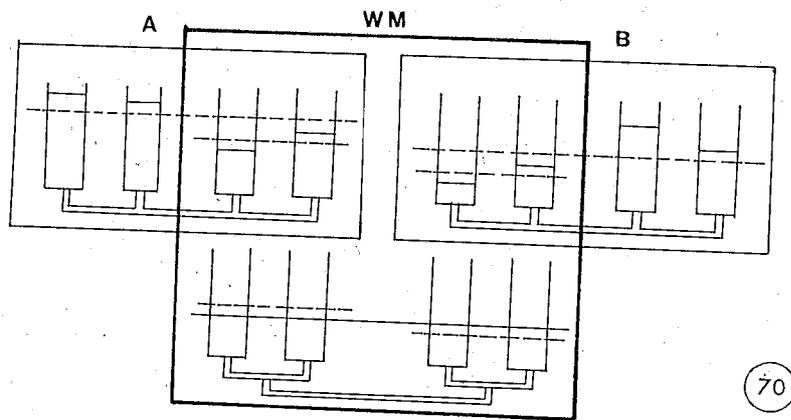
im Inland in einem entsprechenden Devisenangebot summieren. Aus dem Zusammentreffen dieser beiden Größen, aus dem Gegenübertreten der beiden nationalen abstrakten Tauschmittel, bildet sich nun *ein* Wechselkurs heraus. Nicht etwa also mehrere Wechselkurse, die einmal das Produktivitätsverhältnis der a-Sektoren und ein andermal das Verhältnis der b-Sektoren zwischen beiden Ländern zum Ausdruck bringen, sondern ein *einheitlicher* Wechselkurs, der dem Verhältnis der *durchschnittlichen* Produktivität der einzelnen Länder entspricht.

Zur Ermittlung der Durchschnittsproduktivität in Land A bzw. Land B werden in unserer Grafik (Abb. 68) die Gefäße der beiden Sektoren a und b jeweils untereinander verbunden, damit sich die Flüssigkeit auf ein durchschnittliches Niveau einpendeln kann (Abb. 68 b). (Der Einfachheit halber haben wir hier angenommen, daß der Anteil der beiden Sektoren an der gesamten Werteproduktion derselbe ist, deswegen gleiche Topfgröße. Wäre der Anteil des Sektors b größer, brauchten wir nur einen entsprechend breiteren Topf zu zeichnen, wobei die Produktivität des Sektors b mit einem entsprechend größeren Gewicht (mit einer entsprechend größeren Flüssigkeitsmenge) in die Bildung der Durchschnittsproduktivität ein-

gehen würde. Wenn wir von Durchschnittsproduktivität sprechen, meinen wir also immer den gewogenen Durchschnitt der sektoralen Produktivitäten, gewogen mit dem jeweiligen Anteil der einzelnen Sektoren an der gesamten Wertproduktion.)

c) Wechselkurs und Durchschnittsproduktivität der Weltmarktbranchen

Das Verhältnis der jeweils nationalen Durchschnittsproduktivitäten zwischen A und B ist nun entscheidend für die Herausbildung des Wechselkurses. Dabei müssen wir allerdings berücksichtigen, daß nur diejenigen Sektoren für die Wechselkursbildung, d.h. die Nachfrage und das Angebot von Devisen, relevant sind, deren Waren tatsächlich auf dem Weltmarkt gehandelt werden (Weltmarktbranchen). Wir müssen korrekter sagen, daß es sich bei unseren Gefäßen lediglich um die Weltmarktbranchen der jeweiligen Länder handelt und bei der „Durchschnittsproduktivität“ um den gewogenen Durchschnitt der Produktivitäten eben dieser Branchen. Die Produktivitätsverhältnisse der nicht am Weltmarkt orientierten Branchen fallen also bei der Wechselkursbildung nicht ins Gewicht. Insofern muß das Verhältnis der nationalen gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsproduktivitäten nicht identisch sein mit dem Verhältnis der Durchschnittsproduktivitäten der jeweiligen Weltmarktbranchen der betreffenden Länder. Abb. 70 soll das verdeutlichen. Dabei sind in jedem Land vier Sek-



70

toren mit unterschiedlicher Produktivität angenommen, wovon jeweils nur

zwei zu den Weltmarktbranchen gehören, während die anderen zwei jeweils nur für den nationalen Markt produzieren. Die durchschnittliche Produktivität der Weltmarktbranchen ergibt sich in unserem Bild durch Verbindung der zwei Gefäße der Weltmarktbranchen, während die durchschnittliche Produktivität aller Sektoren einer Nation sich jeweils aus der Verbindung sämtlicher Gefäße herstellt. Für die Bildung des Wechselkurses sind jedoch nur die Durchschnitte der Weltmarktbranchen relevant (untere Abbildung).

d) Weltmarktüberlegenheit einzelner Branchen trotz absolutem Produktivitätsrückstand

Betrachten wir also — nach diesen ergänzenden Überlegungen — wiederum unsere zwei Länder mit ihren jeweils zwei Sektoren, die wir nunmehr als Weltmarktbranchen dieser Länder auffassen (Abb. 68). Abb. 68 c stellt dar, wie sich aus dem Verhältnis der in Abb. 68 b ermittelten jeweiligen Durchschnittsproduktivitäten die Nivellierung über den Wechselkurs herstellt (indem grafisch nunmehr die beiden Länder untereinander verbunden werden). Währung A erfährt tendenziell eine Abwertung, Währung B eine Aufwertung.

Entscheidend ist nun — und damit kommen wir zu einem ganz wesentlichen Punkt —, daß dieser sich herausbildende Wechselkurs bei der Umrechnung der nationalen Preise auf Weltmarktpreise jeweils einheitlich auf *alle* Sektoren angewendet wird, deren Waren auf dem Weltmarkt gehandelt werden, und zwar unabhängig von ihrem Platz in der Stufenleiter der sektoralen Produktivitäten. Beide Sektoren in A erfahren also bei der Umrechnung von Inlands- auf Weltmarktpreise ein Zusammenschrumpfen. Daraus folgt aber auch, daß Sektor a (der bereits vorher einen unterdurchschnittlichen Arbeitsaufwand in A aufwies) auch nach der Umrechnung auf Weltmarktpreise unter dem Durchschnitt liegt, während Sektor b entsprechend darüber liegt. Das Entsprechende — nur umgekehrt — ergibt sich für Land B. Das Ergebnis dieses Umrechnens von nationalen Preisen auf Weltmarktpreise ist in Abb. 68 d festgehalten, wobei der Umrechnungsfaktor sich aus Abb. 68 c ergibt (Abwertung für Land A, Aufwertung für Land B).

Sehen wir uns das Ergebnis des Wechselkursmechanismus nun etwas näher an, so stellen wir fest, daß — nach der Umrechnung auf Weltmarktpreise —

Sektor a des Landes A unter dem Niveau von Sektor a aus Land B liegt, während andererseits bezüglich der Ware b das Land A auf dem Weltmarkt schlechter abschneidet als das Land B. Auf den ersten Blick scheint an diesem Ergebnis nichts besonderes zu sein, auf den zweiten Blick jedoch ist es verblüffend: Wir müssen uns nämlich darauf besinnen, daß die Ausgangssituation durch eine absolute produktivitätsmäßige Überlegenheit beider Sektoren des Landes B gekennzeichnet war. Und jetzt stellen wir fest, daß dennoch auf dem Weltmarkt der Sektor a dieses Landes ausgestochen wird durch das viel billigere Angebot des entsprechenden Sektors aus Land A. Wie ist dieses Ergebnis zu erklären, wo doch a (A) bezüglich der Produktivität gegenüber a (B) eindeutig im Rückstand liegt?

Sehen wir uns — bevor wir diese Frage beantworten — schnell noch die Verhältnisse bezüglich der Ware b an. Hier liegt auf einmal — auch nach Umrechnung auf Weltmarktpreise — Sektor b (B) in Vorsprung gegenüber b (A), denn er kann ihn — wie Abb. 68 d zu entnehmen ist — preislich auf dem Weltmarkt unterbieten.

Wieso also bleibt im einen Fall der absolute Produktivitätsvorsprung auch auf dem Weltmarkt erhalten (bei b), während im andern Fall (bei a) der Vorsprung sich ins Gegenteil verkehrt und auf dem Weltmarkt zu einem Rückstand wird gegenüber dem Warenangebot anderer Länder, die diese Ware viel unproduktiver hergestellt haben? Wenn wir daraufhin die Sektoren a und b der beiden Länder miteinander vergleichen, stellen wir fest, daß Land B gegenüber Land A zwar in beiden Sektoren einen absoluten Produktivitätsvorsprung hat, daß aber der Vorsprung bezüglich b wesentlich größer ist als bezüglich a. Offensichtlich kommt es also bei der Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt nicht auf den absoluten Produktivitätsvorsprung an, sondern darauf, in welchem Sektor dieser Vorsprung *relativ* am größten ist. Dieser Sektor hat — auch nach Umrechnung auf Weltmarktpreise — einen Vorsprung vor dem entsprechenden Sektor des anderen Landes. Der andere Sektor (a) hingegen, wo der Produktivitätsvorsprung nur relativ gering ist, geht auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz gegen den weniger produktiven Sektor des anderen Landes unter. (Dieser Zusammenhang entspricht im Ergebnis dem von David Ricardo abgeleiteten „Gesetz der komparativen Kostenvorteile“, wobei Ricardo allerdings eine andere Begründung liefert, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen.)

e) Komparativer (relativer) Kostenvorteil und Tendenz zur internationalen Arbeitsteilung

Auf diese Weise wird also in Land A der Sektor b durch die Weltmarktkonkurrenz vernichtet, während auf der anderen Seite in Land B der Sektor a überrollt wird. Die langfristige Folge davon wird sein, daß sich die Produktion in A zunehmend auf die Herstellung der Ware a konzentriert, während in B zunehmend nur noch b hergestellt wird. Als Folge des beschriebenen Wechselkursmechanismus bildet sich also tendenziell eine internationale Arbeitsteilung heraus, wobei sich das einzelne Land jeweils auf diejenige Produktion konzentriert, bei der der relative Produktivitätsvorsprung am größten (bzw. der Produktivitätsrückstand gegenüber anderen Ländern am geringsten) ist, wo es also in der Rangfolge der Produktivitäten noch relativ am günstigsten liegt. Die Herausbildung einer soartigen internationalen Arbeitsteilung, einer Spezialisierung der einzelnen Länder auf jeweils bestimmte Waren, wäre das Ergebnis, wenn sich die beschriebene Tendenz in reiner Form durchsetzen könnte. (Durch welche Einflüsse diese Tendenz an ihrer Durchsetzung gehindert werden kann, ist Gegenstand späterer Untersuchungen.)

Abb. 68 d stellt den Extremfall dar, daß sich Land A schließlich nur noch auf die Herstellung von a konzentriert und Land B entsprechend auf die Herstellung von b. Dadurch, daß in A der ursprünglich in die Herstellung von b eingegangene Arbeitsaufwand nunmehr frei wird für die zusätzliche Produktion von a, kann — in unserem Beispiel — die Produktion von a auf das Doppelte ausgedehnt werden (angedeutet durch das Heruntertropfen des ursprünglich in b steckenden Arbeitsaufwands in den a-Topf). Das Entsprechende gilt für Land B in Bezug auf die Ware b. Gegenüber der ursprünglichen Struktur der Arbeitsteilung *innerhalb* der einzelnen Länder (Abb. 68 a) bringt die internationale Arbeitsteilung — bei gleichem Arbeitsaufwand — in der Summe sowohl eine erhöhte Produktion von a als auch von b zustande (ablesbar an der Breite der unteren Töpfe in Abb. 68 e gegenüber der Breite der a-Töpfe insgesamt und der b-Töpfe insgesamt in Abb. 68 a).

Wenn wir den bisherigen Ableitungen zum Wechselkursmechanismus haben folgen können, dürften die folgenden Ausführungen von Busch keine Verständnisschwierigkeiten bereiten. Busch schreibt über die Auswirkungen dieses Mechanismus folgendes:

„Auch wenn die weniger entwickelten Nationen in allen Industriezweigen mit geringerer Arbeitsproduktivität produzieren als die höher entwickelten Länder, können sie in der internationalen Preiskonkurrenz mithalten, weil ihre hohen nationalen Warenpreise über den Wechselkurs in niedrigere internationale Preise transformiert werden und umgekehrt die höher entwickelten Länder ihre niedrigen nationalen Warenpreise über die Währungsparität in höhere internationale Preise umwandeln müssen. Dieser Schutzmechanismus, den das internationale Wertgesetz für die schwächer entwickelten Nationen impliziert, stellt eine wesentliche Modifikation des Wertgesetzes dar. Diesem Mechanismus ist es auch geschuldet, daß sich in den Warenkapitalbeziehung zwischen den ungleich entwickelten Nationen eine internationale Arbeitsteilung etablieren konnte. Da die Währungsparitäten den durchschnittlichen Intensitäts- und Produktivitätsrangpunkt widerspiegeln, den die einzelnen Nationen in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen, aber neben den Industriezweigen mit mittleren Produktionsbedingungen auch über- und unterdurchschnittliche Produktionssphären existieren, benachteiligt der Wechselkursmechanismus in jeder Nation die unterdurchschnittlich produktiven Industriezweige. In den höchentwickelten Ländern zwingt der Wechselkursmechanismus den unterdurchschnittlichen Industriezweigen so hohe internationale Preise auf, daß sie von den entsprechenden Branchen der weniger entwickelten Nationen niederkonkurriert werden können, obwohl sie absolut produktiver produzieren mögen als jene; in den weniger entwickelten Ländern schützt der Wechselkursmechanismus die unterdurchschnittlichen Produktionssphären nicht ausreichend vor der überlegenen Konkurrenzkraft der höher entwickelten Nationen und läßt sie deshalb im internationalen Konkurrenzkampf unterliegen. Auf diese Weise institutionalisieren die über die Wechselkurse vermittelten internationalen Warenkapitalbeziehungen eine internationale Arbeitsteilung auf der Basis komparativer Kostenvorteile, eine arbeitsteilige Struktur also, die im nationalen Rahmen nicht möglich ist, weil die schwächeren Produzenten den höher entwickelten Kapitalen hier schutzlos ausgeliefert sind.“ (Busch: Die multinationalen Konzerne, S. 45)

Und weiter:

„Der Wechselkursmechanismus entzieht damit den höher entwickelten nationalen Kapitalen im Durchschnitt ihre Surplusprofite; nur noch überdurchschnittlich produktive Industriezweige dieses Landes können in internationalen Konkurrenzkampf Extraprofite realisieren, die allerdings durch

die Profitverluste der unterdurchschnittlich produktiven Anlagesphären aufgewogen werden.“ (Busch, S. 45)

5) Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt und internationale Zölle

a) Das Interesse an Schutzzöllen auf seiten der rückständigen Kapitale des fortgeschrittenen Landes

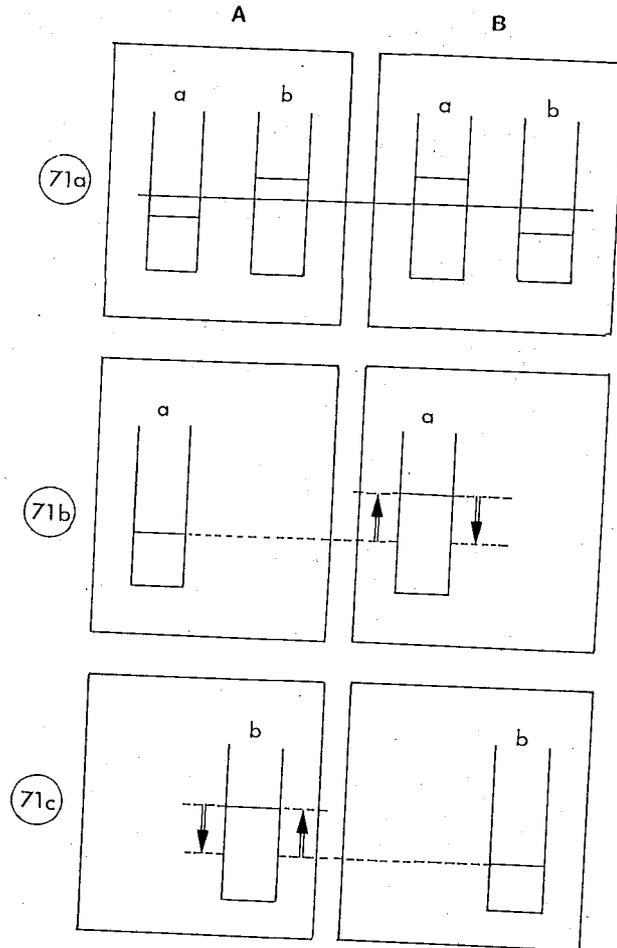
Die eben herausgearbeitete Tendenz kann nun freilich durch bestimmte Schutzmaßnahmen des Nationalstaates gegenüber den von der Weltmarktkonkurrenz bedrohten Branchen an ihrer Durchsetzung gehindert werden. Zu solchen Schutzmaßnahmen zählen einerseits Importzölle auf ausländische Waren und andererseits Exportsubventionen für inländische Waren. Aus unseren bisherigen Ableitungen wird deutlich, daß diejenigen Kapitale, die von der Weltmarktkonkurrenz bedroht sind (also die bezüglich der Produktivität relativ rückständigen Kapitale), einen Druck auf den Staat ausüben werden, damit dieser entsprechende Schutzwälle gegenüber der Weltmarktkonkurrenz aufbaut. Hierzu Busch:

„Da der Wechselkurs eines Landes in der Regel die Branchen mit vergleichsweise unterdurchschnittlicher Produktivität und Intensität der Arbeit entweder verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt aussetzt — so im höher entwickelten Land, das zur Aufwertung gezwungen war — oder nicht ausreichend vor der Konkurrenz der höher entwickelten nationalen Kapitale schützt — so im ökonomisch schwächer entwickelten Land, das seine Währung abwerten mußte —, versuchen die Kapitale dieser Anlagesphären in beiden Ländergruppen, ihre Verwertungssituation durch Forderungen an den nationalen Staatsapparat zu verbessern. Diese Forderungen können sich auf Subventionen aus dem Staatshaushalt oder auf die Erhebung von Einfuhrzöllen richten.“ (Busch, S. 90)

Wenn wir weiterhin unser Modell aus Abb. 58 d zugrundelegen, stellen sich Importzölle bzw. Exportsubventionen wie folgt dar (Abb. 71):

Bezogen auf die Ware a müßte Land B entweder einen Importzoll in Höhe

des nach oben gerichteten Pfeils errichten oder aber stattdessen den Export des Sektors a um den entsprechenden Betrag subventionieren (nach unten gerichteter Pfeil). Der Importzoll wäre gleichbedeutend damit, daß die niedrigeren Weltmarktpreise des Landes A um den Betrag des Zolls



„hochgeschleust“ werden, also letztlich über den Weltmarkt nicht billiger bezogen werden könnten, als sie von der inländischen Branche angeboten werden.

Eine Exportsubvention hingegen würde bedeuten, daß die Ware a (B) in ihrem Preis um den Betrag der Subvention gesenkt werden könnte. Erst durch dieses „Herunterschleusen“ des Preises auf das Niveau von a (A) hätte der Absatz von a (B) eine Chance auf dem Weltmarkt.

Entsprechend umgekehrt stellen sich die Verhältnisse in Bezug auf Ware b dar (Abb. 71 c)). Hier hätte der b-Sektor im Land A alles Interesse daran, über einen Importzoll den Preis der ausländischen Ware b (B) hochzuschleusen bzw. über eine Exportsubvention den Preis der eigenen Ware b (A) herunterzuschleusen.

Die in unserer Abbildung dargestellte Höhe der Importzölle bzw. Exportsubventionen versteht sich als Mindesthöhe, die zunächst einmal lediglich gleiche Bedingungen für die Waren der einzelnen Branchen auf dem Weltmarkt herstellt. Soll darüberhinaus die Konkurrenz vom Weltmarkt her ganz abgeschirmt werden, so müßte eine „Zollmauer“ errichtet werden, deren Höhe über die in Abb. 61 c dargestellte Größe hinausgeht. Auf diese Art könnten die Waren des Auslands bei ihrer Einfuhr ins Inland so verteuert werden, daß sie auf dem Inlandsmarkt keine Chance hätten.

b) Das Interesse am Abbau von Zollmauern auf seiten der entwickelten Kapitale des fortgeschrittenen Landes

Nun muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Errichtung von Zollmauern bzw. eine Exportsubventionierung zwar im Interesse der relativ rückständigen Teile der nationalen Kapitale ist, nicht aber im Interesse der Kapitale mit überdurchschnittlicher Produktivität. Ganz im Gegenteil! Denn die Erhebung von Importzöllen bedeutet ja, daß die davon betroffenen Waren im Inland nunmehr teurer zu erwerben sind als ohne Zölle. Handelt es sich hierbei etwa um Produktionsmittel, die von den fortgeschrittenen Kapitalen verkauft werden, so verteuern sich allein über die Zölle die Elemente des konstanten Kapitals. Tendenziell wird damit die Profitrate der fortgeschrittenen Kapitale gedrückt. — Beziehen sich die Importzölle hingegen auf Konsumtionsmittel, so steigen dadurch die Lebenshaltungskosten und damit die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Gelingt es dem Kapital nicht, den Lohn unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken, so entstehen aufgrund der Importzölle tendenziell höhere Aufwendungen für variables Kapital. Auch dies drückt auf die Profitrate. In beiden Fällen

wird also über eine Verminderung der Profitrate die Akkumulationsfähigkeit der fortgeschrittenen Kapitale eingeschränkt. Sie werden entsprechend versuchen, auf den Staat in entgegengesetzter Richtung einzuwirken, nämlich in Richtung auf Abbau der Importzölle. Hier bestehen also eindeutig unterschiedliche Interessen zwischen den einzelnen „Kapitalfraktionen“, zwischen den in Bezug auf die Produktivität relativ fortgeschrittenen Teilen einerseits und den relativ rückständigen Teilen andererseits.

Wie steht es in dieser Hinsicht mit Exportsubventionen? Die Beträge hierfür müssen aufgebracht werden aus dem Staatshaushalt, d.h. sie müssen — etwa über Steuern — anderen Bereichen entzogen werden. Auch hier wieder sind prinzipiell zwei Möglichkeiten denkbar: zugunsten der Subventionierung der rückständigen Kapitale werden die fortgeschrittenen Kapitale mit erhöhter Steuer belastet, was deren Akkumulationsmöglichkeit unmittelbar einschränkt. Oder die erhöhte Steuerlast geht zu Lasten der Lohnabhängigen und erhöht damit — wenn die Nettoeinkommen gleichbleiben sollen — die Lohnforderungen, also die Aufwendungen für das variable Kapital. Wir kommen zu dem Ergebnis, daß auch eine Exportsubventionierung der schwächeren inländischen Kapitale letztlich zu Lasten der Akkumulationsmöglichkeiten der stärkeren Kapitale geht. Weder an Importzöllen noch an Exportsubventionen kann insofern der relativ entwickelte Teil des inländischen Kapitals interessiert sein. Von daher besteht zwischen Importzöllen und Exportsubventionen in dieser Hinsicht kein prinzipieller Unterschied.

Noch aus einem anderen Grund können die entwickelteren Kapitale eines Landes kein Interesse an der Aufrechterhaltung oder Errichtung von Importzöllen oder Exportsubventionen haben. Denn:

„Die Erhebung von Zöllen im eigenen Land (bringt) die Gefahr negativer Sanktionen des Auslandes mit sich, vor allem in Gestalt von Importrestriktionen, und verschlechtert auf diese Weise potentiell (es muß heißen: tendenziell, B.S.) die Realisierungsbedingungen der produktiveren Weltmarktbranchen dieses Landes.“ (Busch, S. 90 f)

c) Die Tendenz zur Liberalisierung des Welthandels

Wenn wir nun berücksichtigen, daß gerade die fortgeschrittensten Bran-

chen durch ein hohes Maß an Konzentration, durch eine Zusammenfassung riesiger Kapitalmassen und durch eine relativ hohe organische Zusammensetzung des Kapitals als dem wesentlichen Hintergrund der hohen Produktivität gekennzeichnet sind, so wird deutlich, daß diese Branchen in besonderem Maße auf die Entfaltung des Weltmarkts hindrängen. Denn die hohen Aufwendungen für konstantes Kapital, insbesondere dessen in Produktionsanlagen fixierten Teil (fixes Kapital) werden ja überhaupt nur profitabel durch Ausstoß einer wachsenden Stückzahl. Je größer die Mindestproduktion, die erreicht sein muß, damit die Aufwendungen für fixes Kapital (Fixkosten) gedeckt sind, umso mehr stoßen die Realisierungsmöglichkeiten dieser Kapitale auf die Grenzen des nur beschränkt aufnahmefähigen Inlandsmarkts. Je mehr also die Produktionskapazitäten der konzentrierten Kapitale Ausmaße erreichen, die die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarkts übersteigen, umso mehr müssen solche Kapitale zwecks Realisierung ihrer in den Waren steckenden Werte über die Grenzen des nationalen Marktes hinausdrängen, umso mehr drängen sie also nach Realisierung auf dem Weltmarkt. Die immanente Tendenz zur Konzentration und Zentralisation und damit verbunden die Tendenz zum Anwachsen des konstanten Kapitals (insbesondere seines fixierten Teils) enthält also mit Notwendigkeit die Tendenz zur Entfaltung des Weltmarkts in sich, und zwar zunächst — wie wir gesehen haben — auf der Ebene der internationalen Zirkulation, d.h. des Warenaustauschs. Ohne eine Ausweitung der Realisierungsmöglichkeiten über den Weltmarkt würde schließlich die Kapitalverwertung der fortgeschrittenen Kapitale ins Stocken geraten.

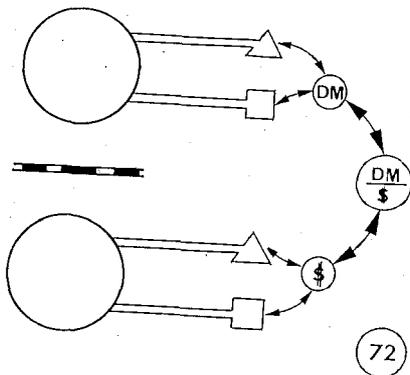
Von daher ist also verständlich, daß es für die fortgeschrittenen Kapitale eine Frage des Überlebens ist, ob es gelingt, die Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben, d.h. also auf Abbau von Zöllen (zunächst bei den jeweils anderen Ländern) hinzuwirken. Da einzelne Länder ihrerseits zum Abbau solcher Schranken nur bereit sein werden, wenn diese Schranken allgemein in allen beteiligten Ländern abgebaut werden, ist verständlich, daß die fortgeschrittenen Kapitale in einem Land schließlich auf den Staat in der Weise einwirken, daß dieser auch im eigenen Land die Zollschränken fallen läßt. Busch beschreibt in ähnlicher Weise diesen Zusammenhang und kommt schließlich zu einem für die Analyse der Weltmarktentwicklung weittragenden Ergebnis:

„Der Akkumulationsprozeß jedes nationalen Kapitals sprengt nämlich aufgrund der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals den reproduktiven

Zusammenhang im bloß nationalen Rahmen und drängt mit Notwendigkeit auf den Weltmarkt. Diese Tendenz, die die Realisierungs- und Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale immer mehr vom Weltmarkt abhängig werden läßt, zwingt die Nationalstaaten, Barrieren der Handelsbeziehungen durch internationale Verträge zu beseitigen. Als ideeller Gesamtkapitalist des nationalen Kapitals müssen die Nationalstaaten zur Sicherung der Verwertungsbedingungen des nationalen Gesamtkapitals dieser Liberalisierungstendenz auch dann Rechnung tragen, wenn die internationale Konkurrenz die weniger entwickelten nationalen Branchen in starke Bedrängnis bringt. . . . In allgemeinen Aufschwungstendenzen des Weltkapitals setzt sich deshalb, wenn auch zähflüssig, die Liberalisierungstendenz auf dem Weltmarkt durch.“ (Busch, S. 93 f)

6) Das Verhältnis zwischen internationaler Warenzirkulation und Internationalisierung der Mehrwertproduktion

Was wir bisher im Zusammenhang mit der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt erörtert haben, bezog sich — und darüber müssen wir uns noch einmal Klarheit verschaffen — ausschließlich auf die Sphäre der internationalen *Zirkulation*, d.h. den Austausch von Waren, die in einzelnen voneinander abgeschirmten nationalen Sphären der Produktion entstanden sind. Voneinander abgeschirmt deshalb, weil die Mobilität von Arbeitskraft ebenso wie die Mobilität von Kapital nach unseren bisherigen Annahmen nur *innerhalb* der Nationalstaaten gegeben ist, nicht aber zwischen ihnen. Abb. 72 will dies noch einmal — in Anlehnung an Abb. 60 — verdeutlichen. Während die Produktionssphären aufgrund nicht vorhandener Mobilität (in diesem Fall der Arbeitskraft) voneinander geschieden sind, stellt sich die Verbindung zwischen den nationalen Kapitalen lediglich her



über die Sphäre der Zirkulation und den dazu erforderlichen Tausch der jeweils nationalen Währungen am Devisenmarkt. Wenn unter „Kapitalverwertung“ die Einheit von Mehrwertproduktion *und* -realisierung verstanden wird, so kann bei den bisher diskutierten Weltmarktbeziehungen zwischen einzelnen nationalen Kapitalen noch nicht von einer Internationalisierung der Kapitalverwertung, sondern lediglich von einer *Internationalisierung der Warenzirkulation* bzw. einer *Internationalisierung der Mehrwertrealisierung* gesprochen werden. Die Fäden zwischen den einzelnen nationalen Kapitalen sind lediglich über den Austausch der Waren geknüpft, nicht aber durch ein irgendwie geartetes Zusammenwachsen der nationalen Kapitale im Produktionsprozeß.

Dieser Widerspruch zwischen Internationalisierung der Warenzirkulation auf der einen Seite und nach wie vor in einzelne Sphären zerfallender nationaler Mehrwertproduktion enthält in sich — wie wir sehen werden — den Keim für weitere Entfaltungen des Kapitals auf Weltmarktebene. Die modifizierte Wirkung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt bringt nämlich — und dies gilt es noch abzuleiten — Tendenzen hervor, die nicht bei der Internationalisierung der Mehrwertrealisierung stehenbleiben, sondern darüber hinaus auf eine *Internationalisierung der Mehrwertproduktion* hindrängen, d.h. auf eine tendenzielle Verschmelzung der ursprünglich im Produktionsprozeß voneinander geschiedenen nationalen Kapitale. Je mehr auch in der Sphäre der Produktion die Abschottung der nationalen Kapitale gegeneinander überwunden wird, umso mehr tendiert das Kapital hin zu einem „*reellen Gesamtkapital auf Weltmarktebene*“, das nunmehr zunehmend als Ganzes (und damit auch in der Summe seiner nationalen Teile) seinen immanenten Bewegungsgesetzen unterliegt. Die sich aus diesen immanenten Bewegungsgesetzen zwangsläufig ergebenden Verwertungskrisen erstrecken sich dann nicht mehr nur auf einzelne nationale Kapitale, sondern deren Bewegungen (die nationalen Zyklen) laufen zunehmend synchron und münden schließlich ein in eine Weltmarktkrise des Kapitals oder eine Verwertungskrise des Weltkapitals als Ganzes und damit aller seiner nationalen Teile. Soviel hier nur als Andeutung. Wir kommen bald im einzelnen auf diese Frage zurück. Zunächst müssen wir klären, welches die Tendenzen sind, die auf eine Internationalisierung auch der Mehrwertproduktion hindrängen.

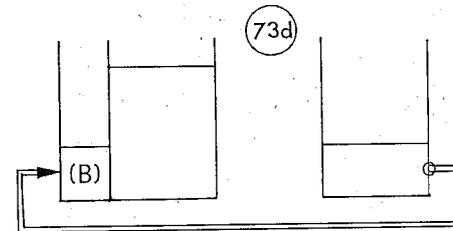
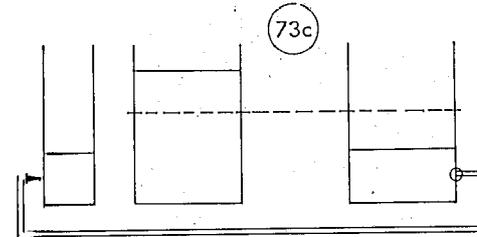
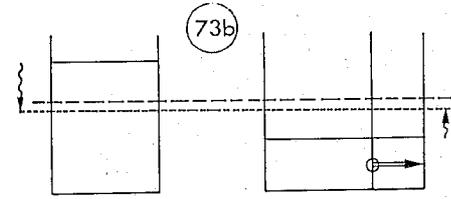
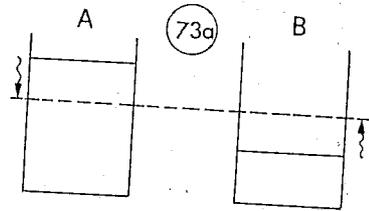
III. Internationalisierung der Mehrwertproduktion

1) Kapitalexport und Unterlaufen des Wechselkursmechanismus

Kommen wir zur Durchleuchtung dieser Tendenzen auf unser Modell in Abb. 65 zurück. Dort hatten wir ja herausgearbeitet, daß der Produktivitätsvorsprung eines Landes in der Weltmarktkonkurrenz dadurch weniger zum Tragen kommt, daß über den Wechselkursmechanismus die Inlandspreise dieses Landes auf dem Weltmarkt aufgebläht werden (Aufwertung), während die Preise des weniger produktiven Landes über eine Abwertung auf dem Weltmarkt zusammenschrumpfen. Lediglich Branchen mit überdurchschnittlicher Produktivität konnten — trotz des Wechselkursmechanismus — auf dem Weltmarkt einen Extraprofit erzielen. Für die unterdurchschnittlich produktiven Branchen ergab sich aus dem Wechselkursmechanismus tendenziell ein Ausgeliefertsein gegenüber der Weltmarktkonkurrenz, selbst für den Fall, daß die entsprechenden Branchen anderer, weniger produktiver Länder eine absolut geringere Produktivität aufwiesen. Wechselkursmechanismus (und gegebenenfalls Importzölle anderer Länder) schaffen also für das Kapital der produktiveren Nation Hindernisse für die Realisierung bzw. umgeben die Kapitale der weniger produktiven Nationen mit Schutzwällen, die sie vor der Überflutung durch billigere Waren der produktiveren Nation schützen. Der *Kapitalexport* stellt nun die Form dar, mit der diese Schutzwälle unterlaufen werden können. Diese These soll anhand der folgenden Modelle untermauert werden.

a) Modell mit national unterschiedlichen Durchschnittsproduktivitäten

Zunächst wollen wir wiederum zwei Länder A und B mit unterschiedlichen durchschnittlichen Produktivitäten unterstellen, ohne dabei innerhalb dieser Länder einzelne Branchen zu unterscheiden (Abb. 73). Wir wollen davon ausgehen, daß für die Akkumulation des Kapitals in B zwei Alternativen offenstehen: entweder die in den Weltmarktbranchen realisierten Profite im Inland in Kapital zurückzuverwandeln, wodurch sich entsprechend die Kapazitäten dieser Weltmarktbranche



erhöhen (Abb. 73 b). (Durch das größere Gewicht, mit dem dieses Land nunmehr in den internationalen Austausch eingeht, kann sich eine leichte Kursänderung ergeben, die aber aufgewogen wird, wenn entsprechend die Weltmarktbranchen der anderen Länder expandieren würden.) Die zweite Alternative der Kapitalakkumulation soll darin bestehen, das zu akkumulierende Kapital ins Ausland zu exportieren und — auf der Basis der heimischen Produktivität — entsprechende Produktionsstätten im Ausland zu eröffnen. Hierbei ergeben sich wiederum zwei Möglichkeiten:

- die so gegründeten (oder übernommenen) Unternehmen produzieren für den dortigen Inlandsmarkt (Abb. 73 c).

- die so im Ausland gegründeten Unternehmen produzieren ebenfalls für den Weltmarkt (Abb. 73 d).

aa) Kapitalexport zwecks Eindringen in den ausländischen Binnenmarkt

Betrachten wir zunächst den ersten Fall: In Abb. 73 c wird deutlich, daß die vom B-Kapital in A errichteten Produktionsstätten aufgrund ihrer hohen Produktivität (niedrigerer Arbeitsaufwand) in der Lage sind, Waren für den Inlandsmarkt in A anzubieten, die wesentlich billiger sind, als wenn sie in B produziert und am Weltmarkt angeboten würden. Denn während das Angebot am Weltmarkt der preislichen Aufblähung durch den Wechselkursmechanismus unterliegt, entgehen die nunmehr *innerhalb* der Grenzen

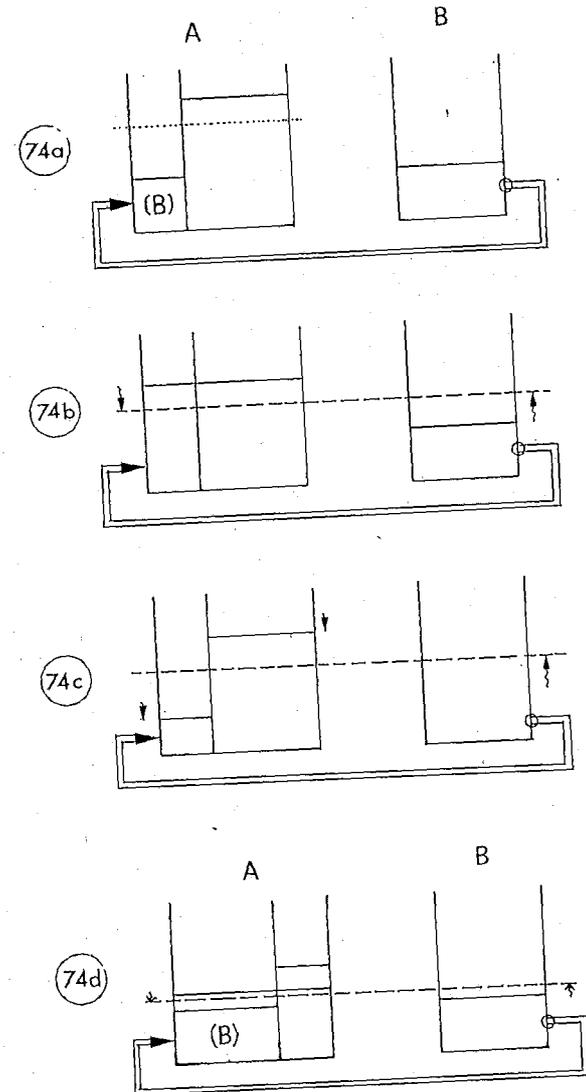
von A produzierten und ausgetauschten Waren diesem Mechanismus. Auf diese Weise kommt der Produktivitätsvorsprung des B-Kapitals gegenüber dem A-Kapital in ungebrochener Form voll zum Tragen und wird nicht mehr über den Wechselkursmechanismus tendenziell nivelliert. Wir kommen also zu dem wichtigen Ergebnis, daß auf dem Weg über *Direktinvestitionen im Ausland* (Errichtung von Produktionsstätten) der Schutzwall des Wechselkursmechanismus unterlaufen wird. Das gleiche trifft zu für das Unterlaufen von Zollmauern (falls solche noch vorhanden sind). Hierzu schreibt Busch:

„Bildet die Realisierung eines Teils ihres Warenkapitals auf dem Weltmarkt ein wichtiges Moment der Verwertungsbedingungen dieses Kapitals . . . , können die alten Verwertungsbedingungen nur dadurch wiedergewonnen werden — von der forcierten Entwicklung der Produktivkraft einmal abgesehen —, daß die Exportproduktion ins Ausland verlagert wird. Durch Tochtergesellschaften im Ausland, die durch Produktionsaufnahme im Exportmarkt selbst Warenkapitalexporte des Stammkonzern substituieren, unterlaufen die Weltmarktbranchen der produktiven nationalen Kapitale den ihren Profit mindernden Wechselkursmechanismus. Auslandsproduktionen dieser Art werden nicht nur die ehemals (vor Eintreten des Aufwertungseffekts, B.S.) über Warenexporte erzielten Surplusproftposition wiederherstellen, sondern diese erheblich ausbaue weil die Kapitale der weniger entwickelten Nationen jetzt der überlegenen Produktivkraft der höher entwickelten Nationen ohne Vermittlung des Wechselkurses ausgeliefert sind und daher erhebliche Einbußen erleiden werden. Dies gilt umso mehr, als die Kapitale der produktiveren Nationen mit Tochtergesellschaften im weniger entwickelten Ausland nicht nur den Wechselkurschutz der ökonomisch schwächeren Nationen unterlaufen, sondern gegebenenfalls auch die diese Schutzmechanismen des Wechselkurses verstärkenden Importzölle und Transportkosten.“ (Busch, S. 99 f)

ab) Kapitalexpert zwecks Produktion für den Weltmarkt

Wir wollen nun einen zweiten Fall betrachten, wo das im Ausland in Form von Direktinvestitionen angelegte Kapital nicht für den dortigen Inlandsmarkt, sondern ebenfalls für den Weltmarkt produziert (Abb. 74). Aufgrund seines ungebrochenen Produktivitätsvorsprungs tritt das nach A exportierte B-Kapital in eine scharfe Konkurrenz zum A-Kapital und setzt

dieses Kapital unter Druck. Entweder gelingt es also den Weltmarktbran-



chen von A, den Produktivitätsrückstand gegenüber B aufzuholen, oder aber sie werden von den Direktinvestitionen des B-Kapitals zunehmend in

die Defensive gedrängt. Ob so oder so, in jedem Fall wird eine Tendenz in Richtung steigender Produktivität auch in Land A ausgelöst, die mindestens eine tendenzielle Angleichung im Produktivitätsniveau zwischen Land A und Land B herbeiführt.

Bilden wir nun den Durchschnitt der Produktivität des inländischen und ausländischen Kapitals in A und setzen diese Durchschnittsproduktivität ins Verhältnis zu derjenigen in B, so ergibt sich nach wie vor auf dem Weltmarkt ein Abwertungseffekt für A und ein Aufwertungseffekt für B (Abb. 74 b). Multiplizieren wir nun das Inlandspreisniveau in Land A (Abb. 74 a) mit dem Abwertungssatz und dasjenige von Land B mit dem Aufwertungssatz, so ergibt sich die Umrechnung auf Weltmarktpreise (Abb. 74 c).

Hier kommen wir nun zu einem erstaunlichen Ergebnis: Das nach A exportierte B-Kapital hat nicht nur gegenüber dem dortigen A-Kapital einen Produktivitätsvorsprung, sondern profitiert bei der Umrechnung auf Weltmarktpreise auch noch von der Abwertung der A-Währung, während das in B verbliebene Kapital nach wie vor einem Aufwertungseffekt unterliegt. Indem also das Kapital aus dem produktiven Land in weniger produktive Länder in Form von Direktinvestitionen exportiert wird, kann es von dort aus wesentlich billiger auf dem Weltmarkt anbieten. Es unterläuft nicht nur den Wechselkursmechanismus (wie unter aa diskutiert), sondern profitiert zusätzlich und in umgekehrter Richtung noch von der insgesamt niedrigeren Produktivität und dem daraus folgenden Abwertungseffekt des anderen Landes. Für die exportierten Kapitale des produktiveren Landes werden also die weniger produktiven Länder als Anlagesphären zum Sprungbrett, um in eine grünstigere Weltmarktposition zu gelangen.

Je mehr nun aber B-Kapital nach A strömt, um diesen Vorteil auszunutzen, umso mehr gleicht sich schließlich die Produktivität in den Weltmarktbranchen von A derjenigen von B an, und umso mehr geht schließlich — als Folge der sich angleichenden Produktivitäten — der Abwertungseffekt für A und der Aufwertungseffekt für B verloren (Abb. 74 d).

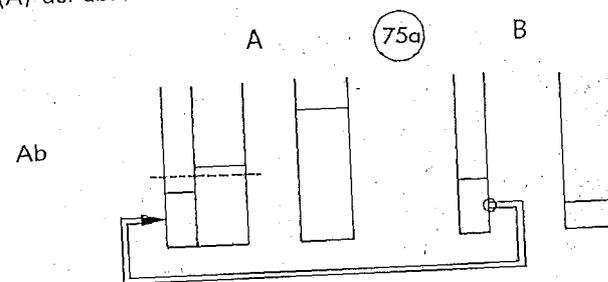
b) Modell mit sektoral unterschiedlichen Produktivitäten

Gehen wir noch einen Schritt weiter in unserer Analyse und untersuchen, welche Tendenzen sich ergeben bei Berücksichtigung unterschiedlicher

Branchen innerhalb eines Landes mit jeweils unterschiedlichen Produktivitäten. Dabei wollen wir, — wie schon früher — den Fall unterstellen, daß Land A in allen Weltmarktbranchen geringere Produktivität als Land B hat, wobei der Rückstand in der Branche a relativ geringer ist als in Branche b (vgl. hierzu nochmals Abb. 68). Im Ergebnis kam dabei heraus, daß Sektor a (B) auf dem Weltmarkt mit höheren Preisen erscheint als Sektor a (A), obwohl er absolut eine höhere Produktivität aufwies und nur über den Wechselkursmechanismus in eine schlechtere Situation geriet.

Nach unseren Betrachtungen zum Kapitalexport liegt es nun nahe, daß diese Branche a (B) versuchen wird, der über den Wechselkursmechanismus herbeigeführten Benachteiligung zu entgehen und ihrerseits Kapital in das Land mit geringerer Produktivität, also nach A zu exportieren. Abb. 75 soll uns helfen, die Auswirkungen eines derartigen Kapitalexports abzuleiten.

Abb. 75 a stellt zunächst dar, daß durch den Kapitalexport aus a (B) nach a (A) der absolute Produktivitätsvorsprung der Branche a (B), der über den

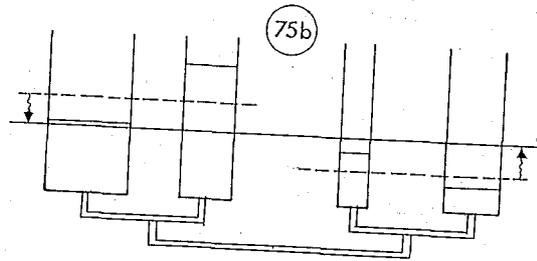


Wechselkursmechanismus ins Gegenteil verkehrt wurde, voll zum Tragen kommt gegenüber den rückständigeren Kapitalen in a (A). Dadurch wird — wie schon vorhin in Abb. 64 für das nationale Gesamtkapital von A abgeleitet — ein Druck in Richtung Produktivitätssteigerung ausgeübt (angedeutet durch den nach unten gerichteten Pfeil).

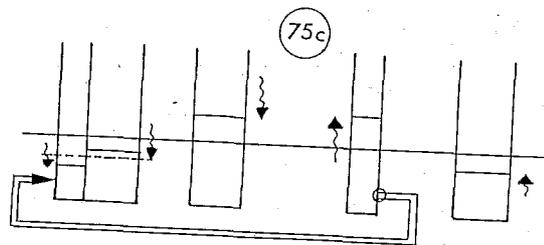
Abb. 75 b zeigt wieder die Ermittlung der (nunmehr leicht veränderten) nationalen Durchschnittsproduktivitäten und den sich daraus ergebenden Nivellierungsprozeß des Wechselkursmechanismus.

In Abb. 75 c wird dieser Wechselkurs wiederum angelegt an die aus Abb.

75 a hervorgehenden Preise der einzelnen Sektoren, wobei sich für die Sektoren in Land A der entsprechende Abwertungseffekt und für diejenigen



Abt



in B ein Aufwertungseffekt ergibt. Im Sektor a (A) haben wir dabei unterteilt zwischen dem Teil, in dem A-Kapital, und demjenigen, in dem über Auslandsinvestitionen B-Kapital angelegt ist.

Im Ergebnis dieser Ableitungen zeigt sich, daß – in Weltmarktpreisen gerechnet – nach wie vor die in A produzierten Waren a denjenigen überlegen sind, die in B produziert werden. Dadurch aber, daß aus der Branche a (B) Kapital exportiert wurde nach A, kommt nicht nur der absolute Produktivitätsvorsprung gegenüber a (A) zum Tragen, sondern darüberhinaus der für Land A günstige Wechselkursmechanismus, der über den Abwertungseffekt ein Zusammenschrumpfen der Inlandspreise auf dem Weltmarkt herbeiführt. Da das von B hineingepumpte ausländische Kapital in der Branche a (A) ohnehin produktivitätsmäßig überlegen ist, kann es auf dem Weltmarkt noch billiger anbieten als das einheimische Kapital in a (A).

2) Kapitalexport in rückständige Länder und Verbesserung der Weltmarktposition

Damit haben wir einen ganz wesentlichen Punkt herausgearbeitet: Wäh-

rend die unterdurchschnittlich produktiven Kapitale des fortgeschrittenen Landes durch den Wechselkursmechanismus auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig werden, können sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Kapitalexport in die produktivitätsmäßig jeweils wenig entwickelten Länder wiedergewinnen. Sie machen sich auf diese Weise nicht nur den Abwertungseffekt des schwächeren Landes zunutze, sondern können darüberhinaus (sofern vorhanden) auch ihren absoluten Produktivitätsvorsprung gegenüber der entsprechenden Branche des rückständigen Landes voll zur Geltung bringen. Auf diese Weise üben sie Druck in Richtung Produktivitätssteigerung auf diejenigen Kapitale aus, die sich vorher noch am Weltmarkt in einer überlegenen Position befanden. Busch drückt diesen Zusammenhang wie folgt aus:

„Branchen mit einem niedrigeren als dem mittleren Grad an Produktivität und Intensität der Arbeit, der den Rangpunkt der Nation in der Stufenleiter der universellen Arbeit bestimmt und durch den Wechselkurs der nationalen Währungen abgebildet wird, sind aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des internationalen Handels in ihrer Existenz bedroht, auch wenn sie mit an sich höherer Produktivkraft der Arbeit produzieren als ihre internationalen Konkurrenten. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit trotz des für sie nachteiligen Wechselkursgefälles zu garantieren, sind diese Anlagesphären des nationalen Kapitals entweder auf Schutzzölle angewiesen oder zur Auslagerung ihrer Produktion in Länder gezwungen, die einen niedrigeren Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen und daher einen größeren Wechselkursschutz genießen.“ (Busch, S. 102)

Da aber die Aufrechterhaltung von Zöllen schließlich durch die entgegengesetzten Interessen der fortgeschrittenen Kapitale immer mehr gefährdet ist (wie wir bereits herausgearbeitet haben), bleibt schließlich – nach eingetretener Liberalisierung des Welthandels – diesen Kapitalen nur der Weg des Kapitalexports. Busch fährt fort:

„Durch die Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigerem Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit können diese Kapitale ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen, weil sie durch Export aus diesen Ländern ebenfalls in den Vorteil der niedrigen Währungsparität kommen, die die weniger entwickelten Nationen vor der überlegenen Produktivkraft der höher entwickelten Nationen schützt.“ (Busch, S. 103)

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich auch, daß die Richtung der Kapitalexporte einseitig sein wird, und zwar vom produktivitätsmäßig höher entwickelten Land zum produktivitätsmäßig rückständigen Land. Den umgekehrten Fall wollen wir kurz hypothetisch betrachten: Würde etwa das b (A)-Kapital versuchen, seine Unterlegenheit auf dem Weltmarkt durch Kapitalexport nach B zu entgehen, so würde es aus dem Regen in die Traufe kommen. Denn erstens wäre es innerhalb von B noch viel ungeschützter der enormen Überlegenheit des b (B)-Kapitals ausgeliefert, und zweitens würde es in Weltmarktpreisen gerechnet zusätzlich noch unter den Einfluß des Aufwertungseffekts geraten, dem die B-Währung unterliegt, so daß die Preise auf dem Weltmarkt noch zusätzlich „hochgepumpt“ würden. (Wir verzichten darauf, diesen Fall im einzelnen grafisch abzuleiten.) Als Richtung der Kapitalexporte bleibt also nur diejenige von den höher entwickelten Nationen zu den produktivitätsmäßig weniger entwickelten.

3) Kapitalexport und internationale Angleichung der Produktionsbedingungen

Nun haben wir gesehen, daß die Branchen der weniger entwickelten Nationen durch die Kapitalzuflüsse unter starkem Konkurrenzdruck gesetzt werden, der sich allein aus dem Wechselkursmechanismus — jedenfalls für die weniger zurückgebliebenen Bereiche — auf dem Weltmarkt nicht ergeben hätte. Daraus folgt, daß diese nationalen Kapitale ein Interesse daran haben, den Zustrom ausländischen Kapitals zu unterbinden. Neusüß schreibt hierzu:

„So ist die Geschichte der Weltmarktbeziehungen der nationalen Kapitale auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch durch staatliche Einschränkung dieser Form des Kapitalexports des entwickelteren Landes gekennzeichnet. Wo aber dieser Form des Kapitalexports (besser: des Kapitalzustroms, nämlich aus der Sicht des zurückgebliebenen Landes, B.S.) keine staatlichen Schranken entgegengesetzt werden, wirkt sie umso vehementer in Richtung eines Ausgleichs der Produktionsbedingungen der Waren, also einer beschleunigten Entwicklung der Produktivkraft der weniger entwickelten Kapitale, wobei diese vom Nationalstaat selbst in der Förderung der

Kapitalkonzentration und -zentralisation, womöglich auch der Subventionierung von nationalen Einzelkapitalen, die unter dem Konkurrenzdruck des entwickelteren Kapitals zusammenzuberechen drohen, gestützt werden kann. Denn jetzt wird die Angleichung mit den fortgeschrittenen Kapitalen für die weniger entwickelten zu einer Bedingung des Überlebens.“ (Neusüß, S. 158 f)

Und Neusüß fährt fort:

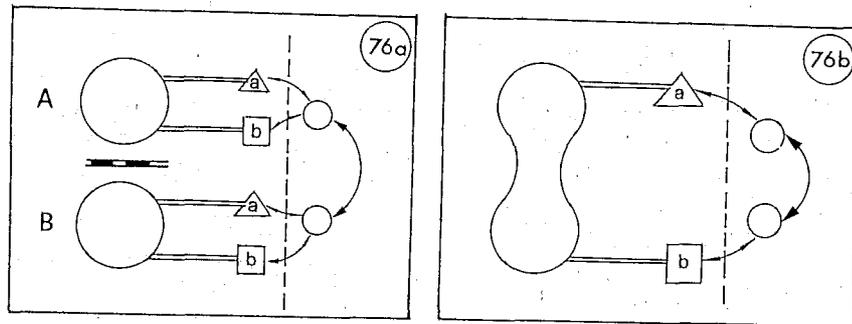
„Auf jeden Fall gleichen sich im Fall der Bildung multinationaler Konzerne die Produktionsbedingungen der Waren, die von diesen Konzernen produziert werden, auf Weltebene einander an, sei es durch Kapitalvernichtung, sei es durch Aufholen der zurückgebliebenen Kapitale. Die Kategorie der zur Produktion durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit wird zu einer Kategorie der Zirkulation und Produktion auf Weltmarktebene... Im multinationalen Konzern erfolgt die Internationalisierung des Kapitals als Internationalisierung des Produktionsprozesses der Waren und bleibt nicht mehr, wie noch vor dem Ersten Weltkrieg, bei der Internationalisierung von Waren- und Geldkapital stehen.“ (Neusüß, S. 159 f)

4) Die Herausbildung eines reellen Gesamtkapitals auf Weltmarktebene

Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt des letzten Kapitels angelangt. Es ging ja darum aufzuzeigen, daß der Widerspruch zwischen national gegeneinander abgeschotteten Produktionssphären einerseits und der Internationalisierung der Warenzirkulation andererseits Formen hervorbringt, die auf Überwindung dieses Widerspruchs hindrängen und schließlich auch zur Internationalisierung der Mehrwertproduktion führen. Diese Tendenzen haben wir in den vorangegangenen Abschnitten abgeleitet. Sie bestehen darin, daß über Kapitalexporte in Form von Direktinvestitionen, d.h. durch Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland, bestimmte Verwertungsschwierigkeiten der Kapitale des fortgeschrittenen Landes umgangen werden können, daß sich dadurch aber gleichzeitig ein verstärkter Druck auf die Kapitale des zurückgebliebenen Landes ergibt, der in der

Richtung einer Produktivitätssteigerung innerhalb des rückständigen Landes wirkt, d.h. in Richtung einer Angleichung der zunächst sehr unterschiedlichen Produktivitätsbedingungen zwischen den einzelnen Nationen. Insofern sind die Produktionsprozesse in den einzelnen Ländern schließlich nicht mehr als unabhängig voneinander und als gegeneinander abgeschottet zu betrachten, sondern verwachsen in der Form multinationaler Konzerne zunehmend miteinander. Indem zur Internationalisierung der Mehrwertrealisierung nun auch — jedenfalls der Tendenz nach — eine Internationalisierung der Mehrwertproduktion tritt, können wir von einer zunehmend sich durchsetzenden *Tendenz zur Internationalisierung der Kapitalverwertung* insgesamt sprechen. Anders ausgedrückt: von der tendenziellen Herausbildung eines „reellen Gesamtkapitals auf Weltmarktebene“.

Wenn wir in unserer Grafik die eingezeichneten Ballons auffassen als zunächst nationale und voneinander geschiedene Kapitale, so läßt sich die Entwicklung von der Internationalisierung der Warenzirkulation hin zur Internationalisierung der Mehrwertproduktion wie folgt symbolisieren (Abb. 76 a):



In Abb. 76 b ist gleichzeitig angedeutet die Tendenz zur Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung, d.h. einer Spezialisierung der einzelnen Länder auf diejenige Branche, wo der Produktivitätsvorsprung relativ am höchsten ist (bei den fortgeschrittenen Ländern) bzw. der Produktivitätsrückstand relativ am geringsten ist (bei den rückständigen Ländern). In unserem Beispiel konzentriert sich Land A zunehmend auf die Herstellung von a, Land B auf die Herstellung von b (wie wir in unseren Modellen abgeleitet hatten).

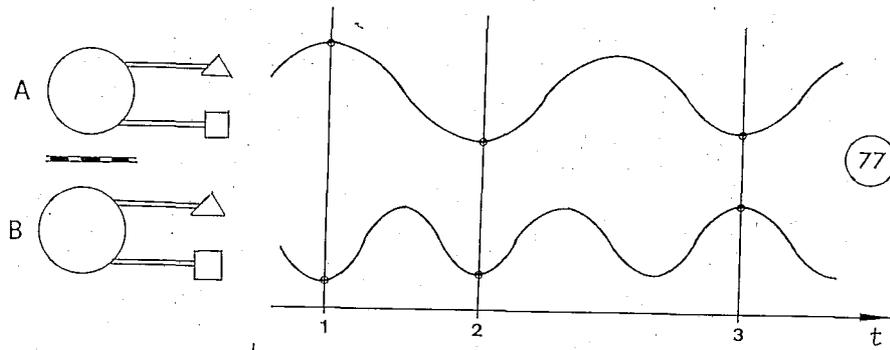
5) Internationalisierung der Kapitalverwertung und zyklische Bewegung des Weltkapitals

Wenn die These einer tendenziellen Internationalisierung der Kapitalverwertung (Mehrwertproduktion und -realisierung) zutrifft — und verschiedene marxistische Autoren haben versucht, diese These empirisch zu untermauern, insbesondere anhand der Daten über die sich angleichenden Produktivitätsbedingungen und die Richtung der Kapitalströme (vgl. Neusüß/Blanke/Altwater: Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Prokla 1; Neusüß, Ch.: Imperialismus und Weltmarktbevogung des Kapitals, a.a.O.; Busch: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbevogung des Kapitals, a.a.O.; Busch/Schöllner, Seelow: Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1971) — dann folgt daraus ja auch eine veränderte Betrachtung der Krisenentwicklung im Weltmaßstab:

a) Asynchrone zyklische Bewegungen der nationalen Kapitale (bei national voneinander geschiedener Mehrwertproduktion)

Aus unseren früheren Ableitungen zum Krisenmechanismus hatte sich ja ergeben, daß es periodisch zu Kapitalverwertungskrisen im nationalen Maßstab kommt. Solange nun die einzelnen Nationen bezüglich ihres Produktionsprozesses voneinander abgeschottet sind, solange also einzelne isolierte nationale Kapitale existieren, ergibt sich der jeweils nationale Krisenzyklus aus den spezifischen Bedingungen, denen die nationalen Kapitale in ihren Verwertungsbedingungen unterliegen. Daraus können sich zyklische Schwankungen (Wechsel zwischen Aufschwung und Krise) ergeben, die sowohl in ihrer Länge als auch (bei gleicher Länge) im Zeitpunkt des Eintretens der Krise voneinander abweichen. In Abb. 77 fällt z.B. zum Zeitpunkt t_1 eine Hochkonjunktur in Land A zeitlich zusammen mit einer Krise in B, während zum Zeitpunkt t_2 beide Länder gleichzeitig sich in der Krise befinden und in t_3 der Krise in A eine Hochkonjunktur in B gegenübersteht. Wenn wir uns nicht nur zwei Länder, sondern eine größere Anzahl von Weltmarktländern vorstellen, so ist es — bei national voneinander unabhängigen Krisenzyklen — unwahrscheinlich, daß in sämtlichen Ländern die Krise zum gleichen Zeitpunkt eintritt. Während einige Länder sich in der Krise oder kurz davor oder danach befinden, dürften andere Länder gerade einen Aufschwung durchmachen oder sich in der Hochkon-

junktur befinden. Eine Situation wie in t_2 ist also bei einer Vielzahl von einander unabhängiger nationaler Kapitale unwahrscheinlich.



b) Dämpfung nationaler zyklischer Bewegungen durch internationale Warenzirkulation

Wenn nun die einzelnen nationalen Kapitale lediglich über die Warenzirkulation international zueinander in Beziehung stehen (Austausch der national produzierten Waren auf dem Weltmarkt über Export/Import), so führt der asynchrone Verlauf der jeweils nationalen Konjunkturzyklen sogar dazu, daß der Abschwung in einem Land aufgrund einer gleichzeitigen Hochkonjunktur in einem anderen Land gedämpft werden kann – sofern diese beiden Länder in Außenhandelsbeziehungen zueinander stehen. Der Hintergrund (den wir hier nur kurz andeuten wollen) ist grob gesagt folgender:

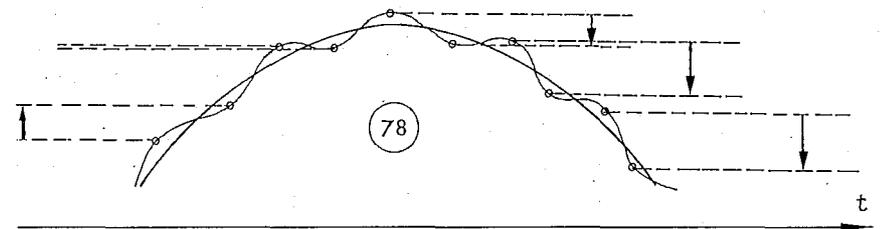
Werden im Abschwung (etwa in Land B) die Preise gesenkt bzw. steigen weniger an, während sie in A aufgrund der Hochkonjunktur stark ansteigen, dann verbessern sich auf dem Weltmarkt die Realisierungschancen des B-Kapitals, so daß auf diese Weise die konjunktuelle Abwärtsbewegung – über vergrößerte Exporterlöse – etwas aufgefangen werden kann. Hinzukommt, daß in A bei angespannter Konjunkturlage die Kapazitäten knapp werden und auch von daher eine zunehmende Nachfrage etwa nach Elementen des konstanten Kapitals im Ausland (hier in B) entsteht. Allein schon dieser Mechanismus (es gibt noch weitere) wirkt in der Richtung einer Dämpfung des Abschwungs in B. Von daher kann allgemein gesagt werden, daß ein asynchroner Konjunkturverlauf in den Weltmarktländern tendenziell mit dazu beiträgt, den Durchbruch der jeweils nationalen Verwertungskrisen abzuschwächen.

c) Reelles Weltgesamtkapital und Weltmarktkrise

Je mehr nun aber die einzelnen nationalen Kapitale über den Prozeß der Internationalisierung der Mehrwertproduktion zu einer Einheit zusammenwachsen, umso weniger können die „Pulsschläge“ ihrer periodisch auftretenden Verwertungskrisen voneinander unabhängig bleiben, umso mehr müssen sich die zyklischen Bewegungen synchronisieren. Jedenfalls werden sie zunehmend überlagert durch die autonomen Bewegungen und Schwankungen des sich nach und nach auf Weltmarktebene herausbildenden realen Gesamtkapitals, das nunmehr zunehmend seinen immanenten Bewegungsgesetzen als Kapital – ohne Rücksicht auf nationale Grenzen – unterliegt. Hierzu schreiben Neusüß/Blanke/Alt Vater:

„Bewegen sich nun jeweils relevante Teile des nationalen Gesamtkapitals auf dem Weltmarkt, so ergibt sich daraus, daß die nationalen Zyklen von Weltmarktzyklen überlagert werden müssen, welche selbst sich modifizierend auf die zyklische Bewegung der nationalen Kapitale auswirken müssen. Solange sich das Weltkapital in der aufsteigenden Phase seines Zyklus bewegt, bilden die Krisen der nationalen Kapitale nur begrenzte Prozesse, welche von der Weltmarktbeziehung des Kapitals wieder aufgefangen werden können. Die Eklats der nationalen Gesamtkapitale werden weniger scharf und daher leichter überwindbar sein. Auf der anderen Seite werden sich Krisen der nationalen Kapitale verschärfen, wenn der Weltmarktzyklus seinem Ende zuneigt, wenn die Krise als gewaltsame Form der Durchsetzung des Wertgesetzes für das zum Weltmarktkapital sich entwickelnde Kapital herangereift ist (Neusüß/Blanke/Alt Vater: Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, a.a.O., S. 20)

Abb. 78 soll diesen Gedankengang verdeutlichen: Die lange Welle symbolisiert die zyklische Bewegung des Weltmarktkapitals, während die kurzen Wellen die Bewegung eines nationalen Kapitals darstellen. Fällt ein Ab-



schwung des nationalen Kapitals zusammen mit einem Aufschwung des Weltmarktkapitals, so kann er — durch die Überlagerung der beiden Bewegungen — sehr schwach ausfallen und u.U. nur eine Verlangsamung im Wachstum der Produktion („Rezession“), nicht aber einen absoluten Produktionsrückgang beinhalten. Bereits dann, wenn sich der Aufschwung des Weltmarktkapitals abschwächt, schlagen sich die nationalen Krisen in absoluten Produktionsrückgängen nieder. Noch mehr verschärft sich die Situation dann, wenn das Weltmarktkapital insgesamt in die Krise gerät: dann bedeutet jeder nationale Abschwung einen von Zyklus zu Zyklus sich verstärkenden absoluten Produktionsrückgang, die einzelnen Krisen werden von Mal zu Mal schärfer und münden schließlich ein in eine allgemeine Weltmarktkrise, die sämtliche nationalen Kapitale tief mit in den Strudel reißt. Neusüss:

„Es handelt sich dann um eine *wirkliche Weltmarktkrise* insofern, als sie ihre Grundlage im Prozeß der reellen Herausbildung eines Weltmarktkapitals hätte. Sie hätte damit eine andere Qualität als solche Krisen, welche aus der Bewegung eines nationalen Kapitals hervorgehen und welche sich mehr oder weniger heftig — vermittelt über die internationale Zirkulation — auf andere Länder ausbreiten.“ (Neusüss: Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, S. 187)

d) Die langsamere zyklische Bewegung des Weltmarktkapitals

Nun haben wir allerdings einfach unterstellt, daß die zyklische Bewegung des Weltmarktkapitals sich über längere Zeiträume erstreckt als diejenige der nationalen Kapitale. Wieso sollte das Eintreten der Weltmarktkrise länger auf sich warten lassen als das Eintreten einer nationalen Verwertungskrise? Neusüss erklärt dies damit, daß auf Weltmarktebene die dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkenden Momente stärker zum Tragen kommen, als dies im nur nationalen Rahmen möglich wäre, daß sie aber schließlich das Durchsetzen dieser Tendenz dennoch nicht verhindern können. U.a. führt sie in diesem Zusammenhang an:

da) Die mit der Herausbildung der internationalen Arbeitsteilung verbundene Senkung im Wert des konstanten und variablen Kapitals bei gleichzeitiger Mehrwertsteigerung aufgrund wachsender Produktivität. (Neusüss, S. 184)

db) „Die Konkurrenz der weniger entwickelten mit den entwickelteren nationalen Kapitalen kann zur Bezahlung der Arbeitskraft unter Wert führen“ (Neusüss, S. 185), und zwar dadurch, daß die jeweils rückständigen nationalen Kapitale versuchen, ihren Rückstand auf dem Weltmarkt über verstärkte Ausbeutung der heimischen Arbeitskraft bzw. Herunterdrücken der Löhne unter die Reproduktionskosten — d.h. über erhöhte Mehrwertproduktion und forcierte Akkumulation — wettzumachen.

dc) Die zur Akkumulation bereitstehenden Mittel werden nicht in inländischen Bereichen eingesetzt (wo sie eine wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals zur Folge hätten und damit tendenzielles Absinken der Profitrate), sondern werden als Kapital exportiert. „Durch die Möglichkeit des Kapitalexports wird der Zwang zur Vortreibung des technischen Fortschritts gemildert. Der Kapitalismus entwickelt sich in der Breite statt in der Tiefe.“ (Neusüss, S. 185)

Alle diese Momente bewirken nach Neusüss, daß die Durchsetzung der Tendenz zur fallenden Profitrate auf Weltmarktebene zwar gehemmt, aber dennoch an ihrer schließlichen Durchsetzung nicht gehindert wird. Neusüss:

„Von entscheidender Bedeutung ist jetzt aber die Tatsache, daß alle in der Geschichte der Herstellung des Weltmarkts durch das Kapital wirksam werdenden Momente, welche dem Fallen der Profitrate zunächst entgegenwirken, diesen Fall früher oder später schlagende hervortreten lassen müssen.“ (Neusüss, S. 186)

Je mehr sich nämlich auf Weltmarktebene so etwas wie ein reelles Gesamtkapital herausbildet, umso mehr entfallen — für dieses Kapital insgesamt betrachtet — Möglichkeiten, die Verwertungskrise „nach außen“ abzuwälzen. Denn ein „außen“ existiert zwar für einzelne nationale Kapitale, nicht aber für das Weltmarktkapital insgesamt. Wenn alle produktiveren nationalen Kapitale versuchen, über Kapitalexporte der Verwertungskrise zu entgehen, stellen sie damit auf höherer Ebene genau die Bedingungen her, die zu einem schließlichen Durchbruch der Krise im Weltmaßstab führen müssen: Denn durch die über Kapitalexporte vermittelte Angleichung in den Produktionsbedingungen der einzelnen nationalen Kapitale ist eine weitere Kapitalakkumulation auf Weltebene schließlich nur noch möglich durch wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals insgesamt. Neusüss:

„Insgesamt bedeutet der Prozeß eine progressive Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals auf Weltmarktebene. Der Ausgleichungsprozeß impliziert also den Prozeß der Senkung der Profitrate für das *ganze* auf dem Weltmarkt fungierende Kapital. Das bedeutet aber, daß die mit Notwendigkeit im Akkumulationsprozeß des Kapitals sich entwickelnden und anhäufenden Widersprüche nicht mehr partielle Lösungen, sei es durch nationale Krisen, sei es durch Staatseingriffe, finden können, sondern, daß der allgemeine Fall der Profitrate auf die allgemeine Krise auf Weltmarktebene hintreibt.“ (Neusüß, S. 186)

IV. Monopolisierung oder Weltmarkt看egung des Kapitals als Ursache sich verschärfender Krisen?

Wir müssen uns darüber klar sein, daß der hier wiedergegebene theoretische Ansatz eine prinzipiell andere Erklärung der großen Weltwirtschaftskrisen dieses Jahrhunderts (1929 ff, 1965 ff) anbietet als diejenigen Ansätze, die den Hauptgrund der tiefen und langanhaltenden Depressionen in der Herausbildung monopolistischer Strukturen sehen (etwa Huffs Schmid). Nicht in der Monopolisierung wird die Hauptursache für die veränderte Form der zyklischen Krise gesehen, sondern in der Herausbildung eines realen Gesamtkapitals auf Weltmarktebene seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Während bis dahin das englische Kapital eine solche Vormachtstellung auf dem Weltmarkt hatte, daß sich dessen Schwankungen automatisch auf den Weltmarkt übertragen und den über den Weltmarkt vermittelten Krisen sein Gepräge gab, haben sich — so Neusüß — die Verhältnisse zwischen nationalen Kapitalen und Weltmarkt seit Ende des 19. Jahrhunderts umgekehrt: indem das zu einem realen Gesamtkapital sich entfaltende Weltmarktkapital nunmehr seine eigenen zyklischen Schwankungen hervorbringt, drückt es seinerseits den nationalen Kapitalbewegungen den Stempel seiner eigenen Bewegung auf und beeinflußt Ausmaß und Dauer der nationalen Krisen. Neusüß:

„Nicht die Ablösung des Konkurrenz- durch den Monopolkapitalismus kann demnach umstandslos für die Erklärung der neuen Erscheinungsformen der Kapitalbewegung auf Weltmarktebene seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts herangezogen werden, sondern diese Phase muß unter

dem Gesichtspunkt analysiert werden, daß in ihr die Brechung des englischen Weltmarktmonopols (zunächst durch das deutsche und amerikanische Kapital, B.S.) erfolgte und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt sich als Konkurrenz der großen nationalen Kapitale entfaltete. Nicht daß sich das Kapital von seinem Begriff entfernt und als Monopolkapital eine neue Qualität annimmt, würde die Entwicklung kennzeichnen, sondern daß es historisch den Weltmarkt, welcher in seinem Begriff enthalten ist, wirklich hervorbringt und daß bei Kapitalkonkurrenz zur Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt wird.“ (Neusüß, S. 199)

Bereits 1971 stellten Neusüß/Blanke/Altvater — auf der Grundlage der hier wiedergegebenen Überlegungen — eine Prognose auf, die sich durch die hervorbringt und daß die Kapitalkonkurrenz zur Konkurrenz der nationaligt hat. Sie schrieben damals:

„Träfe unsere These zu, so müßte die volle Entfaltung des Weltmarkts seit den 50er Jahren früher oder später in einer Weltmarktkrise enden, in welcher sich gewaltsam die Durchsetzung des Wertgesetzes auf Weltmarktebene vollzieht . . . Für die Währungskrisen der letzten Jahre sowie für die gegenwärtige wäre die Frage zu stellen, ob sie erste Anzeichen des Niedergehens der Weltmarktkonjunktur sind.“ (Neusüß/Blanke/Altvater, S. 21)

Inzwischen ist der Kapitalismus im Weltmaßstab in eine Krise hineingertreten, die die schwerste seit der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre ist . . .

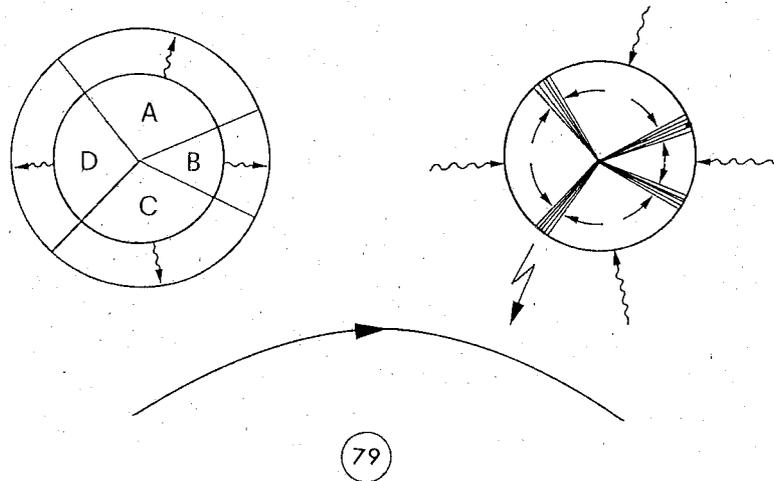
V. Weltmarktkrise, Nationalstaat und Zerfall des Weltmarkts

Nachdem wir nun abgeleitet haben, daß sich in verschiedenen Etappen — zunächst internationale Warenzirkulation, Abbau von Zöllen usw, dann über Kapitalexporte Internationalisierung der Mehrwertproduktion — tendenziell ein reales Gesamtkapital auf Weltmarktebene herausbildet und die Verwertungskrise auf Weltmarktebene hervorbringt, gilt es nun zu untersuchen, wie die Existenz von Nationalstaaten sich in der Abschwungphase des Weltmarktkapitals geltend macht. Denn schließlich müssen wir ja bedenken, daß trotz Internationalisierung von Mehrwertrealisierung und -pro-

duktion die einzelnen Nationen nach wie vor durch unterschiedliche Währung sowie jeweils nationalstaatliche Gesetzgebung und Politik voneinander geschieden sind. Sobald die Krise auf Weltmarktebene hereinbricht, kommt die Möglichkeit des Nationalstaats besonders zum Tragen, eine in erster Linie an den Interessen des nationalen Kapitals orientierte Politik zu betreiben.

1) Weltmarktkrise und verschärfter Konkurrenzkampf der nationalen Kapitale gegeneinander

Genau wie im nationalen Bereich bei Ausbruch der Krise ein Wettlauf der Einzelkapitale um die schrumpfenden Realisierungsmöglichkeiten einsetzt, genauso versuchen die einzelnen nationalen Kapitale, möglichst ungeschoren aus der Weltmarktkrise hervorzugehen. Dem Nationalstaat fällt insoweit die Aufgabe zu, die Interessen des nationalen Kapitals gegenüber den Konkurrenten am Weltmarkt zu verteidigen, mit welchen Mitteln auch immer. Während es in der Aufschwungphase des Weltmarktkapitals – grob gesprochen – lediglich darum geht, einen „wachsenden Kuchen“ (Weltmarkt)



unter den Kapitalen mehrerer Länder aufzuteilen (so daß jedes nationale Kapital expandieren konnte, ohne andere nationale Kapitale an ihrer Expansion zu hindern – Abb. 79 a), kommt es mit Ausbruch der Weltmarktkrise des Kapitals für jedes nationale Kapital darauf an, die Position am Weltmarkt möglichst zu halten (was bei „schrumpfendem Kuchen“ nur auf Kosten der anderen nationalen Kapitale möglich ist – vgl. Abb. 79 b).

2) Nationalstaatliche Politik nach innen und außen im Interesse nationaler Kapitale

Aus diesen wenigen Überlegungen wird deutlich, daß die hereinbrechende Weltmarktkrise einen „Kampf bis aufs Messer“ zwischen den einzelnen nationalen Kapitalen auslösen wird, bzw. – als deren Sachwalter – zwischen den einzelnen Nationalstaaten. Um die jeweils nationalen Kapitale vor den Auswirkungen der Weltmarktkrise möglichst zu schützen, werden sie zu Mitteln Zuflucht nehmen, die darauf gerichtet sind, die Verwertungsbedingungen „ihres“ Kapitals mit einem abgestuften Katalog von Maßnahmen – zur Not unter Anwendung innerer und/oder äußerer Gewalt – möglichst sicherzustellen.

Die erschwerten Realisierungsbedingungen auf dem Weltmarkt können z.B. dazu herhalten, eine vom Staatsapparat gegenüber der Arbeiterklasse durchgesetzte verschärfte Repression zu begründen. Dahinter kann das Ziel stecken, durch ein Herabdrücken der Löhne und Sozialleistungen die Aufwendungen für variables Kapital zu senken, um das inländische Kapital auf diese Weise in die Lage zu versetzen, die Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu unterbieten und sich so die Realisierungsmöglichkeiten zu erhalten. Verschärfte politische Repression kann in diesem Zusammenhang dazu dienen, den in der Arbeiterklasse aufkommenden Widerstand zu brechen. – Das Überschwemmen des Weltmarkts mit billigen Waren kann in anderen Ländern – als Schutzmaßnahme – die Errichtung von Zollmauern hervorrufen, die im Gegenzug ebenfalls mit der Errichtung von Zollmauern beantwortet werden. Schließlich werden einige Nationen dazu übergehen, sich vor dem Eindringen ausländischer Kapitale in die eigene Sphäre der Produktion und Realisierung zu schützen, etwa durch Einführung von Kapitalverkehrsbeschränkungen, die bis zur völligen Blockierung

internationaler Kapitalströme führen können. Wenn all dies nicht reicht, kann schließlich auf militärischem Weg versucht werden, bestimmte Absatzmärkte bzw. Anlagefelder für das nationale Kapital abzusichern. M.a. W.: Die sich verschärfende Weltmarktkrise des Kapitals mündet unweigerlich in eine Verschärfung der Konflikte sowohl innerhalb der Nationen als auch zwischen den Nationalstaaten (bzw. Blöcken von Nationalstaaten oder Wirtschaftsgemeinschaften), die ihre zugespitzteste Form im militärisch ausgetragenen Konflikt haben.

3) Verschärfte Konflikte zwischen Nationalstaaten und Zerfall des Weltmarkts

Das schon fast zu einer Einheit zusammengewachsene Weltmarktkapital zerfällt im Zuge der hereinbrechenden Weltmarktkrise und aufgrund der dann einsetzenden nationalstaatlich orientierten Politik wieder in einzelne voneinander isolierte Teile, die sich hinter einem Schutzwall protektionistischer Maßnahmen gegenüber der Weltmarktkonkurrenz abzuschirmen versuchen und ihrerseits mit ihren Realisierungsversuchen an eben diesen Schutzwällen der anderen Nationen abprallen. In der Summe kommt das ursprüngliche Weltkapital nicht darum herum, die zu seinem Wiederaufschwung notwendigen Entwertungsprozesse zu vollziehen. Im Kampf der einzelnen nationalen Kapitale bzw. dem entsprechenden Kampf der Nationalstaaten gegeneinander kommt es schließlich nur noch darauf an, welchen Teil die größten Lasten der notwendigen Entwertung, der notwendigen Kapitalvernichtung treffen.

4) Weltmarktkrise und politische Krise

Diese Frage entscheidet sich schließlich auf politischem (und gegebenenfalls auf militärischem) Gebiet, wobei selbstverständlich die politische Macht einer Nation wesentlich begründet ist durch ihre ökonomische Stärke. Neusüß:

„Die Konkurrenz als ‚Kampf der feindlichen Brüder‘ kann auf der Ebene des Weltmarkts umschlagen in den Kampf mit allen Mitteln, tendenziell bis hin zum Krieg und Weltkrieg. Ruhe und Ordnung als Voraussetzung für den bürgerlichen Tauschverkehr bzw. die Kapitalverwertung ist auf dem Weltmarkt nie in der berechenbaren und einklagbaren Weise gesichert, wie das auf dem nationalen Markt vom Staat, vom „Rechtsstaat“, garantiert wird; auf dem Weltmarkt besteht vielmehr immer die Möglichkeit eines Rückfalls in ‚unzivilisierte‘, nämlich vorbürgerliche Formen der Aneignung (z.B. durch Raub oder Vernichtung von Gütern und Menschen, Sklaverei, zumindest aber Protektionismus und Autarkie, also politische Beschränkung oder Zerstörung des Weltmarktzusammenhangs). Anders ausgedrückt: Die Krise des Kapitals als Weltkapital ist nicht bloß *Weltwirtschaftskrise*, sondern im Maß ihrer Zuspitzung zugleich *politische* Krise und Zusammenbruch einer schon erreichten Entwicklungsstufe kapitalistischer Produktion, bis hin zum Krieg – oder zur Revolution.“ (Neusüß, S. 189)

5) Liberalisierung im Aufschwung des Weltmarktkapitals – Protektionismus in der Weltmarktkrise

Aus den vorangegangenen Überlegungen wird verständlich, daß längere Phasen der Liberalisierung der Weltmarktbeziehungen (durch Abbau von Zöllen, von Kapitalverkehrsbeschränkungen und Beschränkungen in der internationalen Mobilität der Arbeitskraft) schließlich wieder abgelöst werden durch Phasen, in denen der inzwischen hergestellte Weltmarktzusammenhang über protektionistische Maßnahmen tendenziell wieder zerstört wird, in denen also auch das reelle Gesamtkapital wieder zerfällt in einzelne voneinander geschiedene nationale Kapitale. Erst wenn über die oben geschilderten Mechanismen die Entwertung des Kapitals im Weltmaßstab ein Ausmaß erreicht hat, wo die einzelnen nationalen Kapitale wieder beginnen zu expandieren und über die Grenzen ihres eigenen Reproduktionszusammenhangs im Weltmaßstab hinausdrängen, entstehen von neuem die Tendenzen, die wir anfangs im Zusammenhang unserer Abhandlung herausgearbeitet haben; nämlich Tendenzen der Liberalisierung des Welthandels und der internationalen Kapitalbeziehungen. Die einzelnen nationalen Kapitale beginnen wieder, auf den Weltmarkt zu drän-

gen, den Weltmarkt zu entfalten und schließlich neuerlich zur Herausbildung eines reellen Gesamtkapitals auf Weltmarktebene voranzutreiben — bis zur nächsten Weltmarktkrise.

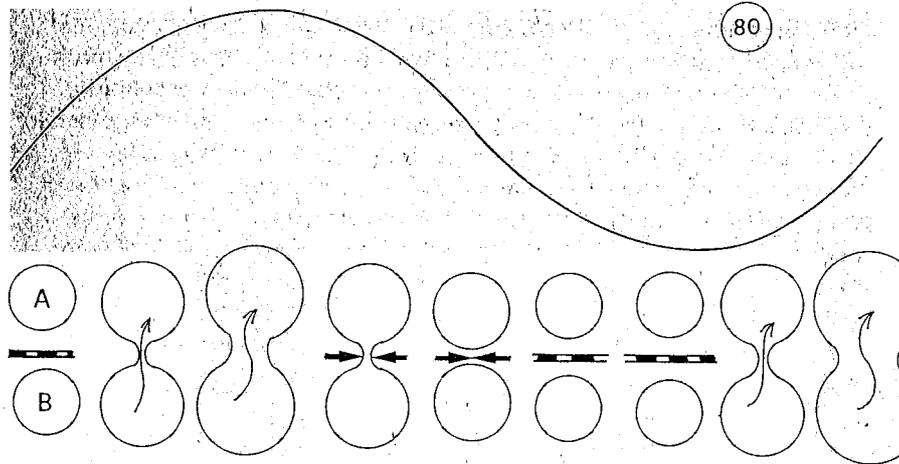


Abb. 80 soll diesen Phasenwechsel (in Anlehnung an Abb. 76 a, b) symbolisch verdeutlichen: Im Aufschwung des Weltmarktkapitals ergibt sich tendenziell ein Zusammenwachsen der ursprünglich voneinander geschiedenen nationalen Kapitale zu einem reellen Weltmarktkapital, das aber — bevor es ganz zur Ausbildung kommt — aufgrund der hereinbrechenden Weltmarktkrise wieder in einzelne national voneinander geschiedene Kapitale zerfällt.

M. STAAT UND KAPITALVERWERTUNG

I. Die Funktionen des Staates im Kapitalismus

Die Rolle des Staates im Zusammenhang mit dem Verwertungsprozeß des Kapitals wurde von uns zwar an einigen Stellen kurz angedeutet, bisher aber nicht systematisch behandelt. Im Gegenteil sind wir bisher fast ausschließlich von der Annahme ausgegangen, daß es staatliche Eingriffe in den Reproduktionszusammenhang des Kapitals nicht gibt. Lediglich im Zusammenhang mit dem „Kampf um den Normalarbeitstag“ wurde erwähnt, daß aufgrund der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen die Durchsetzung eines kürzeren Arbeitstages nicht von einzelnen Kapitalen geleistet werden konnte, sondern nur von einer über die kurzfristigen Interessen der Einzelkapitale sich hinwegsetzenden Instanz, dem bürgerlichen Staat, der gleichwohl auf diese Weise den langfristigen Verwertungsinteressen des Gesamtkapitals Rechnung trägt. — Des Weiteren war vom Staat die Rede im Zusammenhang mit der Erörterung des Weltmarkts, wo der Nationalstaat als Interessenvertreter des nationalen Gesamtkapitals fungiert, um die Konkurrenzposition des nationalen Kapitals am Weltmarkt möglichst abzusichern. In diesem Zusammenhang hatten wir sowohl die Zollpolitik erwähnt als auch nach außen gerichtete politische oder militärische Maßnahmen, aber auch nach innen gerichtete Maßnahmen, sei es zur Hebung der Produktivität oder zur Repression der Arbeiterklasse zwecks Sicherung der Reproduktionsbedingungen des nationalen Kapitals.

Bei diesen oberflächlichen und partiellen Andeutungen können wir es nicht belassen, zumal die Bedeutung des Staates im Zusammenhang mit dem Reproduktionsprozeß des Kapitals in diesem Jahrhundert, insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise nach 1929, in allen kapitalistischen Ländern ganz erheblich gewachsen ist. Die wachsende Bedeutung drückt sich allein schon im wachsenden Anteil des Staates am gesellschaftlichen Gesamtprodukt aus, aber auch darin, daß vom Staat die Regulierung gesamtwirtschaftlicher Abläufe erwartet wird, sei es in Form der Konjunkturpolitik zur Abmilderung zyklischer Schwankungen, sei es in Form einer Wachstumspolitik zur Gewährleistung der Bedingungen eines langfristigen Wachstums der Produktion oder einer Strukturpolitik zur Behebung von Strukturkrisen.

Es hieße, bei der theoretischen Analyse der heutigen realen Verhältnisse auf halben Wege stecken bleiben, wollte man die Funktion des Staates und ihre Bedeutung für den Reproduktionszusammenhang des Kapitals aus der Betrachtung ausklammern. Man würde sich zu Recht den Vorwurf einhandeln, an einer Theorie festzuhalten (der Marxschen nämlich), die aufgrund der veränderten Bedingungen des kapitalistischen Systems im Zusammenhang mit der wachsenden Rolle des Staates u.U. überhaupt nicht mehr anwendbar ist. Eröffnet die wachsende Staatstätigkeit nicht völlig neue Perspektiven für eine langfristige Entwicklung des Kapitalismus? Bedeutet nicht die staatliche Konjunkturpolitik eine Chance zur Überwindung der zyklischen Schwankungen und zur Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit? Impliziert nicht die staatliche Sozialpolitik einen Abbau sozialer Spannungen, eine Überwindung der Klassegegensätze? Ist also — anders ausgedrückt — Marx nicht längst überholt, wenn es etwa um die Analyse der „sozialen Marktwirtschaft“ in der BRD geht? Was bringt es denn, immer wieder von den immanenten Gesetzen der Kapitalverwertung zu reden, wenn diese u.U. längst durch staatliche Eingriffe unter Kontrolle gebracht oder aufgehoben worden sind? Derlei Fragen drängen auf eine systematische Behandlung der Rolle des Staates im Zusammenhang mit der Kapitalverwertung. Es gilt herauszuarbeiten, worin überhaupt die Hintergründe dafür liegen, daß dem Staat bestimmte Funktionen zugewachsen sind, und inwieweit die Staatstätigkeit die immanenten Gesetze der Kapitalverwertung durchbrechen oder modifizieren kann, oder inwieweit der Staat mit seiner Politik selbst eingebannt ist in die Zwänge, die sich aus der Logik der Kapitalbewegung heraus ergeben.

1) Der Staat als Instanz zur Latenthaltung von Klassenkonflikten

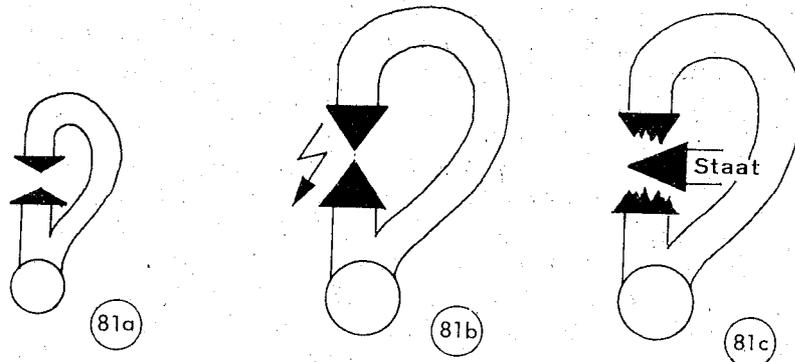
In unseren Ausführungen zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise hatten wir ja herausgearbeitet, daß die Kapitalakkumulation zu einer immer stärkeren Polarisierung zwischen Lohnarbeit auf der einen Seite und Kapital auf der anderen Seite führte, die sich zuspitzte in dem Zwang der Einzelkapitale, über verlängerte Arbeitszeiten ein Maximum an absolutem Mehrwert aus der Lohnarbeit herauszuziehen. Der Druck des Kapitals auf die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse wurde so stark, daß die Arbei-

terklasse zunehmend mit organisiertem Widerstand reagierte. Die sich so herausbildenden und verschärfenden Klasseauseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse einerseits und Kapitalistenklasse andererseits machten es aus dem langfristigen Gesamtinteresse des Kapitals heraus erforderlich, Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu ergreifen und der Stoßkraft der Arbeiterbewegung möglichst die Spitze zu brechen. In diesem Zusammenhang sind die Maßnahmen des Staates auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu sehen. Hierzu schreibt Joachim Hirsch:

„Die mit der fortschreitenden Durchsetzung des Kapitalverhältnisses wachsende politische und ökonomische Stärke der Arbeiterklasse ist wesentliche Grundlage der sich ausweitenden ‚sozialstaatlichen‘ Staatsintervention. Die Einführung sozialer Sicherungsmaßnahmen (Arbeitsschutz, Unfall-, Krankheits- und Altersversorgung, Sozialhilfe usw.) ist zwar eine unmittelbare Folge der Veränderung des Arbeitsprozesses (wachsender physischer und psychischer Verschleiß der Arbeitskraft) und der Auflösung traditioneller Reproduktions- und Sicherungsformen der Lohnarbeit (halbagrarische Familienstrukturen und Produktionsweisen, private Wohltätigkeit) . . . Gleichwohl müssen diese sozialstaatlichen Elemente — auch wenn sie im objektiven Interesse des Kapitals liegen . . . von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen gegen den Widerstand der Bourgeoisie erkämpft werden. Historisch erweisen sich die schrittweisen und partiellen Erfolge der Arbeiterklasse bei der Sicherung und Verbesserung ihrer Arbeits- und Reproduktionsbedingungen mit Hilfe des Staatsapparats und innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft als ein wesentliches Moment der sozialen Befriedung und des Latenthaltens von Klassenkämpfen. (Joachim Hirsch: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt 1974, S. 53 f)

Die folgenden Abbildungen sollen den Zusammenhang symbolisch widerspiegeln: Der Schritt von Abb. 81 a zu Abb. 81 b will andeuten, daß im Zuge der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der Vortreibung der Kapitalakkumulation die Klassegegensätze und Klasseauseinandersetzungen sich verschärfen (ausgedrückt in den gegenüber Abb. 81 a schärferen Pfeilspitzen), und daß der sich verschärfende Konflikt die Tendenz einer explosiven Entladung (grafisch angedeutet durch den Blitz) in Form einer revolutionären Umwälzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hervorbringt. Durch das Dazwischentreten des Staates mit seinen sozialstaatlichen Maßnahmen wird den Klassenkämpfen quasi die Spitze

gebrochen (Abb. 81 c), dies dadurch, daß mit derartigen Maßnahmen zu-



nächst einmal die größten Auswüchse kapitalistischer Produktionsweise beseitigt und deren existenzbedrohende Auswirkungen auf die Lohnarbeiter gemindert werden. Indem das Konfliktpotential auf diese Weise herabgesetzt ist, wird zunächst einmal die Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, aufrechterhalten, dies als Voraussetzung einer relativ störungsfreien langfristigen Kapitalakkumulation.

2) Der Staat als Instanz zur Schaffung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen

Eine weitere Funktion fällt dem Staat zu im Zusammenhang mit der Schaffung sog. „allgemeiner Produktionsvoraussetzungen“, d.h. Voraussetzungen, die zwar für die Verwertung aller (oder mindestens relevanter) Einzelkapitale erforderlich sind, die aber dennoch aus bestimmten Gründen prinzipiell nicht von den Einzelkapitalen hergestellt werden. Gemeint ist das, was herkömmlicherweise als „Infrastruktur“ bezeichnet wird, also etwa Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr, Städtebau, Energieversorgung, Informationswesen usw. Wie kommt es, daß derartige Leistungen nicht von Kapitalen produziert werden, sondern als öffentliche Leistungen? Die Gründe hierfür können unterschiedlich sein:

a) Unterbleiben privatkapitalistischer Initiative aufgrund mangelnder Nutzungsexklusivität

Betrachten wir etwa das Bildungssystem: Wie wir schon früher herausgearbeitet haben, bringt die Kapitalakkumulation eine Umwälzung in der stofflichen Struktur des Produktionsprozesses mit sich, als deren Folge sich auch veränderte Qualifikationsanforderungen an die Lohnabhängigen ergeben. Die wissenschaftliche Organisation und Kontrolle des Arbeiterprozesses, die Bewältigung der Probleme in der Zirkulationssphäre (Handel, Bankensektor) usw. erfordern mindestens in Teilbereichen Bildungsvoraussetzungen, ohne die sowohl Produktion wie Realisierung von Mehrwert auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte zusammenbrechen würden. So wichtig fürs Kapital bestimmte – verwertbare – Bildungsinhalte und allgemeine Qualifikationen sind, so wenig wird doch die Schaffung von Qualifikationen von den Einzelkapitalen selbst hergestellt. Der Grund liegt darin, daß das Einzelkapital nur an solchen Aufwendungen interessiert sein kann, deren Ergebnisse ihm auch unter dem Verwertungsgesichtspunkt zugute kommen. Die Aufwendungen für die Herstellung eines Produkts z.B. zahlen sich dadurch aus, daß dieses Produkt in das Eigentum des Einzelkapitalisten übergeht und der Realisierungserlös diesem Einzelkapital zufällt. Anders bei der Herstellung von Qualifikation: Indem ein Einzelkapital etwa die Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Studenten übernehmen würde, wäre – aufgrund des Warencharakters der Arbeitskraft – noch keinesfalls gewährleistet, daß die Betroffenen ihre so erworbene Qualifikation auch in dem betreffenden Unternehmen einbringen. Vielmehr haben sie prinzipiell die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft an andere Einzelkapitale zu verkaufen. Die unmittelbare Zurechenbarkeit zwischen den Aufwendungen des Einzelkapitals und der Nutzung des dabei Produzierten (der Qualifikation) ist nicht mehr gegeben. Das ausschließliche Nutzungsrecht, die *Exklusivität der Nutzung* des Ergebnisses durch dasjenige Kapital, welches das Ergebnis hervorgebracht hat, ist aufgehoben.

Ehe das Einzelkapital aber Aufwendungen macht, deren Ergebnis schließlich u.U. zum großen Teil anderen Kapitalen zugute kommt, unterläßt es diese Aufwendungen lieber ganz. Damit erlischt das Interesse der Einzelkapitale an der Produktion allgemeiner Qualifikationen, was nicht bedeutet, daß derartige Qualifikationen nicht gebraucht würden. Im Gegenteil: Die Erzeugung einer bestimmten – im Zeitablauf sich verändernden – Qualifikationsstruktur ist notwendige Voraussetzung, um die Reproduk-

tion des Kapitals immer wieder zu gewährleisten. Wenn diese für das Gesamtkapital notwendigen Voraussetzungen von den Einzelkapitalen nicht geschaffen werden, muß *eine über den Interessen der Einzelkapitale stehende und dem unmittelbaren Verwertungszwang entzogene Instanz* diese Aufgaben übernehmen, eben der *bürgerliche Staat*.

b) Unterbleiben privatkapitalistischer Initiative aufgrund beschränkter Finanzierungsspielräume und überhöhten Risikos

Was für die Produktion von Bildung gilt, trifft in ähnlicher Weise für bestimmte Bereiche von *Wissenschaft und Technik* zu. Je höher die notwendigen *Forschungsaufwendungen* zur Hervorbringung neuer Techniken werden, umso mehr werden Einzelkapitale vor deren Übernahme zurückschrecken, wenn nicht gewährleistet ist, daß die Nutzung der Forschungsergebnisse ausschließlich bei ihnen verbleibt. Die Monopolisierung von Technologien ist aber nur begrenzt möglich. In vielen Fällen droht die „Gefahr“, daß die Ergebnisse der kostspieligen Forschungsaufwendungen alsbald in ähnlicher Form von anderen Einzelkapitalen übernommen werden, ohne daß diese die entsprechenden Forschungsaufwendungen aufbringen mußten. Dieser Gesichtspunkt wird umso gravierender, je größer die zur Einführung neuer Technologien notwendigen Forschungsaufwendungen werden und je unsicherer die Hervorbringung unmittelbar verwertbarer Ergebnisse ist (insbesondere bei Grundlagenforschung). Zusätzlich zu dem Aspekt der Exklusivität der Nutzung tritt also noch der Aspekt der Größe der aufzubringenden Mittel (*Finanzierungsaspekt*), die – insbesondere im Bereich der Großforschung – zunehmend auch die Möglichkeiten großer Kapitale übersteigt oder jedenfalls mit einem so hohen *Risiko* verbunden ist, daß die Kapitale nicht bereit sind, derartige Aufwendungen zu übernehmen. Hierzu schreibt Hirsch:

„Mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik verschärfen sich . . . die immanenten Widersprüche kapitalistischer Produktivkraftentwicklung: Ein *erster* Widerspruch liegt in dem eigentümlichen Charakter wissenschaftlicher Ergebnisse begründet, die – einmal produziert – grundsätzlich beliebig verwendbar sind, sich nicht abnutzen, d.h. keine Reproduktionskosten verursachen und damit in striktem Sinn auch keinen Warencharakter und keinen Tauschwert besitzen. Das bedeutet, daß der Erzeugung wissenschaftlicher Ergebnisse auf der Basis kapitalistischer Warenproduktion be-

stimmte Grenzen gezogen sind. Dies zeigt sich konkret darin, daß die einzelnen Kapitale tendenziell die zur Stabilisierung des Gesamtsystems notwendige Masse wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse nicht produzieren und produktionstechnisch realisieren, und zwar umso weniger, je größer die erforderliche Masse wird.“ (Hirsch, S. 48)

3) Staat als Instanz zur Behebung destruktiver Produktionsfolgen

War bisher lediglich von der Schaffung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen die Rede, so muß im folgenden noch eingegangen werden auf die Beseitigung oder Abmilderung von Produktionsfolgen, d.h. von destruktiven Folgewirkungen, die die kapitalistische und blind am Verwertungsinteresse der Einzelkapitale orientierte Produktionsweise hervorgebracht hat und immer wieder hervorbringt. Hierzu schreibt Hirsch:

Es „verstärkt sich mit fortschreitender Revolutionierung der Produktionstechnik die Tendenz zur Zerstörung der Naturgrundlagen der Produktion und der natürlichen Basis der Zivilisation, die dem Kapital in früheren Phasen seiner Entwicklung (ebenfalls) als „*Gratisproduktivkraft*“ zur Verfügung gestanden haben. So ergeben sich im Voranschreiten des Akkumulationsprozesses in progressivem Ausmaß negative ‚externe Effekte‘, die durch den Selbstreproduktionsprozeß des Kapitals nicht aufgefangen werden; das Kapital produziert nicht nur seine allgemeinen materiellen Produktionsbedingungen unzulänglich, sondern es zerstört sie auch fortlaufend (‚Umweltzerstörung‘).“ (Hirsch, S. 48)

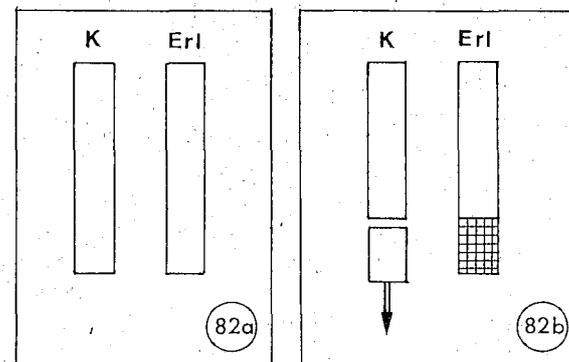
Die katastrophalen Ausmaße bereits eingetretener Umweltzerstörung sind in den Diskussionen der letzten Jahre auch in der Öffentlichkeit zunehmend deutlich geworden, ohne daß diese allgemein beklagten Erscheinungsformen in der Regel in einen inneren Zusammenhang mit der Logik der kapitalistischen Produktionsweise gestellt worden wären. Wir wollen auf Einzelheiten und Erscheinungsformen dieses fortschreitenden Destruktionsprozesses an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Es sei lediglich hergehoben, daß diese Destruktion sich nicht allein auf die Zerstörung der natürlichen *Umwelt* bezieht, sondern die tendenzielle Zerstörung auch der

menschlichen *Arbeitskraft* mit einschließt (was sich in der steigenden Zahl psychischer und psychosomatischer Krankheiten äußert). Dieser Destruktionsprozeß hat inzwischen solche Ausmaße erreicht, daß er zunehmend zu einer Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Systems, für die langfristige Reproduktion des Kapitals geworden ist. Im Interesse der Herrschaftssicherung des Kapitals ist es also zunehmend notwendig geworden, mindestens diejenigen Schäden zu reparieren, die den Reproduktionsprozeß langfristig ernsthaft gefährden. (Um mehr als um die „Reparatur“ der größten Mängel kann es – aus Kapitalinteresse betrachtet – ohnehin nicht gehen; denn die Beseitigung der Ursachen würde die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise insgesamt zur notwendigen Voraussetzung haben.) So fällt etwa dem Gesundheitswesen die Aufgabe der „Reparatur der lebendigen Arbeitskraft“ zu, während die „Städtebauförderung insbesondere unter dem Aspekt einer Reorganisation des zusammenbrechenden Nahverkehrs gesehen wird,“ (Hirsch, S. 67 f), einer notwendigen Voraussetzung also, um tagtäglich die Arbeitskraft unter weniger Reibungsverlusten an den Ort ihrer Verwertung, nämlich die Betriebe, zu transportieren.

4) Externalisierung einzelwirtschaftlicher Kosten und Übernahme durch den Staat

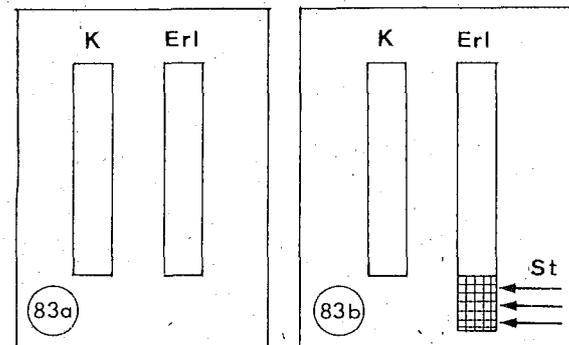
Sowohl bei der Schaffung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen als auch bei der Beseitigung von Produktionsfolgen, die die langfristige Reproduktion des Kapitals gefährden, geht es also darum, daß der Staat Kosten übernimmt, die eigentlich von den Einzelkapitalen zu tragen wären (sei es, weil sie die Ergebnisse der Aufwendungen schließlich nutzen, sei es, weil sie die Entstehung der Schäden durch Unterlassen bestimmter Schutzmaßnahmen mit verursacht haben), die aber dennoch aus den genannten Gründen nicht von ihnen übernommen werden. Tendenziell laufen diese staatlichen Aktivitäten jedenfalls zunächst einmal darauf hinaus, die privatwirtschaftlich anfallenden Kosten zu mindern. Die folgenden Abbildungen wollen das verdeutlichen. In Abb. 82 a würde das Einzelkapital keinen Profit machen, würde es die erwähnten Kosten selbst tragen. In Abb. 82 b wird ein Teil der Kosten hinausverlagert – „externalisiert“ – und auf den Staat abgewälzt, der – indem er diese Kosten übernimmt – die Profite des Einzelkapitals steigert (bzw. überhaupt erst entstehen läßt). Bei den bisher

erörterten staatlichen Maßnahmen handelt es sich also um solche, die an der Kostenseite der Unternehmen ansetzen und in die Bedingungen der *Produktion* von Mehrwert eingreifen.



5) Absicherung von Realisierungsbedingungen durch den Staat

Dem stehen nun Maßnahmen gegenüber, die an den Realisierungsbedingungen der Einzelkapitale ansetzen, also deren Erlöseseite beeinflussen. Indem der Staat etwa als Nachfrager nach bestimmten Waren auftritt, schafft er für einzelne Kapitale Absatzmöglichkeiten und ermöglicht auf diese Weise die Realisierung von Werten, was auf andere Weise u.U. nicht gelungen wäre. (Abb. 83 a, b) – Damit scheint prinzipiell die Möglichkeit gegeben,



durch Erzeugung staatlicher Nachfrage das Ausbrechen von Realisierungs-

krisen zu verhindern oder bereits durchgebrochene Krisen zu beheben. Mit sich verschärfenden zyklischen Krisen wächst dem Staat damit eine weitere Aufgabe zu: den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses mit Mitteln der *staatlichen Nachfragesteuerung* möglichst zu glätten, eine gegen den Zyklus gerichtete Wirtschaftspolitik — eine *antizyklische Konjunkturpolitik* — zu betreiben. Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte ja die Krise des Kapitalismus ein solches Ausmaß erreicht, daß die Existenz des Gesamtsystems auf dem Spiel stand, würde es nicht gelingen, die Wiederholung derartig tiefgreifender Krisen zu verhindern.

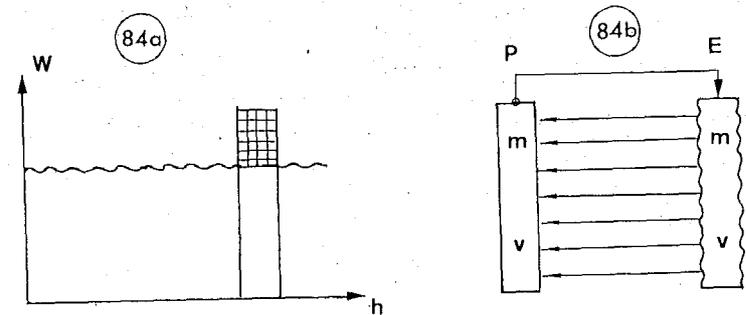
II. Staatliches Budget und Reproduktionszusammenhang des Kapitals

Während wir bisher lediglich einige Staatsfunktionen, die sich aus den Klassenwidersprüchen und der Logik der Kapitalbewegung heraus ergeben, angedeutet haben, geht es im folgenden um die Frage, wie der Staat diese ihm zugewachsenen Funktionen finanzieren kann. Daß zur Bestreitung der Staatsaufgaben Mittel erforderlich sind, bedarf wohl kaum einer näheren Begründung: Es geht nicht nur um die Bezahlung der Staatsbediensteten (Arbeiter, Angestellte und Beamte im Dienst des Staates), sondern darüber hinaus um die Sachaufwendungen der öffentlichen Verwaltung und Staatsbetriebe sowie um die Aufbringung der Mittel für die Auszahlung von Renten, staatlichen Subventionen oder zur Bestreitung von Rüstungsausgaben, Straßenbau u.v.a.m. Wir wollen sehen, wie sich die staatliche Mittelbeschaffung und -verwendung in einen werttheoretischen Zusammenhang einordnen läßt.

1) Finanzierung der Staatsausgaben über Steuern

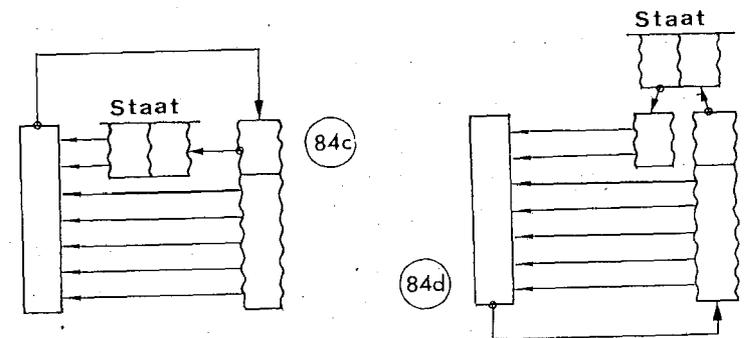
Gehen wir zunächst davon aus, daß der Staat sich die zur Finanzierung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel über Steuern beschafft. Das bedeutet ja nichts anderes, als daß er sich auf diese Weise einen Anspruch auf die gesamtgesellschaftlich produzierte Wertmasse verschafft. Abb. 84 b soll das verdeutlichen: Der linke Block stellt die gesamtgesellschaftliche Summe der neu produzierten Werte dar ($m + v$), der auf der anderen Seite ent-

sprechende Geldeinkommen — als Anspruch auf die produzierten Werte bzw. als deren geldmäßiges Äquivalent — gegenüberstehen: Einkommen,



die sich aufteilen in Löhne (variables Kapital v) und Profite (deren Summe gleich der produzierten Mehrwertmasse m ist). Der Einfachheit halber wollen wir in unserem Blockdiagramm zunächst nicht unterscheiden zwischen m und v (die sich ja stofflich unterschiedlich darstellen: einerseits als Produktionsmittel (m), andererseits als Konsumtionsmittel (v), sondern nur die sich daraus ergebende Wertsumme betrachten.

Zieht nun der Staat von den in der Produktion entstandenen Einkommen Steuern ab, so verschafft er sich durch Verausgabung eben dieser Steuern Anspruch auf einen Teil der produzierten Werte, indem er die produzierten Waren selbst verkauft (Abb. 84 c). Abb. 84 d stellt demgegenüber den Fall dar, daß der Staat lediglich eine Umverteilung von Geldmitteln vornimmt,

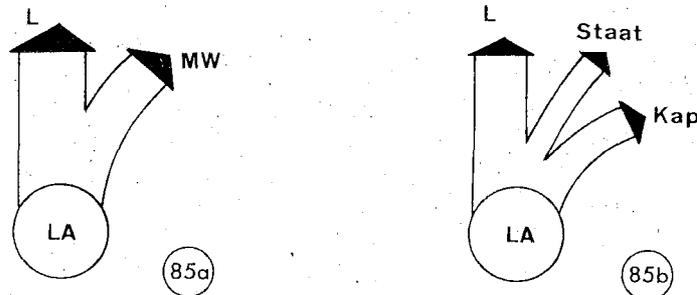


sei es über Rentenzahlungen, sei es durch Bezahlung von Staatsbediensteten.

Denjenigen, die die Beiträge zur Sozialversicherung oder die Steuern aufbringen, wird auf diese Weise der Zugriff zu den produzierten Werten teilweise entzogen, während auf der anderen Seite Rentenempfänger oder Einkommensempfänger im öffentlichen Dienst Zugriff zu einem Teil der produzierten Werte erhalten. (Beide hier dargestellten Fälle sind in der Realität selbstverständlich miteinander verbunden.)

a) Steuern als Entzug von Werten

In beiden Fällen wird deutlich, daß ein bestimmter Teil der produzierten Wertsomme in die Verfügung des Staates gerät, der sich die Werte entweder selbst aneignet oder aber umverteilt. M.a.W.: Der Strom der produzierten Wertsomme teilt sich nicht mehr nur auf zwischen Löhnen (variables Kapital v) der im Kapitalverhältnis beschäftigten Lohnabhängigen (der von Marx so genannten „produktiven Arbeiter“) und dem von Kapitalisten angeeigneten Mehrwert andererseits, sondern gabelt sich in drei Arme, von denen einer in Richtung Staat fließt (Abb. 85 b).



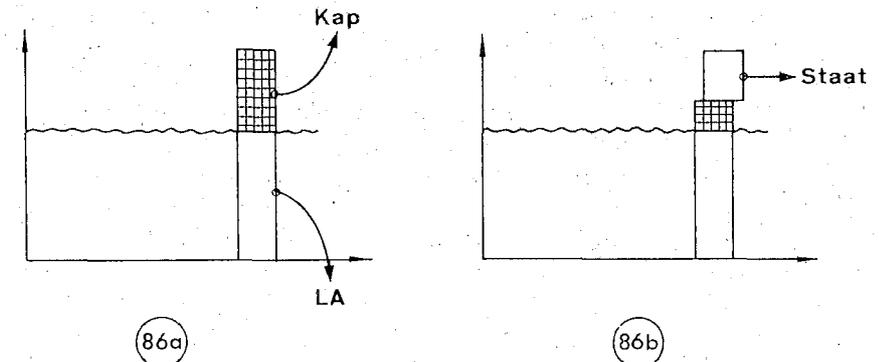
An dieser Stelle haben wir noch nicht geklärt, ob die in die Verfügung des Staates übergehenden Werte aus dem Mehrwert der Kapitalisten oder aus den Löhnen der unmittelbaren Produzenten, der im Kapitalverhältnis beschäftigten Lohnabhängigen, abgezweigt wird.

c) Entzug von Werten zu Lasten der Lohnarbeit oder zu Lasten des Kapitals?

Wenden wir uns nun der Frage zu, auf wessen Kosten letztlich die Finan-

zierung der Staatsausgaben erfolgt. Modellhaft wollen wir zunächst unterschiedliche — hypothetisch denkbare — Fälle voneinander unterscheiden, um anschließend darüber zu diskutieren, wodurch die diesbezüglichen Verhältnisse in der Realität bestimmt werden.

Ausgangspunkt sei eine bestimmte gesamtgesellschaftlich produzierte Wertmasse (Abb. 86 a) — als Ergebnis einer bestimmten gesamtgesellschaftlich aufgewendeten Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität, wobei die Löhne in der Summe den Reproduktionskosten der Arbeitskraft entsprechen sollen und darüberhinaus eine bestimmte Mehrwertmasse verbleibt, die sich — nach bereits abgeleiteten Gesetzmäßigkeiten — auf die einzelnen Kapitale verteilt; dies alles unter der Annahme, daß der Staat dem Reproduktionsprozeß des Kapitals keine Mittel entzieht.



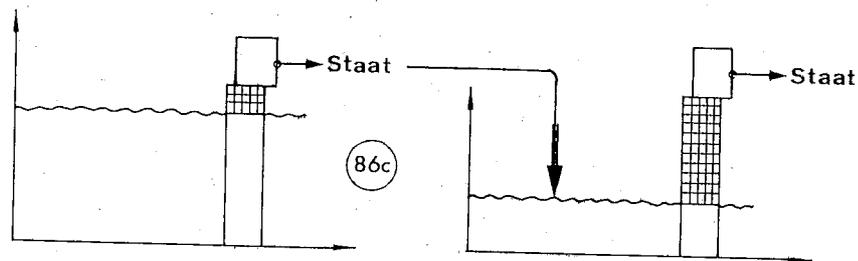
ba) Besteuerung der Profite

Demgegenüber stellt Abb. 86 b den Fall dar, daß der Staat sich die zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigten Mittel durch Abzug vom Mehrwert beschafft, etwa durch Besteuerung der Profite. Das unmittelbare Ergebnis davon wäre eine Verminderung der zur Verteilung unter die Einzelkapitale stehenden Mehrwertmasse, ein Rückgang der Profite (wobei noch nichts darüber ausgesagt ist, ob und wie sich die Einzelkapitale diesen Belastungen mehr oder weniger entziehen können). Das Kapital insgesamt — bei aller Konkurrenz der Einzelkapitale gegeneinander — kann unter diesen Umständen scheinbar kein Interesse daran haben, daß der Anteil des Staates sich ausweitet. Auf der anderen Seite hatten wir aber weiter oben her-

ausgearbeitet, daß ohne staatliche Aktivität auf verschiedensten Gebieten der langfristige Reproduktionsprozeß des Kapitals zusammenbrechen würde. Liegt hierin nicht ein logischer Widerspruch?

Die Frage, ob nun das Kapital Interesse an staatlicher Tätigkeit hat oder nicht, kann so pauschal überhaupt nicht beantwortet werden, wenn nicht die Art der staatlichen Leistungen bezüglich ihres konkreten Gebrauchswertcharakters hinterfragt wird. Das Kapital insgesamt kann nur an der Finanzierung solcher staatlicher Leistungen interessiert sein, die ihm in irgendeiner Form wieder zugute kommen, so daß die über Steuern herbeigeführte tendenzielle Profitsenkung mehr als aufgewogen wird durch tendenzielle Profitsteigerung als Ergebnis staatlicher Maßnahmen.

Gehen wir etwa davon aus, daß über staatliche Infrastrukturpolitik, über staatliche Förderung von Wissenschaft und Technik, über den staatlichen Ausbau von Kommunikationssystemen und Verkehrssystem, über die Heranbildung einer bestimmten Qualifikationsstruktur durch den Bildungssektor usw. die Produktivkraft der Arbeit gesteigert werden kann, so können die daraus entspringenden Vorteile bezüglich der Mehrwertproduktion die dazu erforderliche Abführung eines Teils der Mehrwertmasse mehr als kompensieren. Abb. 86 c stellt einen solchen Fall dar. Der senkrecht nach unten gerichtete Pfeil in der rechten Grafik will andeuten, daß durch Ver-



wendung der staatlichen Mittel (deren Aufbringung zunächst die Profitmasse geschmälert hat) eine Produktivkraftsteigerung hervorgerufen wird – mit der Folge einer Senkung der Reproduktionskosten und einer entsprechenden Anhebung der Mehrwertmasse. Vom Gesamtkapital her betrachtet hat sich unter solchen Umständen die „Investition in den Staat“ gelohnt.

bb) Besteuerung der Löhne

Nun läge es zweifellos noch mehr im Interesse des Kapitals, wenn die Lasten für die staatlichen Ausgaben nicht von ihm selbst, sondern von der Arbeiterklasse getragen würden. Wäre es also nicht konsequenter, die Löhne der Lohnabhängigen zu besteuern anstatt die Profite der Kapitalisten?

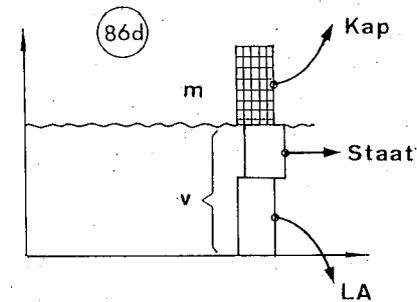
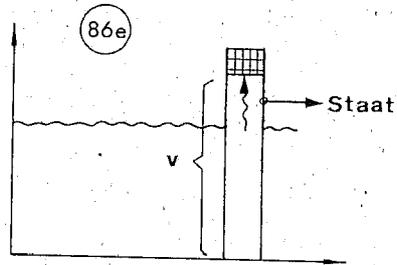


Abb. 86 d stellt diesen Fall dar. Auf den ersten Blick bleiben dadurch in der Tat die Profite der Kapitalisten ungeschmälert, die ganze Last wird von den Lohnabhängigen getragen, obwohl – wie im vorigen Beispiel unterstellt – die Verwendung der Staatsausgaben lediglich dem Kapital zugute kommt. Auf den zweiten Blick allerdings müssen wir feststellen, daß die nun verbleibenden Löhne weit unter den Reproduktionskosten der Arbeitskraft liegen, was einer Entlohnung der Arbeitskraft unter Wert gleichkommt. Daß derartige Situationen kurzfristig auftreten können, hatten wir bereits früher erörtert. Sie spiegeln nichts anderes wider als ein bestimmtes Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, das sich im Laufe der zyklischen Bewegung immer wieder verändert (in Krisen z.B. kann der Lohn unter den Wert der Ware Arbeitskraft absinken, in der Hochkonjunktur aufgrund der Knappheit an Arbeitskräften hingegen darüber ansteigen). Für die Betrachtung längerer Zeiträume sind wir allerdings davon ausgegangen, daß es der Arbeiterklasse und ihren Organisationen gelingt, ein langfristiges Herabdrücken der Löhne unter den Wert der Arbeitskraft zu verhindern.

In unserem betrachteten Fall würden sich die Organisationen der Arbeiterklasse also entweder gegen die Steuerbelastung zur Wehr setzen, oder aber die Minderung der nach Steuerabzug verfügbaren Löhne und damit die Minderung des materiellen Lebensniveaus würde zu höheren Lohnforderungen der Gewerkschaften führen (bzw. zu wilden Streiks, die die Gewerkschaftsspitze unter Druck setzen). In dem Maße, wie die Durchsetzung solcher Forderungen gelingt bzw. erkämpft wird, müssen schließlich doch die Lasten für die Staatsausgaben vom Kapital getragen werden: durch Zahlung höherer Löhne, die auf Kosten der Profite gehen und aus

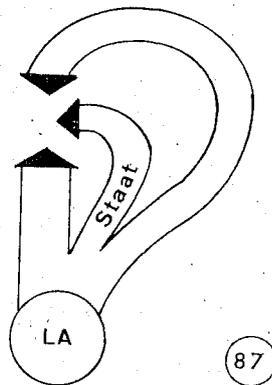


denen die Lohnarbeiter zwar die Steuern zahlen, aber dennoch ihr ursprüngliches Lebensniveau halten können. (Abb. 86 e)

bc) Besteuerung und Verteilungskampf

Diese Überlegungen führen uns zu der Erkenntnis, daß wir streng zu unterscheiden haben zwischen der rein formalen Abführung von Steuern (bei wem werden die Steuern abgezogen?) und der tatsächlich zu tragenden *Steuerlast*. Allein die Tatsache, daß etwa Lohnsteuer gezahlt wird, sagt noch nichts darüber aus, wer letztlich die Steuerlast trägt. Die Verteilung der Steuerlast hängt in diesem Fall – wie wir gesehen haben – nämlich davon ab, ob und inwieweit es der Arbeiterklasse gelingt, als Antwort auf die Steuererhöhungen entsprechende Lohnerhöhungen durchzusetzen. Dabei ist klar, daß die Lohnerhöhungen nicht automatisch folgen, sondern immer wieder erkämpft werden müssen, und daß es also von der Kampfstärke der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen abhängt, auf wen letztlich die Last des staatlichen Budgets gewälzt werden kann. Es hängt also wesentlich

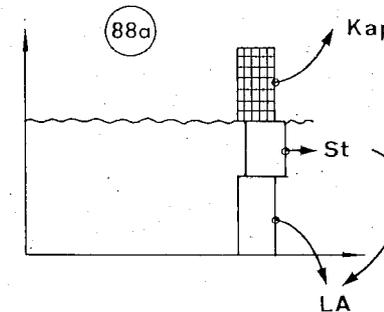
vom Stand der Klassenauseinandersetzungen ab, welcher Klasse der Staat in erster Linie die Last der Finanzierung des Staatshaushaltes aufbürdet, ob sich – was die Finanzierungsseite des Staatshaushalts betrifft – der Staat mehr gegen die Arbeiterklasse oder mehr gegen das Kapital richtet. Auf jeden Fall können wir sagen, daß die Abzweigung von Mitteln zur Finanzierung des Staatshaushalts die noch zur Verteilung verbleibende Wertmasse mindert (Abb. 87), wobei es vom Stand der Klassenauseinandersetzungen abhängt, in welchem Ausmaß welcher Klasse Teile der Last aufgebürdet werden.



2) Die Bedeutung der Gebrauchswertstruktur öffentlicher Leistungen

Bisher haben wir nur den Fall unterstellt, daß die Verwendung der öffentlichen Mittel in der Weise erfolgt, daß sie die langfristigen Reproduktionsbedingungen des Kapitals verbessert. Wie sieht es demgegenüber aus mit staatlichen Maßnahmen, deren Gebrauchswerte den Lohnabhängigen zugute kommen? Hierzu zählen nicht nur Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosenunterstützung usw.), sondern

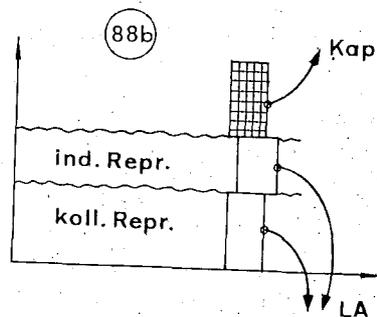
auch öffentliche Versorgung mit sog. *Kollektivgütern*, die nicht als Waren vom Staat verkauft werden, und also auch keinen Tauschwert besitzen, sondern deren Nutzung der Bevölkerung ohne Entgelt überlassen bleibt (wie Straßen, Parks, Bäder, Sportanlagen, kulturelle Einrichtungen, Dienstleistungen der Straßenreinigung, öffentliche Gesundheitsversorgungen, Bildungseinrichtungen usw.).



Wenn wir davon ausgehen, daß die Finanzierung dieser staatlichen Leistungen, deren Gebrauchswerte der Arbeiterklasse zugute kommen, auch von der Arbeiterklasse getragen werden, ergibt sich ein Bild wie in Abb. 88 a. Nun scheint auch hier der nach Steuerabzug verfügbare Lohn unter das Niveau der Reproduktionskosten gesunken zu sein. Dabei müssen wir allerdings bedenken, daß sich die Reproduktion der Arbeitskraft nicht nur – wie bisher immer unterstellt – ausschließlich vollzieht über den individuellen Konsum von Waren, sondern zunehmend durch öffentlich bereitgestellte Leistungen, die die ursprünglich private Daseinsvorsorge auf bestimmten Gebieten durch eine öffentliche ersetzen. Genannt sei nur die Vorsorge für das Alter, die – individuell und privat betrieben – ein regelmäßiges Zurücklegen bestimmter Beträge vom laufenden Einkommen erforderlich machen würde (ebenso wie die Vorsorge für den Krankheitsfall oder für Zeiten der Arbeitslosigkeit).

a) Individuelle und kollektive Reproduktion der Arbeitskraft

Indem der Staat die individuelle Daseinsvorsorge durch eine staatlich organisierte, kollektive Versorgung ersetzt, wird nicht nur der Einzelne von dem in Einzelfall ohnehin nicht kalkulierbaren Risiko entlastet, sondern auch von dem individuellen Zurücklegen eines Teils des Lohnes. An die Stelle tritt etwa der gesetzliche Beitrag zur Sozialversicherung. Der noch zur individuellen Verfügung verbleibende Lohn sinkt zwar auf diese Weise, was aber nicht bedeutet, daß damit eine Minderung des materiellen Lebensniveaus verbunden sein muß. Vielmehr hat nur eine Umschichtung stattgefunden zwischen ursprünglich nur individueller Versorgung hin zu einer teilweise kollektiven, öffentlichen Versorgung. Ähnliches trifft für andere Bereiche der öffentlichen Versorgung zu. M.a.W.: Die Reproduktion der Ware Arbeitskraft erfolgt nicht mehr ausschließlich über den individuellen Konsum, sondern zunehmend über öffentlich bereitgestellte Güter und Dienstleistungen, die keinen Warencharakter besitzen und nicht gegen Hingabe eines unmittelbaren Entgelts erworben oder genutzt werden (also auch keinen Tauschwert besitzen), sondern deren Finanzierung pauschal über Steuern (oder andere Möglichkeiten der öffentlichen Finanzierung) erfolgt.

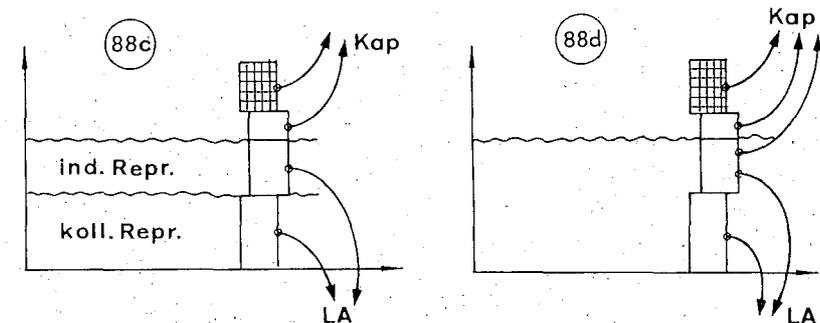


Selbst wenn also die Lohnarbeiter (sei es über Steuern, sei es über Beiträge zur Sozialversicherung) Teile ihrer Löhne an den Staat abführen müssen, heißt das nicht zwangsläufig, daß damit eine Beeinträchtigung ihrer Reproduktion verbunden ist. Vielmehr müssen wir unterscheiden zwischen individueller Reproduktion und kollektiver Reproduktion, wobei das materielle Lebensniveau dann nicht gesenkt wird,

wenn die abgeführten Beträge der Finanzierung öffentlicher Leistungen dienen, die von den konkreten Gebrauchswerten her der Arbeiterklasse zugute kommen (Abb. 88 b) und sie von einer entsprechenden individuellen Vorsorge (soweit dies überhaupt möglich wäre) entlastet.

b) Verhältnis von Gebrauchswertstruktur öffentlicher Leistungen und Steuerlastverteilung

Wenn wir die bisher erörterten unterschiedlichen Gebrauchswerte staatlicher Leistungen (nämlich einmal der Kapitalakkumulation zu dienen; zum anderen in die kollektive Reproduktion der Arbeiterklasse einzugehen) noch einmal in einer Grafik zusammenstellen, ergibt sich Abb. 88 c. Dabei ist unterstellt, daß die dem Kapital unmittelbar zugute kommenden staatlichen Leistungen aus Teilen der Mehrwertmasse finanziert werden, während die der kollektiven Reproduktion dienenden Staatsausgaben aus Teilen des variablen Kapitals (der Löhne) aufgebracht werden. Daß dem nicht immer so sein muß, haben wir bereits weiter oben diskutiert. Vom Stand der Klassenauseinandersetzungen hängt nicht nur — wie oben herausgearbeitet — die Frage ab, wer letztlich die Hauptlasten des staatlichen Budgets trägt (Finanzierungsseite), sondern welche konkreten Gebrauchswerte in wessen Interesse vom Staat bereitgestellt werden. — Das ganze hier angeschnittene Problem der Lastenverteilung kann überhaupt nur sinnvoll angegangen werden unter Verknüpfung beider Aspekte, der Finanzierung und der konkreten Verwendung der öffentlichen Mittel.



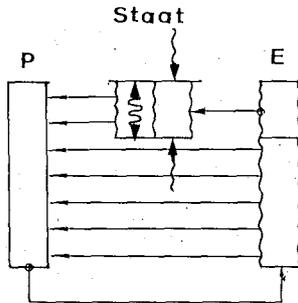
Denn auch bei gleichbleibender Verteilung in der *Aufbringung* der Mittel zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse kann die Lastenverteilung sich verändern, indem etwa bei Kürzung von Sozialleistungen gleichzeitig die akkumulationsfördernden staatlichen Leistungen erhöht werden (Abb. 88 d). Faktisch läuft diese Umschichtung in der Mittelverwendung des öffentlichen Haushalts, in der Struktur der konkreten Gebrauchswerte öffentlicher Leistungen, auf eine tendenzielle Senkung des materiellen Lebensniveaus der Arbeiterklasse hinaus, ohne daß sich dies in sinkenden

Bruttolöhnen oder steigender Steuer bemerkbar machen muß.

3) Der Staat im Widerspruch zwischen wachsenden Staatsaufgaben und begrenzten Besteuerungsmöglichkeiten

Der bürgerliche Staat steht also — wenn wir auf unsere bisher abgeleiteten Ergebnisse zurückblicken — in dem Widerspruch, einerseits zunehmende Funktionen übernehmen zu müssen (sei es zur Latenthaltung von Klassenkonflikten, sei es zur Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen oder zur Beseitigung destruktiver und systemgefährdender Produktionsfolgen), um die langfristigen Reproduktionsbedingungen des Kapitals sicherzustellen und die gestörten Grundlagen der Akkumulation wiederherzustellen; andererseits sind zur Bestreitung dieser Aufgaben wachsende Mittel erforderlich, d.h. ein wachsender Entzug von Werten aus dem unmittelbaren Reproduktionszusammenhang des Kapitals. Die zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Verteilung verbleibende Wertmasse wird auf diese Weise durch wachsende Staatsausgaben tendenziell geschmälert, was dann zu einem tendenziellen Rückgang der Profitrate führen muß, wenn der Arbeiterklasse eine Stabilisierung ihres materiellen Lebensniveaus in Höhe ihrer Reproduktionskosten gelingt.

Wie kommt der bürgerliche Staat aus dem (in Abb. 89 dargestellten) Dilemma heraus, daß von ihm einerseits wachsende Aufgaben (und damit Ausgaben) zur Aufrechterhaltung des Reproduktionsprozesses übernom-



89

men werden müssen, andererseits aber der Entzug von Werten die Profitmasse tendenziell reduziert und damit die Verwertungsbedingungen der

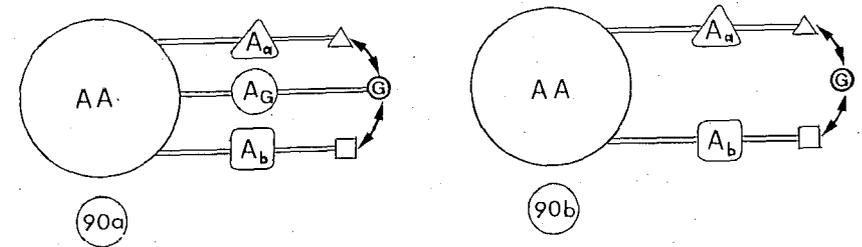
Einzelkapitale — je nach ihrem Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Profitmasse — mehr oder weniger beeinträchtigt?

III. Geldschöpfung als Mittel der staatlichen Budgetfinanzierung

Eine Lösung für den gerade skizzierten Widerspruch scheint darin zu bestehen, daß der Staat zur Finanzierung seiner Ausgaben Geld druckt, ohne an derer Stelle Mittel abzuziehen. Dieser Möglichkeit wollen wir in den folgenden Ausführungen nachgehen. Dazu ist es notwendig, daß wir uns noch einmal besinnen auf den Charakter eines Währungssystems; innerhalb dessen so etwas wie Geldschöpfung, d.h. Schaffung zusätzlichen Geldes, möglich ist.

1) Papiergeld als Abtrennung der Geldfunktion vom Warenkörper

Solange das Geld selbst eine Ware war, zu deren Reproduktion Arbeitsaufwand erforderlich war und deren Wert sich durch eben diesen Arbeitsaufwand bestimmt (Abb. 90 a), war eine beliebige Ausdehnung des Geldes nicht möglich (etwa bei Goldwährung). Anders aber in einem Währungssystem, wo das Geldzeichen sich losgelöst hat von einem konkreten Waren-

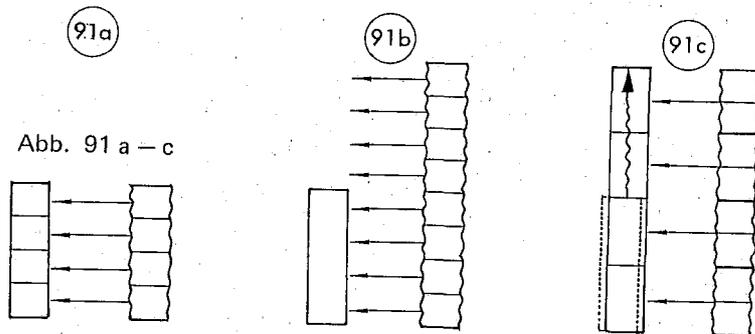


körper, wo das Geldzeichen den ausschließlichen Charakter eines Zirkulationsmittels hat (Papiergeld) (Abb. 90 b). Das Papiergeld enthält ja — von den vernachlässigbaren Druckkosten einmal abgesehen — keinen Wert, sondern verkörpert nur einen Anspruch auf Waren in Höhe einer bestimmten Wertgröße.

2) Die Loslösung des Geldkreislaufs vom Wertekreislauf

Mit dem Übergang von der Goldwährung zur Papierwährung ist also prinzipiell die Möglichkeit gegeben, daß sich die Geldzirkulation loslöst von der Basis der Werte. Die folgenden Modelle sollen das kurz verdeutlichen:

Angenommen, einer bestimmten Summe gesamtgesellschaftlich produzierter Neuwerte von der Größe 4 steht eine Papiergeldmenge von 4 Geldeinheiten gegenüber (Abb. 91 a), die Anspruch auf die produzierten Werte darstellt. Daraus ergibt sich: Der Preis einer Ware mit dem Wert 1 beträgt in diesem Fall 1 Geldeinheit (GE). Würde hingegen die zirkulierende Geldmenge verdoppelt, ohne daß die produzierten Werte ansteigen, so würde dies – bei konstanten Preisen – darauf hinauslaufen, daß nur die Hälfte des Geldes in Waren eingetauscht werden könnte (Abb. 91 b); oder aber



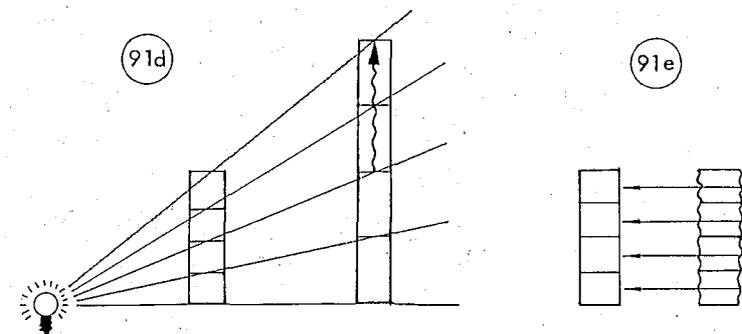
daß sich die Warenpreise verdoppeln, d.h. nominell „aufgeblahnt“ werden (angedeutet durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 91 c), so daß sich der Geldausdruck der Waren zahlenmäßig von den Werten loslöst. Die Werte führen damit quasi nur noch ein Schattendasein (gepunkteter Block in Abb. 91 c). Ihre Struktur wird projiziert auf die aufgeblahnten Preise. So wie das an die Wand projizierte Bild eines Diapositivs nur vergrößertes Abbild des ursprünglichen Dias ist und dessen Struktur in vergrößerter Form getreu widerspiegelt, so können die Geldausdrucke der Waren als „Projektionsbild“ der durch die Wertstruktur bestimmten Warenpreise verstanden werden. Genauso wie sich die Größe des Projektionsbildes eines Dias – bei unterschiedlichen Abständen des Projektors von der Wand – verändert, ohne daß sich dabei die Struktur des Bildes verwandelt, genauso können

sich die Geldausdrucke der Waren verändern, ohne daß dem irgendeine Veränderungen in der Wertstruktur zugrunde liegen müssen. Nichts anderes meinen Altwater/Hoffmann/Künzel/Semmler, wenn sie schreiben:

„Diese Mastabsfunktion des Geldes macht es nun grundsätzlich möglich, daß die Preisbewegung sich gegenüber der Wertbewegung ‚verselbständigt‘, indem der Maßstab sich ändert, über den die Arbeitszeit in Geldeinheiten der Geldware übersetzt wird.“ (Aufsatz „Krise und Inflation“, in: Handbuch 3; Inflation – Akkumulation – Krise, I, Frankfurt/Main 1976, S. 113)

Betrachten wir noch einmal Abb. 91 c: Zwar hat sich auf der einen Seite die umlaufende Geldmenge verdoppelt, auf der anderen Seite aber auch die Preise. Die unveränderte Wertsumme von 4 (die nur preislich aufgeblahnt ist) wird nunmehr gegen 8 GE eingetauscht statt vorher (in Abb. 91 a) gegen 4 GE. Eine Ware mit dem Wert 1 entspricht also nunmehr 2 GE statt vorher 1 GE.

Wenn wir nun die in Abb. 91 c aufgeblahnten Preise zuruckprojizieren auf die produzierte Wertsumme (die sich ja gar nicht ausgedehnt hat!), so ergibt sich Abb. 91 e. (Hier kommt deutlicher zum Ausdruck, daß die Wert-



summe selbst unverändert ist, ihr aber die doppelte Zahl an Geldeinheiten gegenübersteht, so daß jede einzelne Geldeinheit – gegenüber Abb. 91 a – nur noch den halben Wert repräsentiert. M.a.W.: Durch die Ausweitung der zirkulierenden Geldmenge bei gleichbleibender produzierter Wertsumme hat eine *Geldentwertung*, eine *Inflation* stattgefunden. – In der Loslösung der Geldzirkulation von der Bewegung der Werte ist also prinzipiell die

Möglichkeit zur Inflation angelegt.

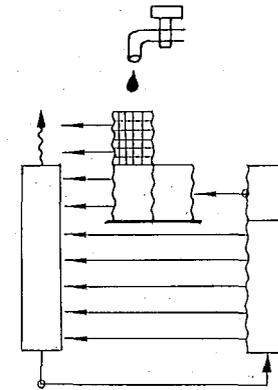
3) Geldpolitische Instrumente zur Manipulierung des Geldkreislaufs

Wir wollen nun hier nicht in Einzelheiten diskutieren, wie Papiergeld in Umlauf kommen und auf welche Art und Weise sein Umfang gesteuert werden kann. Diese Fragen stehen im Zusammenhang mit der Funktion und Wirkungsweise der geldpolitischen Instrumentarien der Zentralbank (Diskontpolitik, Offenmarktpolitik, Mindestreservpolitik usw.). Ebenso wenig wollen wir hier auf die Hintergründe der sog. Giralgeldschöpfung eingehen, mit deren Hilfe die Geschäftsbanken zusätzliche Zahlungsmittel in bargeldloser Form (Scheck, Überweisungen) schaffen können. (Siehe hierzu im einzelnen: Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Bd. 2, Teil VII, Bonn-Bad Godesberg 1971). Für unseren Zusammenhang ist momentan nur wichtig zu wissen, daß Zentralbank und Geschäftsbanken Geldmittel in Umlauf bringen können und daß die Zentralbank den Geldumlauf mehr oder weniger regulieren kann.

4) Staatsverschuldung und Inflation

Kommen wir nach diesen kurzen Ausführungen über das Verhältnis von Wertsumme und zirkulierender Geldmenge zurück auf unsere Ausgangsfrage, ob nicht der Staat dem dargestellten Dilemma dadurch entgehen kann, daß er — mit Hilfe der Zentralbank — zur Finanzierung seiner Staatsausgaben Geldschöpfung betreibt. Welche Konsequenzen würden sich aus einem solchen Vorgehen des Staates ergeben? Betrachten wir hierzu das Modell in Abb. 92: Teilweise entzieht der Staat dem Kreislauf Geldmittel in Form von Steuern, teilweise verschafft er sich über Verschuldung bei der Zentralbank zusätzliche Mittel (der Geldhahn wird aufgedreht). Die Konsequenz wird — wie oben abgeleitet — eine Inflation sein, dann jedenfalls, wenn lediglich die zirkulierende Geldmenge, nicht jedoch die pro Jahr produzierte Wertsumme sich vergrößert. Die auf diese Weise aufge-

blähen Preise bedeuten aber auch, daß die nicht-staatliche Nachfrage in die „Defensive“ gedrängt wird. Für einen bestimmten Geldbetrag sind nunmehr nur noch geringere Warenmengen einzutauschen. Insoweit also die nicht-staatlichen Nachfrager durch die Inflation in ihrem Anspruch auf Teile der produzierten Wertsumme real (mengenmäßig) zurückgedrängt sind, hat sich der Staat in gleichem Maße zusätzlichen Anspruch darauf verschafft. Letztlich reißt der Staat aus der produzierten Wertsumme also doch einen wachsenden Teil an sich, auch wenn er der Geldzirkulation nur einen geringen



Teil in Form von Steuern entzogen hat. Die als Folge davon auftretende Inflation ist Ausdruck dafür, daß die ursprüngliche Einheit von Geldzirkulation und Wertproduktion durchbrochen ist, daß sich die Geldzirkulation gegenüber der Wertproduktion verselbständigt hat. Dies ist nur möglich, wenn das Geldzeichen seinen Charakter als reproduzierbare Ware, zu deren Herstellung Arbeitsaufwand erforderlich ist, abstreift; wenn also etwa das Goldgeld ersetzt wird durch Papiergeld oder Giralgeld, das praktisch ohne Arbeitsaufwand beliebig vermehrt werden kann. M.a.W.: Das (früher vorherrschende) System der Goldwährung mußte gesprengt werden, wenn die Geldzirkulation gegenüber der Wertproduktion „dehnbar“ sein sollte. (Es ist deshalb kein Zufall, daß historisch die Ablösung der Goldwährung in einer Phase geschah, wo die wachsenden Staatsausgaben — insbesondere im Zusammenhang mit der Kriegsfinanzierung — auf die Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten stießen. Busch/Schöller/Seelow schreiben in diesem Zusammenhang: „Schon während des Ersten Weltkriegs war eine Reihe wichtiger Welthandelsländer vom System der Goldkernwährung abgerückt, um über einen unbegrenzten Geldschöpfungsmechanismus ihren Kriegsbedarf finanzieren zu können.“ (Weltmarkt und Weltwährungsfrage, Bremen 1973, S. 49))

IV. Staatsverschuldung als Mittel der Krisenüberwindung bzw. Krisenverhinderung?

Eröffnet die Loslösung der Geldzirkulation gegenüber der Wertproduk-

tion für den Staat (einschließlich Zentralbank) nicht die prinzipielle Möglichkeit, die von uns früher diskutierten Verwertungskrisen des Kapitals zu verhindern? Ist damit die Marx'sche Krisentheorie überholt, seit es Papiergeld- und Giralgeldschöpfung gibt? Kommt es nur auf eine richtige Steuerung der zirkulierenden Geldmenge an, um die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu überwinden? Diesen Fragen wollen wir mit den folgenden Überlegungen nachgehen. Sie führen uns gleichzeitig zur Auseinandersetzung mit den Vorstellungen des „Keynesianismus“, einer auf J.M. Keynes zurückgehenden theoretischen Schule, die die wirtschaftstheoretische Diskussion und die wirtschaftspolitische Konzeption nach der Weltwirtschaftskrise und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt hat. Wir werden zu erklären haben, ob die Marx'sche Theorie überholt ist, seit es die Theorie von Keynes und die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Instrumente der Konjunktursteuerung gibt. Wir werden untersuchen müssen, ob durch die neue Rolle des Staates der Charakter des Kapitalismus sich so gewandelt hat, daß von einer Krisenhaftigkeit des Systems nicht mehr gesprochen werden kann.

1) Die wirtschaftspolitische Konzeption des Keynesianismus

Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten der Keynes'schen Theorie einzugehen (siehe hierzu Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Bd. 1, IV. Teil, Bonn-Bad Godesberg 1971), wollen wir uns doch kurz mit den in diesem Zusammenhang wesentlichen Grundgedanken auseinandersetzen. Ausgangspunkt für Keynes (der seine Gedanken während der verheerenden Weltwirtschaftskrise nach 1929 entwickelt und 1936 veröffentlicht hat) war die Frage nach Möglichkeiten der Überwindung der tiefen Depression mit Hilfe staatlicher Wirtschaftspolitik. Sein Vorschlag lief – grob gesagt – darauf hinaus, daß der Staat auf dem Weg über Geldschöpfung zusätzliche Nachfrage schaffen solle, um über seine Aufträge an die Privatunternehmen Impulse zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung zu erzeugen. Dabei sei es im Grunde gleichgültig, was der Staat konkret nachfrage, wichtig sei nur, daß er nachfrage. Keynes:

„Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllt und sie in geeigneten Tiefen in verlassenen Kohlenbergwerken vergraben würde, sie dann

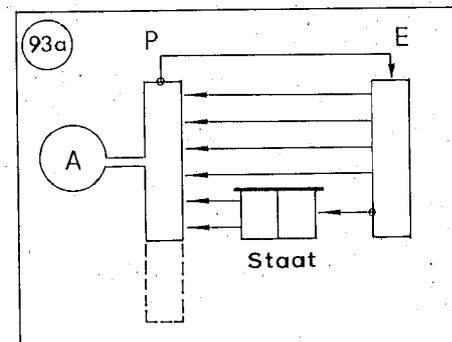
bis zur Oberfläche mit städtischem Kehrriecht füllen würde und es dem privaten Unternehmungsgeist nach den erprobten Grundsätzen des laissez-faire überlassen würde, die Noten wieder auszugraben . . . , brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben. Und infolge der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel größer als jetzt werden. Es wäre zwar vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts . . .“ (J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, Nachdruck Berlin 1955, S. 109 ff)

Und an anderer Stelle:

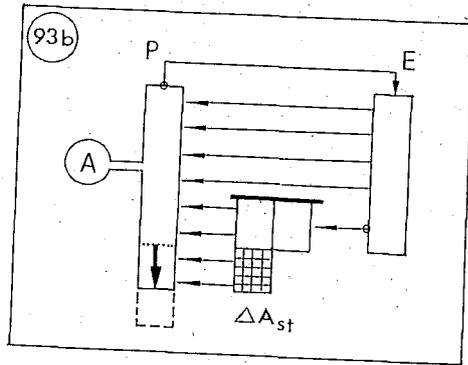
„Das Graben von Löchern im Erdboden . . . wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das Realeinkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren.“ (!) (Keynes, S. 114)

a) Der Grundgedanke der Keynes'schen Multiplikatortheorie

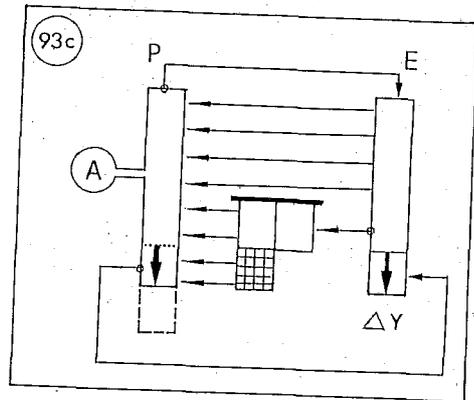
Was kann der – von vielen als „größter Ökonom des Jahrhunderts“ gefeierte – Keynes mit solchen Äußerungen gemeint haben? Wir wollen den Gedankengang anhand einer Grafik erläutern. Abb. 93 a stellt eine Wirtschaft in der Krise dar: Auf der Produktionsseite (P) liegen Produktions-



kapazitäten brach (in Höhe des gestrichelten Blocks), während gleichzeitig Arbeitslosigkeit herrscht (deren Ausmaß dargestellt wird durch die Größe des Ballons). Die Nachfrage andererseits deckt gerade die geringe Produktion ab, bietet aber keinerlei Anreize für die Unternehmen, mehr zu produzieren. (In der Grafik wird zunächst nicht unterschieden zwischen Produktionsmittelsektor und Konsumtionsmittelsektor. Es wer-



den — entsprechend der Keyneschen Vorgehensweise lediglich Gesamtangebot und Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft gegenübergestellt (sog. makroökonomische Betrachtungsweise). Dadurch gehen selbstverständlich die Strukturprobleme der Disproportionalität — insbesondere zwischen Abteilung I und Abteilung II — verloren.



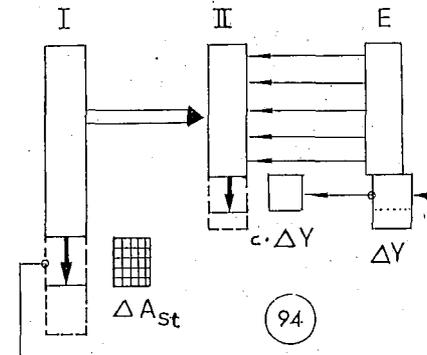
Indem nun der Staat über zusätzliche Nachfrage (finanziert durch Geldschöpfung) Aufträge an die Unternehmen vergibt, werden die Produktionskapazitäten zunehmend ausgelastet; zur Bewältigung einer steigenden Produktion werden zusätzliche Arbeitskräfte „angesaugt“, d.h. die Arbeitslosigkeit vermindert sich (Abb. 93 b). Durch Einstellung zusätzlicher Arbeits-

kräfte entstehen zusätzliche Löhne, während in der zusätzlich abgesetzten Produktion entsprechende Profitanteile stecken. Der Verkauf der zusätzlichen Produktion an den Staat führt also zu einer entsprechenden Steigerung der Einkommen (ΔY) in Form von Löhnen und Profiten (Abb. 93 c).

In der Tat also steigen die Einkommen und die Beschäftigung allein aufgrund zusätzlicher Staatsnachfrage an. Hat sich aber damit der „Reichtum“ der Nation erhöht? Wo auf der Produktionsseite nichts anderes geschehen ist als das Auf- und Zuschaukeln von Gruben?! Offensichtlich handelt es sich hierbei ja nur um ein scheinbares Anwachsen der materiellen Versorgung. Das Ansteigen der Einkommen täuscht doch nur darüber hinweg, daß gar nichts an Gebrauchswerten hinzugekommen ist. (Dennoch wird bereits das bloße Ansteigen von Einkommen in der bürgerlichen Sta-

tistik als Wachstum des Sozialprodukts verbucht, ohne Rücksicht auf die Quellen seiner Entstehung und die dabei produzierten Gebrauchswerte!)

Was Keynes meint, ist allerdings nicht nur das bloße Ansteigen des Einkommens. Vielmehr ging er davon aus, daß mindestens Teile der neuen Einkommen (in Abhängigkeit von der sog. „marginalen Konsumquote“) — wieder als Konsumnachfrage dem Kreislauf zugeführt werden; allerdings nicht als Nachfrage nach zugeschauelten Gruben, sondern als Nachfrage nach Produkten der Konsumtionsmittelindustrie. Abb. 94 soll das verdeutlichen:



Entsprechend unseren früheren Darstellungen ist die Gesamtproduktion wiederum in zwei Sektoren aufgeteilt. Wenn von den zusätzlich entstandenen Einkommen (ΔY) ein bestimmter Prozentsatz (marginale Konsumquote „ c “ — nicht zu verwechseln mit „ c “ in der Bedeutung des konstanten Kapitals!) wieder konsumiert wird, so bieten sich nunmehr auch für die Unternehmen des Konsumtions-

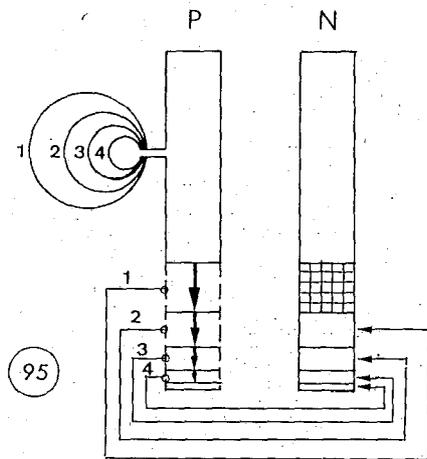
mittelsektors zusätzliche Absatzmöglichkeiten (in Höhe von $c \cdot \Delta Y$). Diese zusätzlichen Absatzmöglichkeiten schaffen Anreize zur Ausdehnung der Produktion und zur stärkeren Auslastung der Kapazitäten in Abteilung II.

Nun werden auch die anfangs zitierten Äußerungen von Keynes verständlicher: Selbst wenn in der ersten Runde nur sinnlose Produktion erstellt würde, folgt doch in der zweiten Runde ein durch steigende Nachfrage hervorgerufener Anstieg in der Produktion von Konsumtionsmitteln, also eine Steigerung in der materiellen Versorgung.

Bei dieser ersten Auswirkung wird es — so Keynes — allerdings nicht bleiben. Vielmehr wird durch Einstellen zusätzlicher Arbeitskräfte auch in der Konsumgüterindustrie wiederum neues Einkommen entstehen — mit der gleichen Wirkung, wie sie gerade beschrieben wurde. Stoßen schließlich die Unternehmen in Abteilung II auf die Grenzen ihrer Produktionskapazitäten, so werden sie zusätzliche Produktionsmittel in Abteilung I nachfragen und auch dort einen Anstieg der Produktion der Beschäftigung und

Einkommen hervorrufen usw. Der schließlich insgesamt eingetretene Effekt in der Steigerung von Einkommen, Beschäftigung und Produktion erreicht nach Keynes ein Vielfaches dessen, was der Staat ursprünglich an zusätzlicher Nachfrage entfaltet hat. Die Steigerung ist umso größer, je stärker der Rückfluß der jeweils entstandenen Einkommen (je größer also die marginale Konsumquote) ist. Deswegen auch die Äußerung von Keynes, daß das beste Mittel zur Überwindung einer Depression ein erhöhter Konsum ist. Sparen, Zurückhalten von Einkommensteilen, früher noch als Tugend und notwendige Voraussetzungen für Investition und Wirtschaftswachstum gepredigt, wird von Keynes als größter Feind des Wiederaufschwungs hingestellt. Dieses Umdenken in der ökonomischen Theorie erschien vielen als revolutionär („Keynesische Revolution in der ökonomischen Theorie“), obwohl die Anwendung dieser Theorie doch gerade auf das Gegenteil einer revolutionären Umwälzung, nämlich auf die Stabilisierung des kapitalistischen Systems hinauslief — dies allerdings in der Tat mit unkonventionellen Mitteln.

Wenn wir das Ergebnis der Keynesischen Überlegungen noch einmal in aller Kürze zusammenfassen, ergibt sich folgendes Bild (Abb. 95): Dabei wird



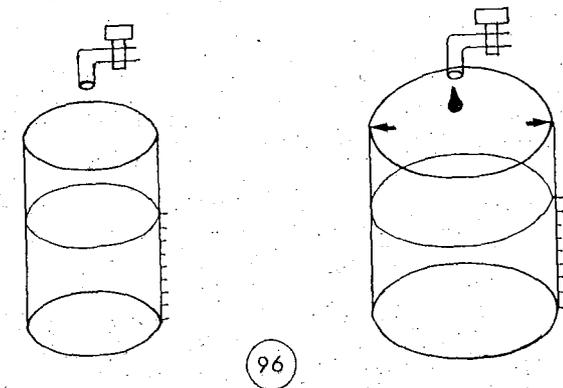
der zusammengefaßten Produktionsseite die Gesamtnachfrage gegenübergestellt, die zunächst (ohne die erhöhten Staatsausgaben ΔA_{St}) dem Stand der Produktion bei unausgelasteten Kapazitäten entspricht. Durch die Schaffung zusätzlicher Nachfrage von seiten des Staates (ΔA_{St}) wird der oben beschriebene Prozeß in Gang gesetzt, der schließlich in mehreren „Runden“ ein Vielfaches an Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungssteigerung hervorruft („Multiplikatoreffekt“). Während einerseits die Produktionskapazitäten

zunehmend ausgelastet werden, wird durch das Ansaugen von Arbeitskräften auch die Arbeitslosigkeit immer mehr beseitigt. Im Idealfall herrscht schließlich Vollbeschäftigung bei Vollaustattung der Kapazitäten und ge-

wachsener Güterproduktion.

Im Ergebnis stellen wir fest, daß die zunächst überhängende Geldmenge ein Anwachsen der Güterproduktion nach sich gezogen hat, so daß im Endeffekt der Nachfrageüberhang durch wachsendes Warenangebot abgebaut werden kann. Solange also — aufgrund des Hereinwachsens der Produktion in noch freie Kapazitäten und aufgrund des Ansaugens bisher unbeschäftigter Arbeitskräfte — das Warenangebot ausgedehnt werden kann, muß ein über Geldschöpfung finanzierter gesamtwirtschaftlicher Nachfrageüberhang nicht zur Inflation führen.

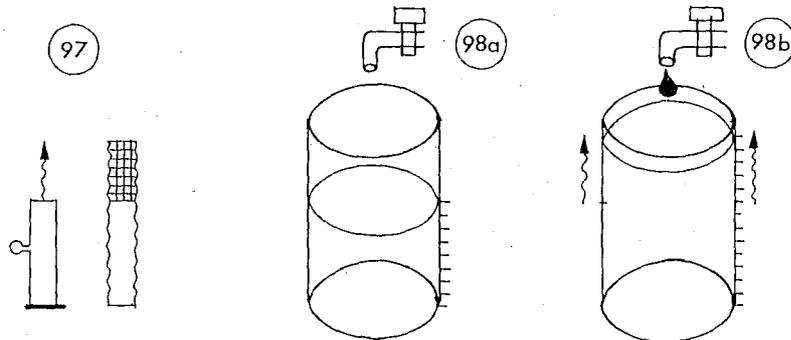
Wir können uns dieses Ergebnis anhand zweier Töpfe verdeutlichen, wobei der Boden des Topfes die pro Periode produzierte Wertsumme darstellt, während die Flüssigkeit die zirkulierende Geldmenge ausdrückt. Die Höhe des Flüssigkeitsspiegels bringt dabei das Verhältnis zwischen zirkulierender Geldmenge und produzierter Wertsumme zum Ausdruck, also das Preisniveau, wobei die Meßskala die Geldeinheit widerspiegelt, in der sich die Preise ausdrücken. Abb. 96 macht deutlich, daß selbst bei wachsender Flüssigkeitsmenge („Aufdrehen des Geldhahns“) der Flüssigkeitsspiegel (= Preisniveau) nicht ansteigt, wenn in gleichem Maße sich der Topf (= die Produktion) ausdehnt.



b) Keynesianische Wirtschaftspolitik und Inflation

Die Anwendung des Keynesischen Rezepts einer Nachfrageerhöhung — finanziert über Geldschöpfung — scheint es zu ermöglichen, eine bereits zum

Ausbruch gekommene Krise relativ schnell zu überwinden, ohne daß deswegen das Preisniveau ansteigen muß. Es stellt sich natürlich gleich die Frage, ob mit einer richtig dosierten Wirtschaftspolitik nicht auch der Ausbruch der Krise selbst verhindert werden kann. Der Staat brauchte doch nur zusätzliche Nachfrage in den Bereichen zu schaffen, in denen der Ausbruch einer Krise droht. In der Tat müßten auf diese Weise der Ausbruch einer Verwertungskrise und die damit einhergehenden Entwertungsprozesse verhindert werden können. Dabei müssen wir uns allerdings darüber klar werden, daß die Verhinderung der Entwertungskrise nur möglich ist über eine Aufblähung der Geldzirkulation gegenüber der Warencirkulation: Einer bestimmten produzierten Wertsumme steht eine anwachsende Menge an zirkulierenden Geldeinheiten gegenüber, die Folge sind inflationäre Tendenzen. Abb. 97 soll diesen Zusammenhang verdeutlichen: Dem linken Block der der insgesamt produzierten Werte (bei Vollauslastung der Kapazitäten — angedeutet durch den waagerechten Balken unten) steht eine aufgeblähte Nachfrage gegenüber. Aufgrund der ausgelasteten Kapazitäten kann diese überhängende Nachfrage nicht mit einem steigenden Warenangebot — herbeigeführt durch steigende Produktion — aufgefangen werden (wie im vorhin diskutierten Fall freier Kapazitäten und Arbeitslosigkeit), sondern nur noch über Preissteigerungen (geschlängelnder Pfeil = nur nominelle Aufblähung des Angebots). Bei gestiegenen Preisen wird die zunächst überhängende Nachfrage voll absorbiert. — Dargestellt anhand der Töpfe ergibt sich ein Bild wie in Abb. 98 a, b.

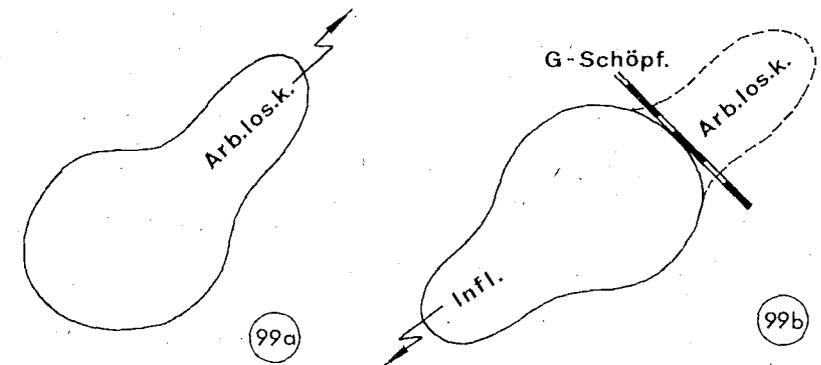


Wir können also folgendes festhalten: Der Ausbruch einer Verwertungskrise und die damit einhergehenden Entwertungsprozesse können zwar — durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage auf dem Weg über Geldschöpfung

— verhindert werden, aber nur unter Inkaufnahme einer Inflation.

c) Inflation als „verdrängte“ Krise

Wir stellen also fest, daß — nach unseren bisherigen Überlegungen — eine Art „Symptomverschiebung“ stattgefunden hat: Der Durchbruch des Krisensymptoms Arbeitslosigkeit kann mit Hilfe der Keynesianischen Wirtschaftspolitik scheinbar verhindert werden, aber nur unter Inkaufnahme eines anderen Symptoms, nämlich der Inflation. Diese Verschiebung von einem Symptom zum anderen ist vergleichbar mit einem aufgeblasenen Luftballon (Abb. 99 a), bei dem der Binnendruck zunächst zur Ausformung nur einer Nase führt. Wird nun diese Nase von außen zusammengepresst, d.h. an ihrer Ausformung gehindert, so bildet sich an anderer Stelle eine andere Nase heraus (Abb. 99 b). Die eigentliche Ursache des ursprünglichen Symptoms (= 1. Nase), nämlich der erhöhte Binnendruck, ist damit nicht beseitigt; vielmehr wird der Durchbruch des Symptoms nur dadurch verhindert, daß an anderer Stelle sich ein anderes Symptom (2. Nase) herausbildet.



Im übertragenen Sinn ist also eine über Geldschöpfung finanzierte Inflation nichts anderes als ein *verschobenes Krisensymptom*. Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist damit nicht beseitigt, sondern nur die Erscheinungsform der Krise hat sich verändert: An die Stelle des Durchbruchs in Form von Arbeitslosigkeit tritt die Inflation. Dieses „entweder Arbeitslosigkeit oder Inflation“ wird in der bürgerlichen Ökonomie schlicht als

„Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität“ bezeichnet und quasi als naturnotwendig hingestellt, ohne das hinter den Erscheinungen stehende Wesen der kapitalistischen Produktionsweise herauszuarbeiten. (Beim „Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich“ spricht die bürgerliche Ökonomie von einem „magischen (!) Dreieck“. Dieser Ausdruck beinhaltet im Grunde nichts anderes als eine Bankrotterklärung bezüglich des Verständnisses der hinter diesen Erscheinungen stehenden ökonomischen Bewegungsgesetze. Denn als „magisch“ wird üblicherweise etwas bezeichnet, was mit rationalen Mitteln nicht mehr erklärbar ist.)

d) Auswirkungen der Inflation auf den Reproduktionszusammenhang des Kapitals

Nun stellt sich freilich gleich die Frage, ob eine Inflation nicht ein tragbares Symptom, gewissermaßen ein geringeres Übel, ist als eine Massenarbeitslosigkeit und ob deswegen nicht systematisch — zur Verhinderung einer Arbeitslosigkeit — eine Inflation in Kauf genommen werden sollte: inflationäre Geldschöpfung als Mittel der Vollbeschäftigungspolitik? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns etwas eingehender mit den Auswirkungen einer Inflation auseinandersetzen.

Bisher hatten wir ja lediglich erwähnt, daß bei wachsender zirkulierender Geldmenge und gleichbleibender Produktion von Werten die Preise der Waren ansteigen, daß sich also lediglich der Zahlenausdruck der Warenpreise verändert. Ansonsten würde sich bezüglich der Preisverhältnisse zwischen den Waren nichts ändern. Wäre dem tatsächlich so, würden also alle Warenpreise in der Inflation gleichermaßen aufgebläht — einschließlich dem Preis der Ware Arbeitskraft, also den Löhnen —, so wäre der Effekt der Inflation gleich Null. Die Inflation wäre unter diesen Umständen aber auch ein ungeeignetes Mittel, um das Absinken der Profitrate und damit den Durchbruch der Entwertungsprozesse zu verhindern. Denn wenn sämtliche Erlöspreise und sämtliche Kostpreise sich um den gleichen Prozentsatz erhöhen, ändert sich an der Profitrate selbstverständlich überhaupt nichts. Entsprechend verändert sich auch nicht die produzierte Wertsumme (sondern lediglich ihr Geldausdruck). Inflation kann also nur dann den Fall der Profitrate aufhalten, wenn sie verbunden ist mit irgendwelchen Wertübertragungen zugunsten des Gesamtkapitals oder zugunsten einzelner Kapitale.

Altwater/Brandes/Reiche schreiben hierzu:

„Die Krise ist auf diese Weise nur hinauszuschieben, wenn die Preissteigerungen der Waren für das Kapital eine seinen Bedürfnissen entsprechende Profitrate ermöglichen. Damit ist aber bereits die Spezifik der Inflation bezeichnet: Sie kann die Krise nur hinausschieben, wenn sie das Verteilungsverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital zugunsten des Kapitals verändert und/oder bei ungleichmäßigen Preissteigerungsraten Umverteilungsprozesse innerhalb der Kapitalistenklasse bewirkt.“ (In: Handbuch 3: Inflation, Akkumulation, Krise, Bd. I, a.a.O., S. 10)

Wir wollen beide Möglichkeiten nacheinander betrachten.

da) Inflation und Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital

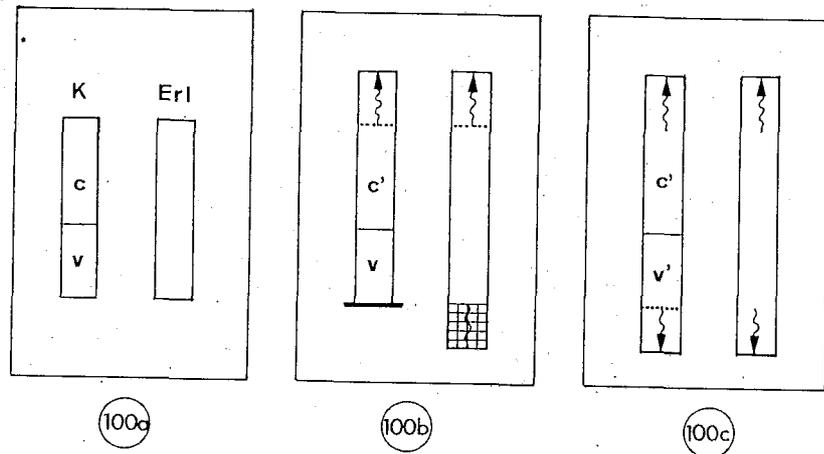
Das Ansteigen der Warenpreise — sofern die Waren in den Konsum der Arbeiterklasse eingehen — bedeutet ja, daß — bei konstanten Nominalöhnen — weniger Waren gekauft werden können; die reale Kaufkraft konstanter Löhne schrumpft demnach in der Inflation zusammen (Reallohnsenkung). Wertmäßig erhalten die Arbeiter also schließlich weniger, weil sie mit einem gegebenen Lohn bei aufgeblähten Preisen eine geringere Wertsumme einlösen können. Altwater/Brandes/Reiche:

„Über die Inflation wird also letztlich eine reale Wertsenkung des für die Arbeitskraft aufzuwendenden variablen Kapitals und daher eine entsprechende Steigerung seiner Verwertung versucht.“ (Handbuch 3, S. 11)

Genau diese Auswirkung der Inflation (die Senkung der Reallöhne) schwebte übrigens Keynes vor, als er die inflationäre Geldschöpfung als Mittel der Vollbeschäftigungspolitik anpries. Seine Argumentation ging dahin, daß — angesichts der Stärke der Gewerkschaften — Nominallohnsenkungen auch bei drohender Krise nicht mehr durchsetzbar seien. Der Widerstand der Gewerkschaften könne aber dann gebrochen werden, wenn die Nominallöhne nicht gesenkt werden, sondern lediglich indirekt — auf dem Weg über eine Inflation — die Kaufkraft der Löhne untergraben und auf diese Weise eine Reallohnsenkung erzwungen wird. Keynes hat dabei unterstellt, daß sich die Arbeiter bzw. Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen lediglich am Geldausdruck der Löhne orientieren („Geldillusion“), nicht aber an der realen Kaufkraft.

Diese Annahme ist freilich auf lange Sicht recht unrealistisch. In dem Ausmaß, wie die Arbeiterklasse — selbst bei konstanten Nominallohnen — die Auswirkungen der Inflation in einer sinkenden Kaufkraft und einer Verschlechterung des Konsumstandards zu spüren bekommt, werden sich Forderungen nach entsprechenden Nominallohnerhöhungen ergeben — zum Ausgleich für den inflationär bedingten Kaufkraftschwund. Selbst bei gleichbleibender Produktivität werden sich demnach die Lohnforderungen in ihren Steigerungsraten den Inflationsraten anpassen. Insofern hat Keynes die Rechnung ohne den Wirt (bzw. ohne die Arbeiterklasse und deren Organisationen) gemacht. Immerhin ist interessant, daß sein Vorgehen im Prinzip darauf hinauslief, die Verwertungsbedingungen des Kapitals durch einen — wenn auch getarnten — Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse herzustellen bzw. aufrechtzuerhalten.

In den folgenden Abbildungen kommt der gerade angestellte Gedanke noch einmal grafisch zum Ausdruck: Die Verwertungssituation der Kapitale bei hereinbrechender Krise sei so, daß die Erlöse gleich den Kosten sind, also keine Profite erzielt werden (Abb. 100 a). Beschränkt sich die Inflation auf die Aufblähung der Erlöspreise sowie der Kostpreise für das kon-



stante Kapital c , während der Preis der Ware Arbeitskraft (Nominallohn, variables Kapital v) konstant bleibt, so entstehen in der Tat inflationär bedingte Profite (Abb. 100 b). Wird nun — als Reaktion auf die so ausgelöste Preissteigerung — eine entsprechende Nominallohnerhöhung durchgesetzt,

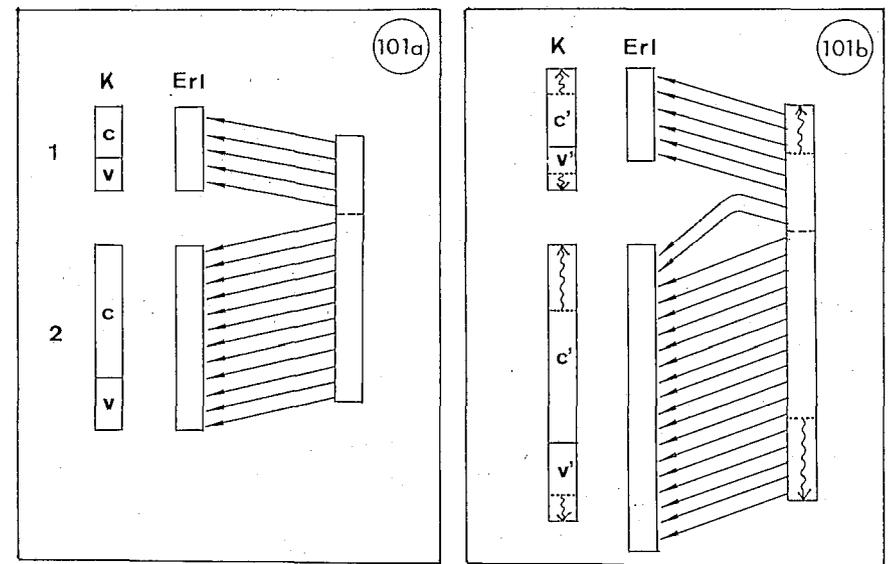
so schwindet der vorübergehende Inflationsprofit wieder dahin (Abb. 100 c).

db) Inflation und Verteilungskampf zwischen den Einzelkapitalen

Die Inflation kann nun die Einzelkapitale in durchaus unterschiedlicher Weise treffen:

„Wenn zum Beispiel einzelne Kapitale Rohstoffe, Produktionsmittel oder Arbeitskräfte zu steigenden Preisen einkaufen müssen, ohne daß es ihnen möglich ist, die produzierten Waren zu gleichermaßen steigenden Preisen an den Mann zu bringen, bewirkt scheinbar die ‚Kosteninflation‘, daß die Produktion unrentabel wird.“ (Altwater/Brandes/Reiche, S. 12)

Abb. 101 a stellt in diesem Zusammenhang zwei Einzelkapitale dar, die von der Inflation bezüglich der Kostpreise in gleicher Weise getroffen werden; sowohl die Preise für das konstante Kapital als auch die Löhne (variables Kapital v) erhöhen sich in unserem Modell um 50 % (Abb. 101 b). Einzelkapital 1 gelingt es aber aufgrund seiner schwachen Stellung



am Absatzmarkt nicht, die „Kosteninflation“ voll auf die Preise weiterzuwälzen, während Kapital 2 aufgrund seiner Marktmacht Preiserhöhungen durchsetzen kann, die über der Kostensteigerungsrate liegen. Für den Fall, daß sich Einkommen und Nachfrage nominell ebenfalls um 50 % aufblähen, entzieht Kapital 2 auf diese Weise dem Kapital 1 einen bestimmten Teil der Nachfrage, realisiert also Profite auf Kosten entsprechender Verluste bei Kapital 1 (grafisch angedeutet durch das „Herumbiegen“ zweier Nachfragepfeile von 1 nach 2).

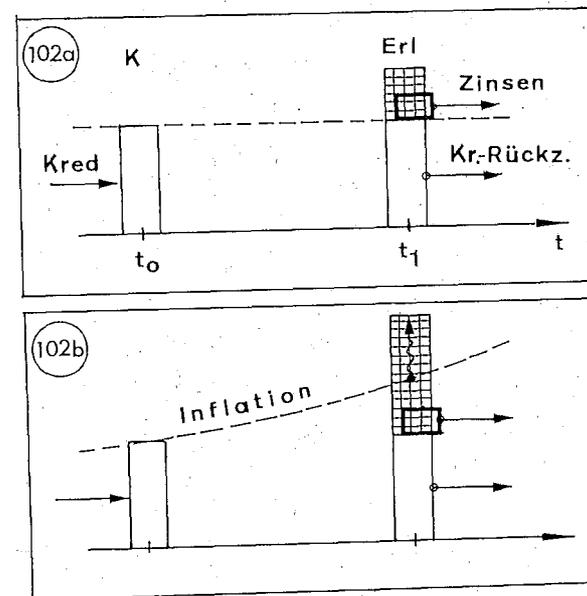
(Anhand dieses Modells können auch andere Möglichkeiten durchgespielt werden: Daß die Einzelkapitale z.B. von der Erhöhung der Rohstoffpreise oder anderer Elemente des konstanten Kapitals oder von der Erhöhung der Löhne unterschiedlich getroffen werden, bzw. daß sie — etwa aufgrund von monopolistischer Marktmacht auf den Bezugsmärkten — in unterschiedlicher Weise in der Lage sind, sich der allgemeinen „Kosteninflation“ durch Druck auf die vorgelagerten Stufen zu entziehen.)

„Generell läßt sich sagen, daß hochkonzentrierte, große Kapitale mehr Möglichkeiten haben, sich den Entwertungsprozessen zu entziehen, als kleinere und mittlere Kapitale. Aus diesem Grund wirkt die Inflation, insbesondere die galoppierende und Hyperinflation, in Richtung einer Verstärkung der Konzentrations- und Zentralisationsprozesse, der Umverteilung von den kleineren und mittleren zu den großen Kapitalen.“ (Altvater/Brandes/Reiche, S. 13.)

dc) Inflation und das Verhältnis von Schuldner zu Gläubiger

Eine andere Art der inflationsbedingten Umverteilung von Werten ist die Umverteilung zwischen Schuldnern (Kreditnehmern) und Gläubigern (Kreditgebern). Wir wollen uns dies anhand des folgenden Modells klarmachen: Der Einfachheit halber sei angenommen, ein Einzelkapital finanziere seine gesamten Kosten über Kredite (was in diesem Extrem natürlich unrealistisch ist; die dabei sich ergebenden Tendenzen lassen sich jedoch ohne weiteres übertragen auf Fälle, wo nur ein Teil der Kosten über Kredite finanziert wird.) In den folgenden Abbildungen wird nun berücksichtigt, daß die Kreditaufnahme und Finanzierung der Produktion zeitlich vorgelagert ist (t_0) dem Rückfluß der Erlöse aus eben dieser Produktion (t_1). In Abb. 102 a ist nun angenommen, daß — bei Preisstabilität über die

Zeit hinweg — die Erlöse zum Zeitpunkt t_1 die Kosten in t_0 um 50 % übersteigen. Aus diesen Erlösen wird sowohl der aufgenommene Kredit zurück-



gezahlt als auch die Zinsen für diesen Kredit (die in unserem Modell 25 % der aufgenommenen Kreditsumme betragen sollen und aus Teilen des realisierten Profits bestritten werden).

In Abb. 102 b hingegen ist unterstellt, daß im Zeitablauf zwischen t_0 und t_1 eine 50 %ige Inflationsrate wirksam geworden ist, so daß sich — bei sonst gleichen Bedingungen — die Erlöse allein aufgrund der allgemeinen Inflation um 50 % erhöhen. Erfolgt nun zum Zeitpunkt t_1 die Kreditrückzahlung in Höhe der aufgenommenen Kreditsumme + 25 % Zinsen, so bleibt das Anwachsen dieser Summe hinter der allgemeinen inflationären Entwicklung zurück: die 25 % Zinsen reichen nicht aus, um damit die Auswirkungen einer 50 %igen Inflation abzufangen. Vielmehr verschlechtert sich die Position des Kreditgebers, der sich zum Zeitpunkt t_1 mit Kreditrückzahlung + Zinsen schließlich weniger kaufen kann, als er es in t_0 mit dem ausgeliehenen Kreditbetrag hätte tun können. (In unserer Abb. 102 b kommt dieser Tatbestand darin zum Ausdruck, daß sich die Summe aus

Kreditrückzahlung + Zinsen unter der gestrichelten Linie befindet, wobei der Anstieg dieser Linie das Ausmaß der inflationären Preisentwicklung darstellt.) – Unter den vorausgesetzten Bedingungen kommt die Inflation also einseitig dem Kreditnehmer (Schuldner) zugute, dessen Profite prozentual stärker ansteigen als die Preise, und gehen zulasten des Kreditgebers (Gläubiger).

Dieses Ergebnis kommt freilich nur dadurch zustande, daß wir eine Inflationsrate angenommen haben, die den Zinssatz übersteigt. Die Tendenz einer Umverteilung auf Kosten der Gläubiger zugunsten der Schuldner ist aber auch dann gegeben, wenn die Verhältnisse nicht so klar liegen wie in unserem Beispiel. Allgemein kann man sagen, daß die Inflationsrate an der Kaufkraft eines bestimmten Geldbetrages zehrt, so daß die reale Kaufkraft des Zinsgewinns umso mehr aufgeessen wird, je mehr sich die Inflationsrate dem Zinssatz nähert. Liegt die Inflationsrate gar über dem Zinssatz, so läuft das Ausleihen von Krediten auf ein Verlustgeschäft hinaus: Der schließlich zurückgezahlte Betrag (einschließlich Zinsen) hat geringere Kaufkraft als der ursprünglich ausgeliehene.

Auch diese Auswirkung der Inflation wird sich schließlich herumsprechen und entsprechende Reaktionen auf seiten der Gläubiger hervorrufen: Das Auffressen des Zinsgewinns durch die Inflationsrate wird sich dahingehend auswirken, daß für die Kreditvergabe erhöhte Zinssätze gefordert werden. Wird die zu erwartende Inflationsrate von vornherein in höheren Zinsen vorweggenommen, so ist der profitsteigernde Effekt der Inflation zugunsten der Schuldner schließlich verpufft. – Interessant in diesem Zusammenhang ist die Rolle der Banken, die ja sowohl Gläubiger (gegenüber den Kreditnehmern) als auch Schuldner (gegenüber den Sparern) sind. Hierzu schreiben Altvater/Brandes/Reiche:

„Da die Banken zugleich Gläubiger und Schuldner sind, können sie den aus ihrer Gläubigerposition resultierenden Verlusten nur entgehen, wenn sie sich ihren eigenen Gläubigern, d.h. den Sparern, gegenüber schadlos halten.“ (Altvater/Brandes/Reiche, S. 13)

Aus den gerade abgeleiteten Tendenzen zum Anstieg der Kreditzinsen im Zuge der Inflation ergeben sich weitere Konsequenzen für die Position der Einzelkapitale untereinander:

„Wegen der ungleichmäßigen Wirkung der Inflation können die notwendig steigenden Zinsen für Kredite nicht alle Kapitale gleichermaßen bezahlen, so daß gerade in der beginnenden Krise, in der die Nachfrage nach Zirkulationskrediten ansteigt, ein Ausleseprozeß stattfindet. Eine Reihe Kapitale macht bankrott. Diese Entwertung von Kapital wird jedoch nicht durch die offene Krise vollzogen; sie ist vielmehr durch die Inflation, die eigentlich die Verwertungskrise hinausschieben soll, vermittelt. Daran wird deutlich, daß die Verschiebung der Krise durch die Inflation nicht für alle Kapitale gleichermaßen gelingen kann, daß Inflation und Krise sich keinesfalls gegenseitig ausschließen müssen.“ (Altvater/Brandes/Reiche, S. 13 f)

dd) Das Nachlassen der krisenaufschiebenden Wirkung der Inflation

Wenn wir die Auswirkungen der Inflation sowohl auf die Nominallohnentwicklung als auch auf die Kreditzinsentwicklung in Rechnung stellen, so ergibt sich zusammenfassend, daß die krisenaufschiebende Wirkung der Inflation umso mehr nachläßt, je mehr die Inflationsrate in höhere Lohnforderungen bzw. in höhere Kreditzinsen eingeht. Wenn sich nicht nur die Erlöspreise (Marktpreise) der Waren inflationär erhöhen (und damit auch die Kostpreise auf das konstante Kapital der nachgelagerten Stufen), sondern in gleichem Maße auch die Preise der Ware Arbeitskraft und die Kreditzinsen, so werden die über Inflation künstlich herbeigeführten Profite wieder eingeebnet, und die zunächst „verdrängte“, hinausgeschobene Krise geht schließlich doch ihrem Durchbruch entgegen.

de) Die Tendenz zur galoppierenden Inflation

Ein Mittel gegen die nachlassende profitsteigernde Wirkung der Inflation bestände nur in einer abermaligen Anheizung der Inflation über beschleunigte Geldschöpfung und Nachfrageankurbelung; aber natürlich wäre auch dies wiederum nur ein weiteres Hinausschieben, ein weiteres „Verdrängen“ der Krise, ohne deren eigentliche Ursache zu beseitigen. Auch eine beschleunigte Inflation würde schließlich zu progressiv anwachsenden Lohnforderungen und entsprechend steigenden Kreditzinsen führen, und der krisenaufschiebende Effekt wäre abermals verpufft. (Eine derartige Krisentherapie gleicht damit der Behandlung einer Krankheit mit Drogen: Die Droge vermag zunächst in kleinen Dosierungen eine Schmerzlinderung

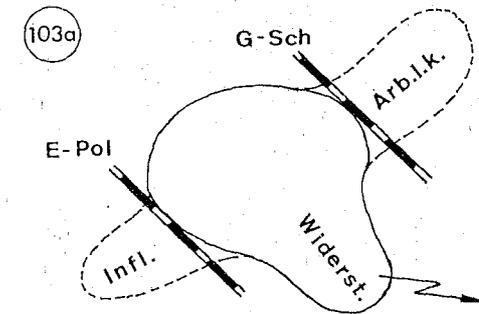
herbeizuführen, macht aber den Patienten auf lange Sicht süchtig und wirkt schließlich nur noch in stets wachsenden Dosierungen, die den Organismus zunehmend zerstören. Die dem Schmerz zugrunde liegende Krankheit kann auf diese Weise nicht geheilt werden.)

e) Staatliche Einkommenspolitik als „Verdrängung“ der Inflation

Wir sehen also, daß die krisenaufschiebende Wirkung der Inflation nur solange gegeben ist, wie die Inflationsrate nicht in entsprechende Lohnforderungen Eingang findet. Es wird deshalb verständlich, daß der Staat mit dem Ziel einer Krisenvermeidung zunächst versuchen wird, die Gewerkschaften bzw. die Arbeiterklasse von erhöhten Lohnforderungen abzuhalten, sie zu einer „Zurückhaltung in der Lohnpolitik“ zu bewegen. Nichts anderes beinhaltet die sog. „staatliche Einkommenspolitik“, sei es in Form einer „konzertierten Aktion“, die die Gewerkschaften in die Verantwortung für die Krisenvermeidung einbindet, oder sei es in der schärferen Form eines „allgemeinen Lohnstops“. In jedem Fall läuft eine solche Politik auf den Versuch hinaus, die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals durch einen „freiwilligen“ oder durch einen staatlich verordneten Lohnverzicht abzusichern. Die bis dahin eingeräumte Tarifautonomie, d.h. das historisch erkämpfte und schließlich gesetzlich verankerte Recht auf das Aushandeln von Tarifvereinbarungen zwischen Gewerkschaften einerseits und Unternehmerverbänden andererseits, unterliegt unter diesen Bedingungen einer zunehmenden Aushöhlung, sei es nun in Form staatlicher Lohnleitlinien, in die die gewerkschaftlichen Lohnforderungen eingebunden werden sollen, oder sei es (für den Fall mangelnder Einbindungsbereitschaft der Gewerkschaften) durch direkte formale Aufhebung der Tarifautonomie über staatlich verordneten Lohnstop. Auf Einzelheiten der staatlichen Einkommenspolitik wollen wir hier nicht eingehen. Immerhin soll hervorgehoben werden, daß sie in der einen oder anderen Form in ungefähr allen kapitalistischen Ländern zur Anwendung kam bzw. kommt zu einer Zeit, in der – im Zuge der Keynesianischen Politik – die Inflation immer bedrohlichere Ausmaße annahm.

Wir können also festhalten, daß die staatliche Einkommenspolitik einen Versuch darstellt, die Inflation zurückzudrängen, d.h. ein Symptom an seinem Durchbruch zu hindern, das seinerseits bereits Ergebnis einer Symptomverschiebung (nämlich der verdrängten Arbeitslosigkeit) war.

Abb. 103 a will diesen Zusammenhang grafisch darstellen.



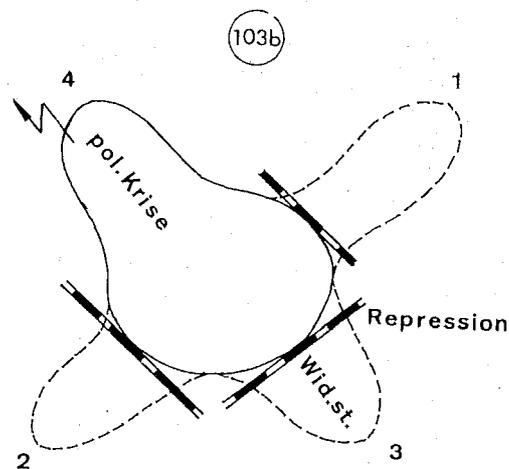
f) „Verdrängung“ von Widersprüchen und die Tendenz zu ihrer Entladung

Es ist klar, daß auch diese Politik nichts anderes darstellt als eine Verdrängung eines Krisensymptoms, die die zugrundeliegenden und die ökonomischen Prozesse antreibenden Widersprüche in keiner Weise löst. Im Gegenteil werden die Widersprüche nunmehr an anderer Stelle durchbrechen. Welche Form diese Durchbrüche annehmen, kann freilich nicht abstrakt abgeleitet werden, sondern hängt von den konkreten historischen Bedingungen innerhalb der einzelnen Länder ab; etwa von der Art der eingesetzten Politik, von dem Bewußtseinsstand und der Kampfbereitschaft bzw. Kampfstärke der Arbeiterklasse, vom Verhältnis der Gewerkschaften zur Basis u.v.a.m. (Siehe hierzu die Berichte über die konkreten Bedingungen in verschiedenen kapitalistischen Ländern, in: Handbuch 4: Inflation, Akkumulation, Krise II, Frankfurt 1976)

Für den Fall etwa, daß sich die Gewerkschaften freiwillig einbinden lassen in staatliche Lohnleitlinien und mit Rücksicht auf die Sicherstellung der Verwertungsbedingungen auf Lohnforderungen verzichten bzw. gar Reallohnsenkungen in Kauf nehmen, kann es – wie in der BRD 1968-1973 – zu sich verschärfenden Widersprüchen zwischen der Basis der Arbeiterklasse und den Gewerkschaftsspitzen kommen, die sich in Form von „wilden Streiks“ entladen. Oder aber die Gewerkschaftsorganisationen werden selbst offensiv und sind zu Kampfmaßnahmen bereit – sei es, um den Konflikt mit ihrer eigenen Basis zu vermeiden, sei es, weil die Gewerkschaftsspitze von vornherein eine offensive Politik vertritt. Hierbei wird es wiederum von den spezifischen nationalen und historischen Bedingungen abhängen.

hängen, ob sich die Forderungen der Gewerkschaften ausschließlich oder in erster Linie auf den Bereich der Lohnforderungen beziehen und mehr ökonomischen Charakter haben oder ob darüber hinaus gesellschaftspolitische Kampfziele formuliert werden. In jedem Fall besteht die Tendenz zur Verschärfung ökonomischer und politischer Konflikte, die es aus der Sicht des bürgerlichen und auf Systemstabilisierung orientierten Staates zu verhindern gilt.

Gleichgültig, welche der bürgerlich-demokratischen Parteien in einer solchen Situation die Regierung bildet; unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse wird der bürgerliche Staat dahin tendieren, das System der Kapitalverwertung mit sich verschärfenden Repressionsmaßnahmen gegenüber drohendem bzw. schon durchbrechendem Widerstand zu schützen. Ist die Erreichung dieses Ziels im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie nicht mehr sicherzustellen, so droht gar eine zunehmende Unterhöhlung bürgerlich-demokratischer Rechte – bis hin zur Errichtung einer Rechtsdiktatur zwecks Stabilisierung der Kapitalherrschaft mit offener Gewalt. (Vgl. hierzu Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek 1971) – Die ökonomische Krise des Kapitalismus ist damit verdrängt und bricht auf anderer Ebene als politische Krise der bürgerlichen Demokratie durch (Abb. 103 b).



2) Das Scheitern des Keynesianismus und seine Folgen

a) Vom Keynesianismus zum Monetarismus

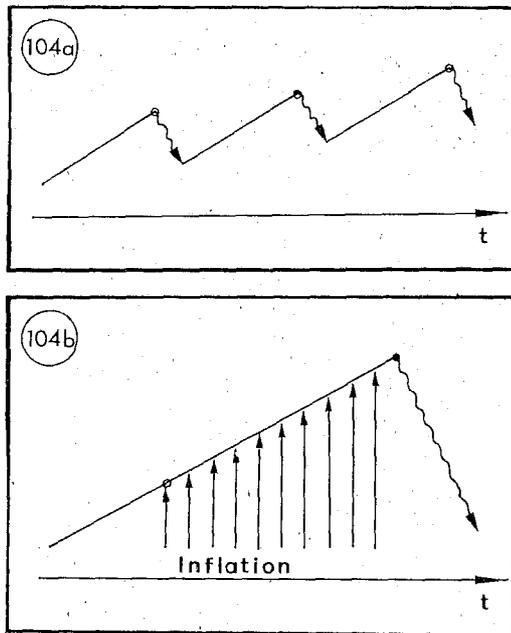
Ehe es soweit kommt, bleibt freilich noch eine andere Möglichkeit: Die Zurücknahme der keynesianischen Politik der inflationären Nachfrageaufblähung, die – wie wir gesehen haben – langfristig ohnehin zum Scheitern verurteilt ist, und ihr Ersetzen durch eine Wiederanbindung der Geldmenge an das produzierte Produktionsvolumen. Mit anderen Worten: Die über Geldschöpfung herbeigeführte Verselbständigung der zirkulierenden Geldmenge gegenüber der produzierten Wertsomme wird dadurch rückgängig gemacht, daß sich Geldvolumen und Produktionsvolumen parallel entwickeln. In den Vordergrund rückt auf diese Weise eine Geldpolitik, deren Aufgabe es nur noch ist, diese Parallelität mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (Diskontpolitik, Offenmarktpolitik, Mindestreservpolitik usw.) sicherzustellen. Dieses Hinwenden zum „Monetarismus“ (einer wesentlich über Geldmengenregulierung betriebenen Wirtschaftspolitik) bedeutet nichts anderes als ein Abschied von der keynesianischen Illusion, daß mit inflationärer Finanzierung des Staatshaushalts der Krise des Kapitalismus beizukommen sei („Fiskalismus“). (Vgl. im einzelnen: Rudolf Henschel: Inflation und Verteilungskampf, in: Handbuch 3, a.a.O., S. 236-265)

Mit der Bremsung der Geldmengenexpansion bricht freilich das wieder durch, was mit Mitteln der keynesianischen Politik gerade ein für allemal verhindert werden sollte: Massenarbeitslosigkeit, als Erscheinungsform der Verwertungskrise des Kapitals.

b) Aufgeschobene Verwertungskrise und Durchbruch zurückgestauter Entwertungsprozesse

Werttheoretisch ist nun auch verständlich, daß – je länger die Verwertungskrise hinausgeschoben wurde und die entsprechenden Entwertungsprozesse unterblieben sind, umso gewaltiger – nunmehr Entwertungsprozesse einsetzen müssen, um die Bedingungen für den schließlichen Wiederaufschwung herzustellen. (Abb. 104 a soll das andeuten, wobei die nach rechts unten zeigenden geschlängelten Pfeile jeweils Entwertungsprozesse

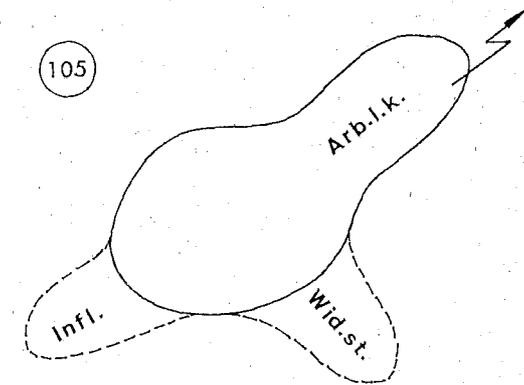
darstellen, während die nach oben gerichteten geraden Pfeile das „Abstützen der Konjunktur“ mit Mitteln inflationärer Politik darstellen — Abb. 104 b). Die von den Keynesianern totgegläubte oder totgeredete



Krise des Kapitalismus bricht schließlich mit Vehemenz in Form von Massenarbeitslosigkeit wieder durch. Dies etwa ist der Stand Mitte der 70er Jahre in sämtlichen kapitalistischen Industrienationen. (Einzelheiten hierzu siehe Handbuch 4: Inflation — Akkumulation — Krise, II) Die „Droge Inflation“, einmal dem Patienten entzogen, läßt deutlich werden, wie schwach der Patient in Wahrheit ist: er bricht sogleich krisenhaft zusammen.

Abb. 105 will diesen Gedankengang im Ergebnis noch einmal grafisch veranschaulichen: Indem die „Barriere“, die ursprünglich gegen das Durchbrechen von Massenarbeitslosigkeit errichtet wurde (nämlich inflationäre

Geldschöpfung) beseitigt wird, bricht das Symptom in alter Form wieder durch.



c) Die Notwendigkeit einer Abkehr vom Keynesianismus

Die Abkehr von der keynesianischen Politik ist aber — wie wir gesehen haben — langfristig keine Frage des Wollens, sondern eine Notwendigkeit. Die jeweils an der Macht befindliche Regierung ist insoweit nur Vollstrecker ökonomischer Bewegungsgesetze, deren Tendenzen wir oben herausgearbeitet haben. Die von einer keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik gegebene Vollbeschäftigungsgarantie kann langfristig nicht eingehalten werden. Die Krise des Kapitalismus — mit allen Mitteln der Wirtschaftspolitik immer wieder hinausgeschoben und verdrängt — bahnt sich schließlich doch den Weg zu ihrem Durchbruch. Das Wertgesetz und die darin implizierte Bewegung des Kapitals wurde zwar durch keynesianische Politik in seinen Erscheinungsformen modifiziert, verschafft sich aber langfristig schließlich doch wieder Geltung in Form von Entwertungsprozessen; auf diese Weise wird besorgt, was notwendige Voraussetzung des Wiederaufschwungs ist: nämlich das wertmäßige (teilweise auch stoffliche) Zusammenschrumpfen von Elementen des konstanten Kapitals und des variablen Kapitals auf ein solches Maß, daß die produzierte Mehrwertmasse und zur Verteilung gelangende Profitmasse wieder in ein ausreichend profitables Verhältnis zum Wert des vorgeschossenen Kapitals ($c + v$) gerät. Erschien es zwischendurch so, als könnten auf dem Weg über Geldschöpfung die Preise und Profite sich von den produzierten Werten loslösen, so zeigt das Ergebnis unserer Ableitungen, daß dieses inflationäre Losreißen

schließlich eine umso schwerere Krise herbeiführt: Die notwendig gewordene Einschränkung inflationärer Politik holt quasi die Geldzirkulation auf den Boden der produzierten Werte zurück.

d) Die Rückkehr zur disziplinierenden Funktion der Krise

Indem die Krise in ungeschminkter Form wieder ausbricht, kann sie für das Kapital eine Funktion erfüllen, die mit Hilfe der staatlichen Einkommenspolitik nicht oder nur sehr mangelhaft erfüllt werden konnte: nämlich durch Erzeugung einer „Reservearmee“ von Arbeitslosen eine Disziplinierung der Arbeiterklasse, die (bzw. deren Organisationen) aus Angst vor steigender Arbeitslosigkeit ihre Lohnforderungen zurückschrauben. Ob die Disziplinierung gelingt oder ob sich verstärkt Widerstand mit systemgefährdenden Tendenzen breitmacht, kann wiederum nicht allgemein, sondern nur aus den historisch konkreten Bedingungen abgeleitet werden. Bei mangelndem Bewußtsein über die Hintergründe der Krise kann eine solche Situation durchaus denjenigen Kräften Auftrieb gegen, denen es nicht auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise ankommt, sondern im Gegenteil auf deren Stabilisierung (und sei es unter Abbau demokratischer Rechte). Daß die ökonomische Krise nicht automatisch in eine sozialistische Revolution einmündet, hat die deutsche Geschichte nur allzu deutlich gezeigt: die Weltwirtschaftskrise nach 1929 führte in Deutschland geradewegs in den Faschismus.

V. Ökonomische Krise und Krise der Staatsfinanzen

1) Rückblick

Besinnen wir uns an dieser Stelle noch einmal auf die Ausgangsfragestellung. Wir hatten ja herausgearbeitet, daß dem Staat einerseits wachsende Aufgaben zufallen, die sich u.a. aus der Unfähigkeit der Einzelkapitale zur Sicherstellung bestimmter allgemeiner Reproduktionsbedingungen ergaben. Auf der anderen Seite hatten wir abgeleitet, daß zur Finanzierung dieser Aufgaben dem Reproduktionskreislauf des Kapitals vom Staat Werte entzogen werden müssen, die schließlich die zur Verteilung anstehende

Profitmasse tendenziell mindern. Von daher ergab sich ja die Frage, ob nicht steigende Staatsausgaben auch finanziert werden können, ohne daß an anderer Stelle Werte abgezogen werden müssen. Diese Frage führte uns direkt zur Auseinandersetzung mit dem Keynesianismus. Wir wissen nun, daß des keynesianische Rezept einer über Geldschöpfung finanzierten Nachfrageerhöhung (insbesondere Staatsnachfrage) die Überwindung einer schon eingetretenen Krise zwar beschleunigen kann, die Aufschiebung einer neuerlichen Krise aber nur unter Erzeugung einer Inflation gelingt. Die notwendige Bremsung der Inflation führt schließlich doch zum Durchbruch der Krise in Form von Arbeitslosigkeit und Rückgang der Produktion.

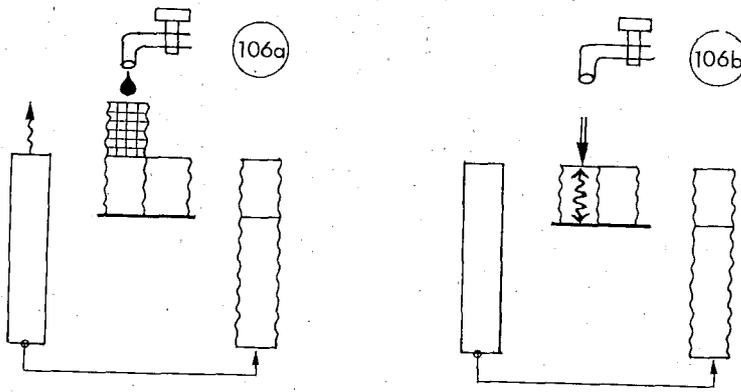
2) Krise und Konsolidierung der Staatsfinanzen

Nach dem zwangsläufigen Scheitern aller Versuche eines Krisenmanagements sieht sich der Staat nun selber mit in die ökonomische Krise hineingezogen: Die notwendige Rücknahme keynesianischer Politik verbietet es dem Staat ja auch, seine Ausgaben weiterhin schrankenlos über Geldschöpfung und Staatsverschuldung zu „finanzieren“.

a) Steuerfinanzierung des Staatshaushalts und wachsender Druck auf die Staatsausgaben

Mit dem Scheitern der keynesianischen Politik gerät der Staat zunehmend unter den Zwang, seine Mittel auf einem Weg zu beschaffen, den er gerade mit der keynesianischen Politik tendenziell verlassen zu können glaubte: auf dem Weg über Steuern, d.h. über Entzug von Werten aus dem Reproduktionskreislauf des Kapitals. Gegenüber den bisher über Geldschöpfung aufgeblähten Staatsausgaben erscheinen die Steuereinnahmen nunmehr zur Deckung des Staatshaushalts zu gering. Durch die Notwendigkeit, seine angewachsenen Schulden zu konsolidieren, d.h. im wesentlichen durch Steuereinnahmen abzudecken, gerät der Staat in eine Finanzkrise. Dies umso mehr, als ja mit hereinbrechender ökonomischer Krise sowohl Produktion wie Einkommen absinken und damit auch die Steuerbelastbarkeit sowohl der Lohnabhängigen wie des Kapitals zurückgeht. — Die folgenden Abbil-

dungen sollen diese Situation verdeutlichen:



Während in Abb. 106 a noch Geldschöpfung betrieben und der Staatshaushalt auf diese Weise mindestens teilweise finanziert werden kann, ist in Abb. 106 b „der Geldhahn zuge dreht“ und von daher — bei gleichen Steuereinnahmen — das mögliche Ausgabevolumen des Staates eingeschränkt.

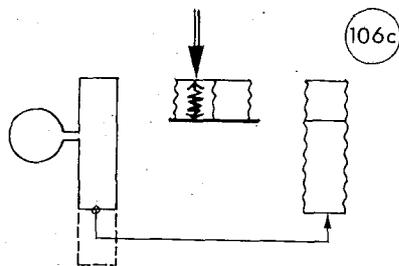


Abb. 106 c stellt nun zusätzlich noch dar, daß aufgrund der eingetretenen Krise die Einkommen und — bei gleichem Steuersatz — auch das Steueraufkommen zurückgegangen ist, so daß ein weiterer Druck auf die Staatsausgaben einsetzt. Wir wollen im weiteren verfolgen, welche Konsequenzen sich daraus für die staatliche Steuer- und Ausgabenpolitik sowie für die damit zusammenhängende allgemeinpolitische Entwicklung ergeben.

Wie kommt der Staat nun aus der Klemme heraus, in die er im Zuge der Krise geraten ist, deren Eintreten er trotz aller wirtschaftspolitischen An-

b) Druck auf die Staatsausgaben und Rationalisierung im öffentlichen Dienst

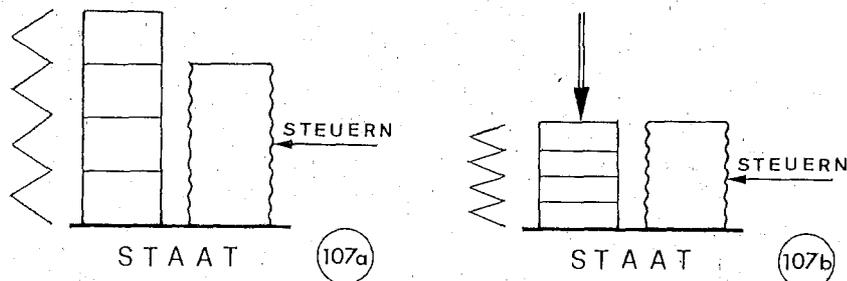
Wie kommt der Staat nun aus der Klemme heraus, in die er im Zuge der Krise geraten ist, deren Eintreten er trotz aller wirtschaftspolitischen An-

strengungen nicht hat verhindern können? Eine rigorose Zusammenstreichung sämtlicher öffentlicher Leistungen ist nicht ohne weiteres möglich, weil ja — wie wir gesehen hatten — die Ausdehnung der Staatstätigkeit (Schaffung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen, Behebung destruktiver Produktionsfolgen, Sozialpolitik) bestimmten objektiven Entwicklungstendenzen des Kapitalismus entspringt. Wenn also die Gebrauchswerte öffentlicher Leistungen eine bestimmte notwendige Funktion der Systemstabilisierung erfüllen und nicht ohne Gefahr für die langfristige Entwicklung des Systems reduziert werden können, entsteht ein zunehmender Druck auf den Staat, diese Gebrauchswerte tendenziell mit weniger Finanzierungsmitteln, d.h. kostensparend bereitzustellen; m.a.W.: die Produktion öffentlicher Leistungen zu rationalisieren.

Der staatliche Verwaltungsapparat gerät auf diese Weise unter einen ähnlichen Druck wie der privatkapitalistisch organisierte Produktionsprozeß, der sich unter dem Verwertungsdruck des Kapitals — wie wir früher abgeleitet haben — zunehmend in seiner inneren Struktur umgewandelt hat. Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die zunächst nur relevant waren für privatkapitalistische Unternehmen, finden auf diese Weise zunehmend Eingang in den Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie staatlich betriebener Produktion von Dienstleistungen (öffentliche Verkehrsbetriebe und Versorgungsbetriebe, öffentliches Gesundheitswesen usw.). Die konkreten Arbeitsbedingungen der vom Staat abhängig Beschäftigten („staatliche Lohnarbeiter“ = Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst) gleichen sich auf diese Weise tendenziell den Arbeitsbedingungen derjenigen Lohnabhängigen an, die ihre Arbeitskraft unmittelbar an das Kapital verkaufen (sog. „produktive Arbeiter“, weil sie allein dem Kapital Mehrwert produzieren). (Vgl. hierzu im einzelnen: Armanski/Penth/Pohlmann: Staatliche Lohnarbeiter in der BRD, Erlangen 1975)

Schien es zunächst so, als sei der Staat den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung entzogen (weil er seine Leistungen nicht profitbringend über den Markt als Ware verkauft, sondern sich die notwendigen Mittel kraft hoheitlicher Gewalt über Steuern beschaffen kann), so stellen wir nunmehr fest, daß sich die aus der Kapitalverwertung ergebenden Zwänge auch dem Staat — wenn auch indirekt — aufdrängen. Dem staatlich organisierten Arbeitsprozeß (etwa in der öffentlichen Verwaltung) wird auf diese Weise — wenn auch vermittelt — ebenfalls zunehmend der Stempel kapitalistischer Rationalität aufgedrückt (Intensivierung der Arbeit, analytische Arbeitsplatzbewertung usw.).

Abb. 107 a, b sollen das grafisch verdeutlichen: Die Gebrauchswerte staatlicher Leistungen sollen in beiden Fällen die gleichen sein (beidesmal 4 Kästchen), werden aber in Abb. 107 b nur zur Hälfte der Kosten erstellt



(d.h. verzehren nur halb soviel Werte). Dies kann Ergebnis verdoppelter Intensität sein (in unserer Abbildung dargestellt durch die auf die Hälfte zusammengepreßte Feder) oder aber auch Ergebnis gesteigerter Produktivität (z.B. durch Einsatz von EDV in der öffentlichen Verwaltung). Ein weiteres Mittel zur Kosteneinsparung beim Staat liegt in dem Druck auf die Entlohnung der staatlichen Lohnarbeiter.

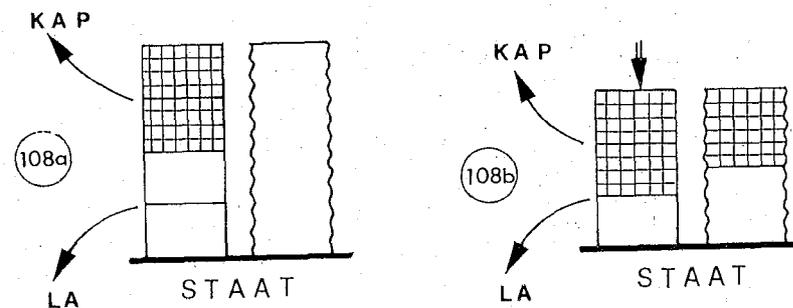
c) Krise der Staatsfinanzen und Umschichtung in der Gebrauchswertstruktur öffentlicher Leistungen

Nun haben wir bisher — der Einfachheit halber — unterstellt, daß die vom Staat bereitgestellten Gebrauchswerte der öffentlichen Leistungen unverändert bleiben. Geraten die Staatsfinanzen in eine akute Krise, so werden die oben angedeuteten Maßnahmen nicht ausreichen, um eine schnelle Sanierung herbeizuführen, zumal es sich ja — zumindest bei den Rationalisierungs- und Intensivierungsbestrebungen — um Maßnahmen handelt, die sich erst allmählich durchsetzen lassen. Die Finanzkrise bietet hier allerdings den Hintergrund, vor dem sich derartige Maßnahmen mit dem Hinweis auf äußere Sachnotwendigkeiten besonders rigoros durchsetzen lassen, so daß jeder Widerstand gegen derartige Tendenzen als Verstoß gegen die Vernunft erscheint.

Wenn nun die eingeleiteten Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen

nicht ausreichen, sieht sich der Staat schließlich unter dem Druck, die Gebrauchswerte der öffentlichen Leistungen selbst zu reduzieren bzw. in ihren Proportionen umzuschichten. Während die Reduzierung staatlicher Leistungen, die unmittelbar oder mittelbar dem Kapital zugute kommen, auf erheblichen Widerstand der Kapitalistenklasse stoßen wird und eine Beeinträchtigung der Verwertungsbedingungen die ökonomische Krise nur verschärfen würde, wird der Staat versuchen, vor allem die den Lohnabhängigen zugutekommenden öffentlichen Leistungen in ihrem Gebrauchswert zu vermindern.

Abb. 108 a, b stellen diesen Fall dar: Die staatlichen Leistungen unterteilen sich in Gebrauchswerte, die dem Kapital zugutekommen (schraffierter Block) und solche, die an die Lohnarbeiter gehen. Durch den Druck der Krise der Staatsfinanzen vermindern sich die Gebrauchswerte der öffentlichen Leistungen insgesamt, aber einzig zu Lasten der Arbeiterklasse, während die an das Kapital gehenden Leistungen konstant bleiben (oder gar absolut ansteigen). Denn das Kapital wird in dieser Situation unter Hin-



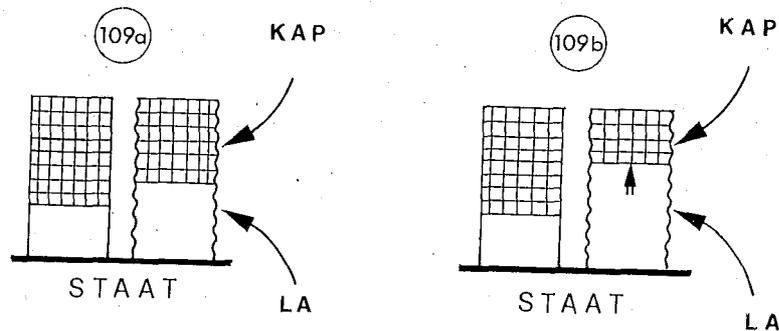
weis auf den notwendigen Aufschwung und die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ alles unternehmen, um staatliche Maßnahmen zur „Verbesserung der Gewinnsituation“ und zur „Anhebung privater Investitionslust“ durchzusetzen.

Auch einer reformpolitisch orientierten Regierung, die im übrigen die Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise nicht in Frage stellt, bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als ihre reformpolitischen Vorstellungen auf dem Altar der systembedingten und über die Finanzkrise erzwungenen Notwendigkeiten zu opfern. Bleiben die eigentli-

chen Hintergründe der Krise — nämlich die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst — bei der Bevölkerung undurchsichtbar, so wird die Krise und der daraus folgende Abbau von Sozialleistungen usw. im Bewußtsein der Bevölkerung unvermittelt auf das Konto der jeweiligen Regierung gebucht, die im wesentlichen nur Vollstrecker der sich aus den Kapitalbewegungen ergebenden Notwendigkeiten ist. Handelt es sich zudem um eine sozialdemokratische, reformistisch orientierte Regierung, so kann die Enttäuschung über deren Mißerfolg bei den Massen gar zu einem politischen Rechtstrend führen. Die Verbreitung der Illusion, auch im Rahmen des Kapitalismus seien grundlegende Strukturreformen und die Lösung sozialer Probleme bei krisenfreier Entwicklung möglich, schlägt auf diese Weise als Bumerang zurück gegen eine Politik, die konsequent die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise als wesentlichen Hintergrund der Krise tabuisiert.

d) Ökonomische Krise und Änderung der Steuerlastverteilung

Über die Umschichtung in den Gebrauchswerten der öffentlichen Leistungen hinaus ergibt sich noch eine weitere Möglichkeit, staatlicherseits verbesserte Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen: auf dem Weg über steuerliche Entlastung des Kapitals, sei es in der Form einer Herabsetzung der Gewinnbesteuerung oder über Abschreibungsvergünstigungen. Soll dabei das Steueraufkommen insgesamt nicht gemindert werden, müssen die so verursachten Steuerausfälle im wesentlichen aufgebracht werden durch Steuererhöhungen auf seiten der Lohnabhängigen (Abb. 109 a, b). Wenn modellhaft davon ausgegangen wird, daß die Steuermittel



in der Ausgangssituation zur Hälfte vom Kapital und zur Hälfte von der Lohnarbeit aufgebracht werden und andererseits die öffentlichen Leistungen zur Hälfte dem Kapital und zur anderen Hälfte der Lohnarbeit zugute kommen, so stellt sich nun das Verhältnis anders dar: Zum einen ist die Arbeiterklasse bezüglich der Gebrauchswerte öffentlicher Leistungen in die Defensive gedrängt worden (auf 1/3), zum anderen wird ihr bei der Aufbringung der Steuermittel eine erhöhte Last aufgebürdet (2/3). M.a.W.: Unter dem Druck der Krise der Staatsfinanzen, hervorgerufen durch die allgemeine ökonomische Krise des Kapitals, ist — vermittelt über den Staat — eine Umverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital durchgesetzt worden, die darauf ausgerichtet ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals wiederherzustellen und einen neuerlichen Aufschwung einzuleiten.

VI. Die Einbindung des Staates in den Reproduktionszusammenhang des Kapitals

Wir kommen also insgesamt zu dem Ergebnis, daß der scheinbar neutrale bürgerliche Staat — trotz aller Versuche einer autonomen Politik — letztlich eingebannt ist in die Zwänge, die sich aus den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung heraus ergeben. Die wachsende Rolle des Staates für den Reproduktionsprozeß des Kapitals hebt das den Kapitalbewegungen zugrunde liegende Wertgesetz nicht auf, sondern modifiziert lediglich dessen Durchsetzung. Trotz keynesianischer Politik, trotz inflationärer und scheinbar von der Wertebene sich abhebender Geldschöpfung wird — wie wir gesehen haben — auch die staatliche Politik schließlich „auf den Boden des Wertgesetzes“ und der daraus resultierenden Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems zurückgeholt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Altwater, E. Wertgesetz und Monopolmacht, in: Argument Sonderband AS 6, Berlin 1975
- Altwater/Brandes/Reiche (Hrsg.) Handbuch 3/4: Inflation, Akkumulation, Krise, 2 Bände, Frankfurt/M. 1976
- Armanski/Penth/Pohlmann Staatliche Lohnarbeiter in der BRD, Erlangen 1975
- Busch, K. Die multinationalen Konzerne — Zur Analyse der Weltmarktbeziehung des Kapitals, Frankfurt/M. 1974
- Busch/Schoeller/Seelow Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1971
- Henschel, R. Inflation und Verteilungskampf, in: Handbuch 3: Inflation, Akkumulation, Krise, Bd. 1, hrsg. v. Altwater/Brandes/Reiche, Frankfurt/M. 1976
- Hirsch, J. Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974
- Huffschmid, J. Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Argument Sonderband AS 6: Theorie des Monopols, Berlin 1975
- Keynes, J.M. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Nachdruck Berlin 1955
- Kühnl, R. Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek 1971
- Marx, K. Das Kapital, Bd. 1, 2, 3, in: MEW 23, 24, 25, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1969, 1972, 1972
- Neusüß, Ch. Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals, Erlangen 1972
- Neusüß/Blanke/Altwater Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Prokla 1, Erlangen 1971
- Senf/Timmermann Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen — eine kritische Einführung, 3 Bände, Bonn — Bad Godesberg 1971

DAS ARGUMENT 110

A 22352 F

Veränderungen im Argument-Verlag	482
Statt eines Editorials	
Wolfgang Fritz Haug: Westlicher Marxismus?	484

Psychiatrie und Herrschaft

Erich Wulff	
Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (I)	503

Fragen der Philosophie (I)

Eckart Leiser	
Zur materialistischen Begründung von Logik und Mathematik	518

J. M. Ripalda	
Grenzen der Dialektik	529

Stalinismus-Forschung

Volker Gransow: Jenseits des Stalinismus?	535
---	-----

Arbeitergeschichteschreibung

Detlef Peukert: Regionalgeschichteschreibung	546
--	-----

Kongreßberichte

Medienkongreß des DGB; Prokla-Arbeitskonferenz; Arbeitstagung »Pädagogisches Museum«; Arbeitstagung »Alltagskultur«	566
---	-----

Dokumentation: Zu den »schwarzen Listen«	574
--	-----

Besprechungen

Wissenschaftsgeschichte, Fremdsprachenunterricht, Literaturtheorie, Reformpädagogik, Berufspädagogik, Frauen, Sexualwissenschaft, Gesellschaftsformationen, Revolutionsgeschichte, Arbeitergeschichteschreibung, Politik der BRD, Beschäftigungspolitik, Jura	576
---	-----

Zeitschriftenschau

I

Über die Autoren

X

20. Jahrgang Juli/August 1978

Jedes Heft enthält einen umfangreichen Besprechungsteil und eine Zeitschriftenschau.
Erscheinungsweise: zweimonatlich; Umfang: ca. 160 Seiten.
Einzelpreis: 9,80 DM (im Abo 7,50 DM), für Stud. 8,- DM (im Abo 6,- DM)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65